

Joseph, Katrin

Transgender – Menschen mit abweichender Geschlechtsidentität. Hindernisse im Alltag, gesellschaftliche Toleranz und Unterstützungsmöglichkeiten der Sozialarbeit.

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCE

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2011

Erstprüfer: Frau Prof. Dr. phil. Wedler

Zweitprüfer: Frau Prof. Dr. phil. Wolf

Bibliografische Beschreibung:

Joseph, Katrin:

Transgender – Menschen mit abweichender Geschlechtsidentität.

Hindernisse im Alltag, gesellschaftliche Toleranz und Unterstützungsmöglichkeiten der Sozialarbeit. 48 S.

Roßwein, Hochschule Mittweida/Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit,
Bachelorarbeit, 2011

Referat:

Jenen Menschen, bei denen sich im Lebenslauf Ambivalenzen zum Geburtsgeschlecht oder gar die völlige Ablehnung des eigenen angeborenen Geschlechts einstellen, ist diese Bachelorarbeit gewidmet. Diese Arbeit greift Begrifflichkeiten und gesetzliche Rahmenbedingungen zum Thema Transidentität auf. Insbesondere werden die unterschiedlichen Diskriminierungsformen und Gründe für die gesellschaftliche Ablehnung transidenter Menschen aufgezeigt. Ein weiterer und abschließender wichtiger thematischer Schwerpunkt ist die Erarbeitung von Möglichkeiten zur Integration der Sozialpädagogik, um Diskriminierungsprozesse abzubauen und individuelle transidente Entwicklungsabläufe positiv zu gestalten.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2.0	Grundlagen	6
2.1	Begriffsbestimmungen / Terminologie	6
2.1.1	„Transsexualität“	6
2.1.2	„Transidentität“	8
2.1.3	„Transgender“	9
2.1.4	„Intersexualität“	10
2.1.5	„Transvestitismus“	11
2.1.6	„Cross Dressing“	12
2.2	Abgrenzung zu anderen Störungsbildern	13
2.3	Prävalenzzahlen und Geschlechterverhältnis	14
2.4	Bedingungsfaktoren, Forschungsstand und Verlauf von Transidentität	15
2.4.1	Überblick zur Entstehung Geschlecht und Geschlechtsidentität	15
2.4.2	Forschungsstand zu den Bedingungsfaktoren von Transidentität	16
2.4.3	Feststellung und Entwicklungsverlauf von Transidentität	18
2.5	Recht und Medizin	19
2.5.1	Spezielle rechtliche Regelungen für transidenten Personen	20
2.5.2	„Transsexuellengesetz“ – TSG	21
2.5.3	Bedeutende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	23
2.5.4	Medizinische Entwicklung	25
2.5.5	ICD 10 und DSM IV	26
2.5.6	Prozess der Geschlechtsangleichung	27
3.0	Schwierige Lebenslagen und deren Bedingungsfaktoren	30
3.1	Belastende Alltagssituationen und Diskriminierung	30
3.2	Zweigeschlechtlichkeit als gesellschaftliche Norm – der soziale Aspekt	32
3.3	Medizin als Zuschreibungs- und Normalisierungsinstanz – der institutionelle Aspekt	33

3.4	Familie und Beruf – der private Aspekt	35
3.5	Problematische Verhaltensweisen transidenter Menschen – der individuelle-persönliche Aspekt	38
3.6	Beispiele aus meiner Arbeit mit transidenten Menschen	40
3.6.1	Restaurantbesuch und Einkaufsbummel	40
3.6.2	Menschen mit geistiger Behinderung und Kinder	42
3.6.3	Jugendliche und Erwachsene	43
3.6.4	Doppelleben	44
4.0	Sozialpädagogische Integration und Möglichkeiten der Unterstützung	46
4.1	Direkte Unterstützung der beteiligten Personen	47
4.2	Indirekte Unterstützungsmöglichkeiten	48
5.	Ausblick – wünschenswerte Entwicklungen	50
	Literaturverzeichnis	53
	Anlagenverzeichnis	57

Abkürzungsverzeichnis

DSM-IV	„ <i>Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders</i> “ (Diagnostisches und Statistisches Handbuch Psychischer Störungen)
FMT	“ <i>Frau-zu-Mann-Transsexuelle</i> ”
ICD-10	Internationale Klassifikation der Krankheiten 10. Revision
MFT	“ <i>Mann-zu-Frau-Transsexuelle</i> ”
Stgb	Strafgesetzbuch
TSG	“ <i>Transgendergesetz</i> ” - Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen
WHO	„ <i>World Health Organisation</i> “ (Weltgesundheitsorganisation)

1 Einleitung

*„Nichts im Menschen – noch nicht einmal sein Körper – ist ausreichend stabil,
um als die Basis der Selbsterkenntnis
und für das Verständnis anderer Menschen zu dienen.“*

Michel Foucault

Wird ein Mensch geboren, wissen die werdenden Eltern meist schon vor der Geburt, welchem Geschlecht das Kind angehört. Es scheint von großer Bedeutsamkeit zu sein, über diese Information schon zu verfügen, bevor das Kind das Licht der Welt erblickt, schließlich hegen die werdenden Eltern das Bedürfnis, alle wichtigen Anschaffungen dem Geschlecht des Kindes anzupassen. Nach der Geburt wird sich das gesamte Elternverhalten an dem Geburtsgeschlecht des Kindes orientieren. Mädchen werden zu Frauen erzogen und Jungen zu Männern, denn wir alle unterliegen der gesellschaftlichen Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit und befolgen diese bewusst und unbewusst.

Seitdem das „*Ein-Geschlecht-Modell*“¹ im Laufe des 18. Jahrhunderts vom sogenannten „*Zwei-Geschlecht-Modell*“² abgelöst wurde, leben wir in einer heteronormativen³ Welt. Diese Heteronormativität drückt sich unter anderem in der binären Geschlechterordnung unserer Gesellschaft aus, in die wir uns in der Regel ohne Widerstand als Mitglieder der Gesellschaft fügen. Jeder einzelne Mensch ist derart stark von dieser Geschlechterordnung abhängig und geprägt, dass er, um Rollensicherheit zu erlangen, jeden anderen Menschen (und auch sich selbst) kategorisiert– in weiblich und männlich. Erst wenn diese Zuweisung ohne Zweifel erfolgt ist, verfügt die Person über das nötige Handlungswissen, wie sie sich zu verhalten hat, welcher (sozial) angemessene Abstand der Person gegenüber einzunehmen ist und wie Blickkontakte und Gesprächsstile gestaltet sein dürfen.

¹ Dieses Modell folgte der Annahme, dass beide Wesen (Frau und Mann) im Grunde männlich seien. Beide Geschlechter hatten nach dieser Theorie männliche Geschlechtsorgane, die lediglich an verschiedenen Körperstellen zu finden seien und demnach ein anderes Erscheinungsbild vorweisen würden.

² Einteilung der Menschen in ein weibliches und ein männliches Geschlecht.

³ Heteronormativität bezeichnet eine Weltanschauung in welcher Heterosexualität als eine soziale Norm angesehen wird und bei der alles, was mit Heterosexualität in Verbindung gebracht werden kann standardisiert wird und als Maßstab gilt. Männer und Frauen müssen demnach aufgrund ihrer körperlichen Geschlechtsmerkmale geschlechtsspezifische Verhaltensweisen aufzeigen, eine entsprechende Geschlechtsidentität aufbauen und sollten sich gemäß der normierten Heterosexualität adäquaten Sexualpartnern zuwenden. (vgl. Vetter 2010, S.67)

In der Regel bereitet diese Zuweisung und das Einfinden in die jeweilige soziale Rolle keine Schwierigkeiten und geschieht meist unbewusst, da der überwiegende Teil der Menschen mit einem eindeutig kategorisierbaren Geschlecht geboren wird, sie sind entweder – oder, also Frau oder Mann. Doch von jeder Regel gibt es Abweichungen.

Es werden auch Menschen geboren, denen nach der Geburt nicht eindeutig ein Geschlecht zugeordnet werden kann, oder bei denen sich im Lebenslauf eine widersprüchliche Geschlechtsidentität zu dem angeborenen Geschlecht einstellt.

Diese Arbeit soll aufzeigen wie schwierig sich die Suche nach einem Platz in dieser Gesellschaft für transidente Menschen gestaltet, welche der gesellschaftlichen Norm der Zweigeschlechtlichkeit nicht entsprechen. Ebenso soll aufgezeigt werden, wie groß der Beitrag zur Stigmatisierung und gesellschaftlichen Ausgrenzung seitens der beteiligten fachlichen Institutionen und auch der betroffenen Personen selbst ist.

Im Laufe dieser Arbeit werde ich bei allgemeinen Ausführungen insbesondere auf die Bezeichnungen „*transidente Menschen*“ und „*Transfrau*“ zurückgreifen. Hinsichtlich medizinischer Schwerpunkte konzentriert sich die fachliche Auseinandersetzung auf „*Transsexualität*“. Entsprechend bevorzuge ich in den betreffenden Ausführungen die Bezeichnungen Transsexualität oder transsexuelle Menschen. Diese fachlich thematischen Überlegungen können aufgrund der Parallelen auch in begrenztem Umfang allgemein auf transidente Menschen bezogen werden.

Aufgrund des aktuellen Forschungsstandes und der gegenwärtig erhältlichen Literatur zum Thema, befasse ich mich im Rahmen dieser Arbeit im Schwerpunkt mit „*Mann-zu-Frau-Transsexuellen*“. Zu dieser Personengruppe gibt es derzeit verhältnismäßig ausführliche wissenschaftliche (medizinische) Untersuchungen und auch meine persönlichen Erfahrungen aus acht Jahren der Begleitung von transidenten Menschen gründen einzig auf dem Kontakt zu „*Mann-zu-Frau-Transsexuellen*“ beziehungsweise männlichen „*Transgendern*“. Dieser von mir gesetzte Fokus bedeutet allerdings nicht, dass es keine „*Frau-zu-Mann-Transsexuellen*“ gibt, vielmehr sind diese Personengruppen sicherer in ihr soziales Umfeld eingebunden und dementsprechend aufgrund der sozialen Unterstützung und kreativer Bewältigungsstrategien aus medizinisch-psychologischer Sicht weniger auffällig.

Thematisch ist diese Arbeit in drei Teile untergliedert.

Im ersten Teil werde ich Begriffsbestimmungen und normative Regelungen speziell für transidente Menschen bearbeiten, welche zum Verständnis und Aufbau der Arbeit eine Grundlage darstellen. Diese grundlegenden Aspekte werden im zweiten Teil hinsichtlich der Auswirkungen auf gesellschaftliche Akzeptanz und Integration sowie individuelle Problemlagen der betroffenen Personen untersucht um daraus abgeleitet mögliche sozialarbeiterische Integrationsmöglichkeiten und Unterstützungsformen aufzuführen, sowie wünschenswerte Veränderungen zu formulieren.

2.0 Grundlagen

2.1 Begriffsbestimmungen / Terminologie

In den zahlreichen Fachbüchern, Fachzeitschriften, Biografien und Internetforen, welche sich mit der Thematik befassen, kursieren unterschiedliche Fachbegriffe und Bezeichnungen für Menschen mit einer abweichenden Geschlechtsidentität. Es gibt derzeit aber keine Definition, welche von allen Beteiligten gleichermaßen akzeptiert und angewandt wird, da deren Interessen unterschiedlich gelagert sind. So suchen zum Beispiel Mediziner und Forscher nach wissenschaftlich korrekten Definitionen, Betroffene selbst hingegen nach den Umschreibungen, die möglichst wenig stigmatisierend und zuschreibend wirken.

Trotz der Uneinigkeit diesbezüglich sollen hier einige Definitionen aufgeführt werden, denn egal aus welcher Interessengemeinschaft heraus sie entstanden sind, sie dienen als Grundlage des Verständnisses dieser Arbeit.

2.1.1 „Transsexualität“

Greift man auf Fachliteratur zu diesem Thema zurück, findet sich in der Regel die Störungsbezeichnung „*Transsexualität*“ oder als Personenbezeichnung „*transsexuelle Menschen*“. Der Begriff „*Transsexualität*“ umschreibt einen Zustand von Menschen, in welchem sich diese dem biologisch konträren Geschlecht zugehörig fühlen und bei dem sie unter diesem ambivalenten Zugehörigkeitsgefühl leiden. Der Kern des

transsexuellen Erlebens ist dabei das Leiden unter dem angeborenen biologischen Geschlecht, welches bewusst wahrgenommen aber als falsch empfunden wird und die gefühlte Geschlechtsidentität. Die Bezeichnung „*Transsexualität*“ prägte der Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld im Jahre 1925. Populär gemacht wurde er durch den Amerikaner Harry Benjamin (* 1885, † 1986). Dieser entwickelte und veröffentlichte in seinem 1966 erschienenen Buch „*The Transsexual Phenomenon*“ eine dreigliedrige Skala, durch welche es möglich sein sollte, die Intensität der transsexuellen Neigung einzustufen. (vgl. www.mut23.de)

Der ältere Begriff „*Transsexualismus*“ wird im Diagnosesystem ICD-10 der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verwendet. Gebräuchlicher ist allerdings eher die Bezeichnung „*Transsexualität*“.

Nach der ICD-10 wird „*Transsexualismus*“ („*Transsexualität*“) definiert als:

„Der Wunsch, als Angehöriger des anderen Geschlechtes zu leben und anerkannt zu werden. Dieser geht meist mit Unbehagen oder dem Gefühl der Nichtzugehörigkeit zum eigenen anatomischen Geschlecht einher. Es besteht der Wunsch nach chirurgischer und hormoneller Behandlung, um den eigenen Körper dem bevorzugten Geschlecht soweit wie möglich anzugleichen.“
(www.dimdi.de, o.S.)

Das zur Definition dieses ambivalenten Geschlechtsempfindens der Wortbestandteil „-*sexualismus*“ oder „-*sexualität*“ in die Bezeichnung aufgenommen wurde, könnte allerdings für viele Menschen irreführend sein, da Transsexualität vordergründig ein Problem der eigenen Geschlechtswahrnehmung, des Geschlechtsbewusstseins also der Geschlechtsidentität ist und kein Problem der Sexualität beziehungsweise der sexuellen Orientierung. Der Wortbestandteil „-*sexualität*“ meint in diesem Kontext aber die Geschlechtlichkeit des Menschen, hergeleitet aus dem Lateinischen, in dem das Wort „*sexus*“ für Geschlecht steht. (www.albertmartin.de, o.S.) Für das Überschreiten der angeborenen Geschlechtlichkeit steht bei der Bezeichnung „*Transsexualität*“ der Wortteil „*Trans-*“, dessen Ursprung ebenfalls im Lateinischen zu finden ist und der, ins Deutsche übersetzt, für „*jenseits*“ oder „*darüber*“ steht. Wörtlich übersetzt könnte Transsexualität also als „*jenseits der Geschlechtlichkeit*“ oder „*über der Geschlechtlichkeit*“ übersetzt werden

In der älteren medizinischen Literatur werden Frauen mit männlicher Geschlechtsidentität als „*transsexuelle Frauen*“ bezeichnet, während Männer mit

gegenteilig empfundener Geschlechtsidentität die Bezeichnung „*transsexuelle Männer*“ erhalten. Dabei beziehen sich beide Bezeichnungen auf den Zustand vor einer geschlechtsangleichenden Operation.

In der neueren Literatur entsprechender Fachbereiche werden deutlichere Begrifflichkeiten verwandt: Frauen, welche sich dem männlichen Geschlecht zugehörig fühlen, werden als „*Frau-zu-Mann-Transsexuelle*“ (*FMT / FzM oder F2M*) und Männer mit einer weiblichen Geschlechtsidentität als „*Mann-zu-Frau-Transsexuelle*“ (*MFT / MzF oder M2F*) bezeichnet. (vgl. Vetter 2010, S.32ff) Diese Bezeichnungen werden auch nach einer operativen Angleichung angewandt, allerdings seltener von den betroffenen Personen selbst, als vielmehr in Form einer Fremdbezeichnung durch andere Personen.

Entsprechend sind die Kürzel *FMT* und *MFT* auf den unterschiedlichen Plattformen (Zeitschriften, private Webseiten und Internetforen) häufig zu finden. Unter betroffenen Personen und auch deren Angehörigen werden daneben auch auf die Bezeichnungen „*Transmann*“ (*FMT*) und „*Transfrau*“ (*MFT*) oder „*Tranny/s*“ (*FMT+MFT*) zurückgegriffen. Im Gegensatz und zur Abgrenzung zu diesen Begrifflichkeiten werden im transidenten Personenkreis und dessen direkten Umfeld für all jene Frauen und Männer, welche in ihrem angeborenen Geschlecht leben und sich damit identifizieren, in der Regel die Bezeichnungen „*Bio-Frau*“ und „*Bio-Mann*“ genutzt.

2.1.2 „*Transidentität*“

In den 1980er Jahren wurde in Deutschland zunehmend der Begriff „*Transidentität*“ angewandt. Dieser nimmt die geschlechtliche Identität in den Fokus, ohne dabei die Sexualität in den Vordergrund zu stellen. Allerdings muss diese Bezeichnung immer im zugehörigen Kontext gesehen werden, da Identität nicht automatisch einzig und allein auf die Geschlechtsidentität bezogen werden kann. Denkbar wären auch das Überschreiten von Identitäten hinsichtlich allen anderen Persönlichkeitsbereichen, wie zum Beispiel Familie, Herkunft oder gesellschaftlicher Status.

Als transident im Kontext der Geschlechtsidentität werden Personen bezeichnet, welche sich im falschen Körper wähnen, deren Geschlecht aus biologischer Sicht aber ohne Zweifel dem weiblichen oder männlichen Geschlecht zugeordnet werden kann.

Nicht alle transidenten Menschen verfolgen den Wunsch, das empfundene Geschlecht durch eine Operation auch körperlich zu erlangen, der transsexuelle Wunsch variiert und zeigt sich bei jedem Menschen in einer anderen Intensität. „*Transidentität*“ kann von der inneren Gewissheit dem gegensätzlichen Geschlecht anzugehören, ohne dies zu offenbaren, bis hin zum Wunsch nach gesellschaftlicher Akzeptanz der empfundenen Geschlechtszugehörigkeit im öffentlichen Bereich reichen. Dabei muss aber in beiden Ausprägungen nicht das Ziel einer hormonellen und chirurgischen Angleichung vorliegen.

Viele transidente Menschen wählen für sich einen Zwischenbereich, indem sie dauerhaft oder vorübergehend Hormone zu sich nehmen, um ihren Körper dem empfundenen Geschlecht anzunähern, ohne operative Eingriffe vornehmen lassen.

2.1.3 „*Transgender*“

Neben dem Identitätsbegriff wurde in den 80er Jahren in Deutschland auch der weiter gefasste Begriff „*Transgender*„ geläufig, welcher sich aus dem lateinischen „*trans*“ im Sinne von „*jenseitig*“ und dem englischen Wort „*gender*“ für das soziale Geschlecht zusammen setzt. Er wurde 1970 von der Amerikanerin Virginia Charles Prince (* 1912, † 2009) geschaffen, weil es zu dem damaligen Zeitpunkt keine konkrete Bezeichnung für ihre Lebensform gab, sie war von Geburt an ein Mann, lebte aber gesellschaftlich als Frau. (vgl. www.transident.ch, o.S.)

„*Transgender*“ ist eine Bezeichnung für all jene Menschen, bei denen das Identitätsgeschlecht nicht den körperlichen Merkmalen entspricht oder deren Geschlechtsrollenpräsentation von den zugewiesenen und verfügbaren geschlechtsspezifischen Rollen abweicht.

Diese Bezeichnung betont vor allem die soziale Rolle von Geschlecht und vereint als Sammelbegriff sämtliche Ausprägungen der Abweichungen von der körperlichen und auch sozio-kulturell genormten Zweigeschlechtlichkeit.

Unter den Transgenderbegriff fallen entsprechend dieser Definition neben Transsexuellen ebenso:

- intersexuelle Menschen,
- „*Transvestiten*“,

- „*Crossdresser*“,
- androgyne Menschen (die bewusst beide geschlechtlichen Identitäten bewusst nach Außen zeigen),
- entsprechend der Transgenderismus Forschung homosexuelle Menschen. (vgl. Vetter 2010, S.33)

Da im Falle von Androgynie und Homosexualität zwar Divergenzen von der Heteronormativität, aber nicht automatisch beziehungsweise nicht vordergründig Abweichungen von der Geschlechtsidentität vorliegen und diese Ausprägungen demnach in keinem direkten Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit stehen, wird im Folgenden auf weitere Ausführungen verzichtet.

„*Transvestiten*“ und „*Crossdresser*“ können aufgrund ihrer, von der Heteronormativität abweichenden, Geschlechtsidentität zusammengefasst als „*Transgender*“ bezeichnet werden, ebenso kann bei intersexuell geborenen Menschen eine abweichende Geschlechtsidentität vorliegen. Aufgrund der dadurch gegebenen thematischen Zugehörigkeit sollen diese Begrifflichkeiten im Folgenden aufgegriffen werden.

2.1.4 „*Intersexualität*“

„*Intersexualität*“ stellt einen Sammelbegriff für all jene Menschen dar, bei denen es zu Störungen der vorgeburtlichen sexuellen Differenzierung kam und liegt bei Menschen vor, bei denen nach der Geburt Schwierigkeiten bestehen, sie eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen. Diese Abweichungen können sich in den verschiedensten Variationen einstellen und unter anderem in der Form ihre Ausprägung finden, dass bei diesen Menschen zugleich weibliche und männliche Genitalien vorhanden sind. Eine klare und abgrenzende Definition zu diesem Phänomen liegt allerdings derzeit nicht vor. (vgl. Fiedler 2004, S.160)

Allgemein kann hierzu gesagt werden, dass alle intersexuell geborenen Personen bestimmte sexuelle Fehlbildungen oder Behinderungen aufweisen. Zu den verschiedenen Störungsbildern der Intersexualität gehören der echte

Hermaphroditismus⁴, das Klinefelter Syndrom⁵ und das Turner Syndrom⁶. (vgl. Fiedler 2004, S.160)

2.1.5 „Transvestitismus“

Der gesellschaftlich geläufige Begriff „Transvestit“ (lat. „trans“: „jenseits“, „über“ und „vestire“: „kleiden“) wurde 1910 durch den deutschen Arzt und Sexualforscher Magnus Hirschfeld (* 1868, † 1935) geprägt, welcher Personen die gegengeschlechtliche Kleidung tragen erstmals als „Transvestiten“ bezeichnete. (vgl. www.kliniken.de, o.S.)

Er veröffentlichte diese Bezeichnung in seinem 1910 in der Erstausgabe erschienenen Buch *"Die Transvestiten - eine Untersuchung über den erotischen Verkleidungstrieb mit umfangreichem casuistischen und historischen Material"*. Dabei unterschied Hirschfeld nicht nach Beweggründen oder Zielen der betroffenen Personen, sondern vereinte unter diesem Begriff jegliche Erscheinungsformen des Geschlechtsverkleidungstriebes.

Im Diagnosesystem ICD-10 wird zwischen „Transvestitismus“ als eine „*Störung der Geschlechtsidentität*“ und dem „*fetischistischen Transvestitismus*“ als eine Störung der Sexualpräferenz unterschieden.

„Transvestitismus“ als Geschlechtsidentitätsstörung unter Beibehaltung beider Geschlechtsrollen wird folgendermaßen definiert:

„Tragen gegengeschlechtlicher Kleidung, um die zeitweilige Erfahrung der Zugehörigkeit zum anderen Geschlecht zu erleben. Der Wunsch nach dauerhafter Geschlechtsumwandlung oder chirurgischer Korrektur besteht nicht; der Kleiderwechsel ist nicht von sexueller Erregung begleitet.“
(www.dimdi.de, o.S.)

⁴ „Der echte Hermaphroditismus ist durch das Vorhandensein von sowohl testikulärem [den Hoden betreffend] als auch ovariellern [die Eierstöcke betreffend] Gewebe charakterisiert (Ovotestis). Die äußerern Genitalien können männlich, weiblich oder uneindeutig ausgeprägt sein.“
(www.urologielehrbuch.de, o.S.)

⁵ Als Klinefelter-Syndrom werden die Auswirkungen einer angeborenen Chromosomenstörung bei Männern bezeichnet, bei der zusätzlich zum normalen Chromosomensatz 46,XY ein weiteres X-Chromosom vorliegt. Ihre anatomische wie emotionale Entwicklung ist rein männlich, in der Pubertät zeigen sich die Auswirkungen der Störung in einer Unterentwicklung der Hoden und einer lebenslang eingeschränkte Testosteronproduktion. (vgl. www.klinefelter.de, o.S.)

⁶ „Beim Turner-Syndrom ist – in allen oder in einem Teil der Zellen – nur ein X-Chromosom anstelle des sonst vorhandenen Geschlechtschromosomenpaars vorhanden (daher die Bezeichnung Monosomie X). Ihre wichtigsten Merkmale sind Kleinwuchs und ein Ausbleiben der Pubertätsentwicklung. Es sind nur Mädchen beziehungsweise Frauen von diesem Syndrom betroffen.“ (www.onmeda.de, o.S.)

Der „*fetischistische Transvestitismus*“ als Störung der Sexualpräferenz wird gemäß ICD 10 wie folgt definiert:

„Zur Erreichung sexueller Erregung wird Kleidung des anderen Geschlechts getragen; damit wird der Anschein erweckt, dass es sich um eine Person des anderen Geschlechts handelt. Fetischistischer Transvestismus unterscheidet sich vom transsexuellen Transvestitismus durch die deutliche Kopplung an sexuelle Erregung und das starke Verlangen, die Kleidung nach dem eingetretenen Orgasmus und dem Nachlassen der sexuellen Erregung abzulegen. Er kann als eine frühere Phase in der Entwicklung eines Transsexualismus auftreten.“ (ebd.)

Im Gegensatz zum Transsexuellen, welcher die gegengeschlechtliche Kleidung als Ausdruck seiner empfundenen Geschlechtsidentität trägt, tragen Transvestiten nur zeitweilig und vorübergehend die Kleidung des anderen Geschlechts und identifizieren sich durchaus mit ihrem angeborenen Geschlecht. Viele Transvestiten tragen nur einzelne Kleidungsstücke, so zum Beispiel Damenunterwäsche unter ihrer Kleidung und fallen so in der Öffentlichkeit kaum auf.

Eine weniger wissenschaftliche geprägte Bezeichnung für Männer, welche zeitweise weibliche Kleidung tragen, ist „*Cross Dresser*“.

2.1.6 „*Cross-Dressing*“

Das Tragen der gegengeschlechtlichen weiblichen Kleidung wird als „*Cross-Dressing*“ bezeichnet. „*Cross Dressing*“ beziehungsweise „*Cross-Dresser*“ wird von vielen betroffenen Personen als Bezeichnung der Tätigkeit oder für sich selbst genutzt, wobei nicht immer die sexuelle Erregung das Ziel ist. Wird das „*Cross-Dressing*“ nicht mit der sexuellen Erregung gekoppelt, liegt auch keine Störung der Sexualpräferenz und demnach kein „*Transvestitismus*“ vor.

„Das Tragen der Kleidung des anderen Geschlechts (engl. Cross dressing) ist ein komplexes soziales und psychologisches Phänomen mit Eigenarten, die das Gefühlsleben, die Sexualität und Identitätsaspekte betreffen.“ (Fiedler 2004, S.206)

Um Missverständnisse zu vermeiden (vor allem in Hinblick auf „*Travestie*“) und unnötige Zuschreibungen zu verhindern, sollte sehr genau zwischen einer wirklichen

„*Transidentität*“ im Sinne einer abweichenden Geschlechtsidentität und vermeintlich gleich wirkenden Abweichungen von Geschlechtsrollen differenziert werden.

2.2 Abgrenzung zu anderen Störungsbildern

Neben dem Phänomen der Transidentität von Menschen gibt es Störungsbilder beziehungsweise mehr oder weniger abweichendes Verhalten, welche/s nicht mit Transidentität verwechselt werden sollte/n und bei denen eine Abgrenzung vorzunehmen ist.

Die „*Travestie*“ ist eine Ausprägungsform des „*Cross-Dressing*“, welche einzig zu Unterhaltungszwecken eingesetzt wird. Es mag sein, dass einige dieser Bühnenkünstler auch transsexuelle Neigungen empfinden, jedoch kann davon nicht per se ausgegangen werden. Da Travestiekünstler in ihrem gesamten Erscheinungsbild sehr auffällig sind, in den Medien meist sehr eindrücklich dargestellt und zu den besten Zeiten vorgeführt werden, stellt diese Darstellungsform sicherlich für einen Großteil der Gesellschaft ein Synonym für Männer in Frauenkleidern dar und prägt damit Erwartungen und Vorstellungen maßgeblich.

Als nicht transident zu werten sind von geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen abweichendes Verhalten bei Kindern, wie zum Beispiel besonders wildes Spielen von Mädchen oder weinerliches Verhalten bei Jungen ebenso wie Abweichungen von kulturellen Stereotypen hinsichtlich Männlichkeit und Weiblichkeit bei Erwachsenen.

Auch vorübergehende Störungen und neurotische Konflikte, durch welche das Rollenverhalten von den gesellschaftlichen Erwartungen abweicht, sind in aller Regel kein Ausdruck einer transidenten Persönlichkeit. Eine akute Psychose bei einer Schizophrenie kann zu wahnhaften Gedanken führen, dem anderen Geschlecht anzugehören, ohne dass dabei eine Transidentität vorliegt. Der Unterschied speziell zur Transsexualität liegt dabei vor allem im Verkennen der Realität. Ein Mensch mit schizophrener Erkrankung glaubt dem anderen Geschlecht bereits anzugehören, während der nicht-psychotische transsexuelle Mensch durchaus um seine biologische Geschlechtszugehörigkeit weiß. (vgl. Vetter 2010, S.93ff)

Häufig wird Transsexualität eine Borderline-Persönlichkeitsstörung unterstellt, da gewisse Ähnlichkeiten in der Genese beider Störungen zu finden sind. Es ist jedoch festzuhalten, dass nicht bei allen transsexuellen Menschen die geforderten fünf Kriterien

für die Diagnose der Borderline-Störung zutreffen. Demnach kann nicht automatisch von einer Borderline-Störung ausgegangen werden, wenn eine Person transsexuell ist. Der bedeutendste Unterschied zwischen beiden Störungsbildern liegt nach Person und Oversey (1974) in der Ambivalenz der Kerngeschlechtlichkeit bei transsexuellen Menschen. (vgl. ebd. S.152)

2.3 Prävalenzzahlen und Geschlechterverhältnis

Es gibt keine eindeutigen und zuverlässigen Angaben, wie viele Menschen transsexuell sind. Nach Schätzungen wird davon ausgegangen, dass ein Mann unter 120.000 Männern wünscht eine Frau zu sein und eine Frau von 30.000 biologischen Frauen wünscht ein Mann zu sein.

Die „*Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e. V.*“ (dgti) nennt für Deutschland eine Zahl von 60.000 bis 100.000 transsexuellen Personen, andere Angaben variieren zwischen 2.000 und 100.000 Personen.

Auswertungen von Anträgen aus den Jahren 1981 bis 1990 auf Vornamens- oder Personenstandsänderungen nach dem Transsexuellengesetz sowie von Patientenakten der Jahre 1964 bis 1998 aus vier Spezialkliniken, erlauben Rückschlüsse dahingehend, dass es in Deutschland etwa 3000-6000 transsexuelle Menschen gibt.

Den Angaben von Transsexuellengruppen zufolge müsste diese Zahl um ein vielfaches höher sein, diese gehen für Deutschland von 40.000 bis 60.000 transsexuellen Personen aus, ohne dafür wissenschaftliche Belege vorweisen zu können. (vgl. Vetter 2010, S.129)

Die große Unterschiedlichkeit dieser Zahlen rührt mit hoher Wahrscheinlichkeit aus der großen Varianz der Erscheinungsformen und Definitionen von Transidentität.

Hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses für Deutschland finden sich Angaben für die Jahre von 1970 bis 1988, nach welchen das Geschlechterverhältnis pro 100.000 Einwohner bei 1,9 „*Mann-zu-Frau-Transsexuellen*“ zu 1,0 „*Frau-zu-Mann-Transsexuellen*“ lag. Für die Jahre 1995 bis 1998 geht man von einer Annäherung dieses Geschlechterverhältnisses auf 1,2 *MFT* zu 1,0 *FMT* aus. (vgl. ebd. S.129ff)

2.4 Bedingungsfaktoren, Forschungsstand und Verlauf von Transidentität

Das Geschlecht eines Menschen und die gefühlte Zugehörigkeit zu einem Geschlecht (Geschlechtsidentität) stellen sich in einem aufeinander aufbauenden Prozess und auf verschiedenen Ebenen ein. Demnach entwickelt sich auch eine Transidentität unter der Einwirkung und dem Zusammenspiel verschiedener, bei diesem Prozess beteiligter, Faktoren.

2.4.1 Überblick zur Entstehung von Geschlecht und Geschlechtsidentität

Das Geschlecht eines Menschen kann sich auf insgesamt acht Ebenen manifestieren, fünf vorgeburtlichen somatischen Ebenen und drei nachgeburtlichen Geschlechtsebenen.

Die fünf somatischen Ebenen beziehungsweise somatischen Geschlechter sind:

- das chromosomale Geschlecht mit XX Chromosomen=weiblich, XY Chromosomen=männlich;
- das gonadale und endokrine Geschlecht mit männlichen Androgen produzierenden Hoden und weiblichen Östrogen produzierenden Eierstöcken;
- das gonoduktale Geschlecht mit den inneren Geschlechtsorganen Nebenhoden, Samenleiter und Samenbläschen bei Männern und Eileiter, Gebärmutter und Vagina bei Frauen;
- das genitale Geschlecht mit den äußeren Geschlechtsorganen und
- das cerebrale Geschlecht mit geschlechtsspezifischer Funktionsweise von Zentren im Hypothalamus im Gehirn.

Die drei nachgeburtlichen Ebenen der Manifestation des Geschlechts hängen mit der psychosozialen Entwicklung zusammen.

Dabei lassen sich folgende Ebenen unterscheiden:

- die Ebene des Zuweisungsgeschlechts, auf welcher dem gesund und anatomisch normal entwickelt geborenem Kind sofort nach der Geburt ein Geschlecht zugewiesen wird;

- die Ebene des Erziehungsgeschlechts beinhaltet die geschlechtsspezifische Anpassung des Kindes hinsichtlich seines Verhaltens entsprechend den, an das Kind gestellten, Anforderungen, wobei diese Anpassung kulturell determiniert ist und normative Rollenerwartungen der entsprechenden Gesellschaft widerspiegelt;
- die Ebene der Geschlechtsidentität, wobei sich diese empfundene Identität aus einer tiefen inneren und überdauernden Gewissheit und Erfahrungen einstellt und sich im individuellen Erleben und Verhalten niederschlägt. (vgl. Vetter 2010, S.46ff)

Auf diesen acht Ebenen manifestiert sich durch ein komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren die Geschlechtsidentität.

„Die Geschlechtsidentität ist eine sexuelle Selbstidentifikation hinsichtlich des Geschlechterlebens [...]“ (Vetter 2010, S.53) und beinhaltet die eigene Überzeugung sowie das Empfinden dem einen oder dem anderen Geschlecht anzugehören.

Sie umfasst drei Ebenen:

- die Kern-Geschlechtsidentität welche sich aufgrund des Zusammenspiels biologischer und psychischer Einflüsse von Geburt an, als bewusstes oder unbewusstes Grundwissen um das eigene Geschlecht, einstellt;
- die Geschlechtsrolle welche sich aufgrund der Übernahme geschlechtsspezifischer Rollenmuster im Verhalten einstellt und
- die Geschlechtspartnerorientierung.

Bei transidenten Menschen ist die Ebene der Kerngeschlechtlichkeit aus noch unerforschten Gründen ambivalent. (vgl. Vetter 2010, S.53ff)

2.4.2 Forschungsstand zu den Bedingungsfaktoren von Transidentität

Zu den exakten Gründen und Bedingungen unter denen Transgenderismus/Transvestitismus oder Transsexualität entstehen, gibt es zahlreiche Theorievorschläge. Diese konnten aber allesamt bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht empirisch belegt und abgesichert werden und können keine generalisierende Anwendung finden. Einerseits gibt es psychoanalytische Hypothesen, welche von

ungelösten ödipalen Konflikten oder einer Abwehr gegen homosexuelle Impulse ausgehen. Andererseits gehen lerntheoretische Begründungen davon aus, dass Transsexualismus infolge unbewältigter Trennungsängste oder der konditionierenden Freude der Eltern hinsichtlich des Tragens der gegengeschlechtlichen Kleidung des Kindes entsteht. Diese Theorieansätze sind jedoch nicht haltbar und nehmen außerdem unangemessene Mutmaßungen über das familiäre Umfeld vor. (vgl. Fiedler 2004, S.211f)

Vor allem die Annahme die Geschlechtsidentität könne durch die Eltern anerzogen werden, sei also eher eine Frage der Prägung statt der Natur, wurde durch den tragischen „Fall“ David Reimer widerlegt.⁷

Von biomedizinischer Seite her gab es zahlreiche Erklärungsansätze und wurden an transsexuellen Personen verschiedenste Untersuchungen mit Blick auf genetische, hormonelle und hirnorganische Veränderungen durchgeführt. Doch auch diese Untersuchungen brachten bisher keine allgemein gültigen und generalisierbaren Erklärungen für die Bedingungsfaktoren einer Transidentität.

Betroffene Personen selbst berichten bei der Frage nach den vermeintlichen Gründen für ihre Transidentität häufig von bemerkenswert ähnlichen Verhalten ihrer Mütter in der Kindheit. Zum Beispiel berichten Transgender (biologisch männlich) davon, dass deren Mütter sie in der frühen Kindheit aus den unterschiedlichsten Gründen (u.a. Mangel an Kleidung in der Nachkriegszeit, Wunsch nach einer Tochter) mit Mädchenkleidung bekleideten. Die Jungen fanden mehr oder weniger Gefallen an dieser und gewöhnten sich daran. So vermuten viele transidente Menschen, dass der Wunsch

⁷ David Reimer wurde 1965 als Junge geboren und später von seinen Eltern auf Anraten von John Money als Mädchen erzogen. David wurde als Baby im Rahmen einer missglückten Operation der Penis irreparabel beschädigt und seine Eltern folgten dem Rat des Sexualwissenschaftlers Money, ihn künftig als Mädchen großzuziehen. Money war der Überzeugung, dass die geschlechtliche Identität bis in das Alter von etwa zwei Jahren nicht festgelegt sei und durch Sozialisation herbeigeführt werden könne. David, der nun Brenda genannt wurde, wurde im Alter von 22 Monaten kastriert, aus der Haut des Hodensacks wurden rudimentäre Schamlippen geformt. David (Brenda) „rebellierte“ trotz der mädchenhaften Erziehung: er benahm sich wie ein Junge, urinierte im Stehen und wollte nicht mit Puppen spielen. Mit Beginn der Pubertät erhielt David alias Brenda weibliche Hormone, dennoch kam es in dieser Zeit zu einer schweren Krise. David erfuhr schließlich im Alter von 14 Jahren von seinem Ursprungsgeschlecht und den Operationen und lebte von da an wieder als Mann. Er ließ sich die, aufgrund der weiblichen Hormone gewachsenen, Brüste wegoperieren und einen künstlichen Penis aus Muskeln und Knorpeln seines Unterarmes rekonstruieren. David heiratete eine Frau mit drei Kindern und lebte zehn Jahre lang mit seiner Familie zusammen. Die verworrenen Ereignisse und der Missbrauch in seiner Kindheit verfolgten ihn jedoch ein Leben lang. Als sich seine Frau von ihm trennte, er Arbeit und viel Geld durch Fehlinvestitionen verlor, nahm er sich am 4.Mai 2004 das Leben. Der Wissenschaftler John Money, welcher bis zuletzt an dem Erfolg seines Experimentes festhielt (er hat vergleichbare Operationen noch an einer unbekannten Zahl weiterer Kinder vorgenommen), hat sich öffentlich nie zu diesem tragischen Ende geäußert. (vgl. www.broken-rainbow.de, o.S.)

der eigenen Mutter, lieber eine Tochter statt eines Sohns zu haben, ein Grund für ihre abweichende Geschlechtsidentität sein könnte. Trotz der bemerkenswerten Häufigkeit derartiger Berichte und der subjektiven Begründungen, bleibt auch dieser Erklärungsversuch rein hypothetisch und konnte bisher nicht als allgemein gültiger Grund bestätigt und bewiesen werden.

2.4.3 Feststellung und Entwicklungsverlauf von Transidentität

Entgegen der frühzeitig möglichen Feststellung einer Intersexualität im Sinne einer medizinisch nachweisbaren hormonellen oder organischen Abweichung, variiert die subjektive Wahrnehmung bei Transsexualität stark und kann nicht durch medizinisch generalisierte Messmethoden nachgewiesen werden. Viele Betroffene berichten von einer starken Gewissheit, dem eigenen Geschlecht nicht anzugehören von früher Kindheit an, andere können dies erst im Erwachsenenalter für sich erkennen.

Aus wissenschaftlicher Sicht wird hinsichtlich der Manifestation einer Transsexualität bei biologischen Männern zwischen zwei Verlaufsformen unterschieden.

Die sich in früher Kindheit einstellende Transsexualität wird als „*primäre Transsexualität*“ oder „*early onset*“ bezeichnet, als „*sekundäre Transsexualität*“ oder „*late onset*“ hingegen wird die Manifestation einer Transsexualität im Erwachsenenalter bezeichnet.

Charakteristisch für die „*primäre Transsexualität*“ ist aus sexualwissenschaftlicher Sicht die kontinuierliche Manifestation der vom Geburtsgeschlecht abweichenden Geschlechtsidentität vom frühen Kindesalter oder spätestens von der frühen Adoleszenz an. Ebenso charakteristisch ist entsprechend dieser Betrachtungsweise bei „*primären Transsexuellen*“ das frühzeitige Tragen der gegengeschlechtlichen Kleidung in der Öffentlichkeit.

Bei der „*sekundären Transsexualität*“ ist im Gegensatz dazu die späte Verfestigung der Transsexualität charakteristisch und entsprechend ein späteres Zugehörigkeitsempfinden zu dem entgegengesetzten Geschlecht. Die gegengeschlechtliche Kleidung wird von den Betroffenen dabei meist nur heimlich getragen und die Offenbarung gegenüber dem sozialen Umfeld erfolgt erst im späten Erwachsenenalter. (vgl. <http://mut23.de2>, S.13f)

Sehr häufig versuchen „*Mann-zu-Frau-Transsexuelle*“ zunächst dem Bild eines „*richtigen*“ Mannes nachzukommen. Sie erfüllen gesellschaftliche Rollenerwartungen durch die Ausübung eines besonders männlichen Berufs, gehen typisch männlichen Hobbies nach, heiraten eine Frau und zeugen Kinder. Dies alles geschieht um das gesellschaftlich erwartete Bild, nämlich das des „*richtigen*“ Mannes, aufrecht zu halten und schließlich auch um sich möglichst normal zu fühlen. Hinsichtlich ihrer Transsexualität kommt es zu einem Wechselspiel der Annahme und Ablehnung. Einerseits wird der Genuss beim Tragen der weiblichen Kleidung gesucht und im nächsten Augenblick werden alle weiblichen Kleidungsstücke und Accessoires weggeworfen und die weibliche Persönlichkeit vorübergehend verdrängt.

Über die Manifestation anderer transidenter Identitäten (z.B. Transgender, Transvestiten) gibt es keine wissenschaftlichen Untersuchungen und Ergebnisse. Es ist aber anzunehmen, dass dabei ähnliche Verläufe vorzufinden sind.

2.5 Recht und Medizin

Das gemeinschaftliche Zusammenleben ist durch Regeln und Normen bestimmt, welche jedem einzelnen Mitglied der Gesellschaft Rechte als auch Pflichten auferlegt. Der Nutzen dieser normativen Vorgaben liegt einerseits in der Sicherung einer friedlichen Gemeinschaft und verleiht andererseits Handlungssicherheit in den unterschiedlichsten Lebensbereichen.

Neben diesem Nutzwert führt das bestehende Regelwerk aber auch zu einer Manifestation bestimmter Machtverhältnisse. Um Ansprüche geltend machen zu können, müssen Voraussetzungen erfüllt sein und diese Voraussetzungen werden durch übergeordneten Institutionen geprüft und gewertet. Inwieweit der Prozess der Bewertung und überhaupt die Erarbeitung von Bedingungen für die Anspruchsteller einen Sinn beinhalten oder ob sie lediglich als Einschränkung der persönlichen Freiheit empfunden werden, spielt dabei keine übergeordnete Rolle.

Auch speziell für transsexuelle Menschen wurden Regelungen geschaffen.

2.5.1 Spezielle rechtliche Regelungen für transidenten Personen

Schon im 6. Jahrhundert war die binäre Geschlechterordnung ein angestrebtes Merkmal der Gesellschaft. So wurde in die Gesetzessammlung des römischen Kaisers Justinian (485-565) (vgl. www.mittelalter-genealogie.de, o.S.) eine Regelung für das oströmische Reich aufgenommen, welche im Falle der Uneindeutigkeit des Geburtsgeschlechts vorsah, dass das überwiegende Geschlechtsmerkmal entscheidend sein möge.⁸

Da es aber durchaus „Fälle“ gab, in denen eine Zuordnung nicht möglich war, entwickelte das mittelalterliche kanonische Recht später eine zusätzliche Regelung, in der dem Vater des geborenen „Zwitter“ ein Wahlrecht oblag. Der Vater entschied bei der Taufe, welches Geschlecht dem Kind vorerst zugesprochen werden sollte. Im heiratsfähigen Alter konnte das Kind dann frei über sein Geschlecht entscheiden und dies gegebenenfalls ändern, indem er sich in einem „*promissorischen Eid*“⁹ dem gewählten Geschlecht verpflichtete und dem anderen abschwor. (vgl. www.genderwunderland.de, o.S.) Wurde dieser Eid später von der Person, die ihn abgelegt hatte, gebrochen, so wurde dies bis in das 17. Jahrhundert mit dem Tode bestraft.

Ein direktes und konkret benennendes Verbot von Transsexualität oder Transidentität in der Vergangenheit lässt sich nicht finden. Allerdings ist wahrscheinlich, dass §175 des Deutschen Strafgesetzbuches (Stgb), welcher vom 1. Januar 1872 bis 11. Juni 1994 existierte, auch auf transsexuelle Menschen angewandt wurde.¹⁰ Besagter Paragraph verbot ursprünglich sexuelle Handlungen zwischen zwei Männern und mit Tieren. Unter den Nationalsozialisten wurden mithilfe des §175 jegliche Formen unzuchtiger Handlungen unter Strafe gestellt, ohne dass dabei körperliche Berührungen der Beschuldigten die alleinige Voraussetzung für eine Anklage darstellten.

⁸ Dass per Gesetz eine Zuordnung zu Frau oder Mann, also im heutigen Sinne zu einem der beiden Geschlechter, gefordert wurde, mag im ersten Moment dem „*Ein-Geschlechter-Modell*“, welches bis zum 18. Jahrhundert Gültigkeit besaß, widersprechen, aber man unterschied den äußeren Geschlechtsorganen nach durchaus zwischen Frau und Mann. Es wurde jedoch angenommen, der Ursprung von Frau und Mann sei stets der Mann. Die Frau habe im Grunde die gleichen Geschlechtsorgane wie der Mann, jedoch seien sie bei ihr anders ausgeprägt, Frauen trügen ihre Geschlechtsorgane nach innen und Männer nach außen.

⁹ Versprechenseid, der verspricht bzw. zusagt ein bestimmtes Verhalten künftig einzuhalten (vgl. www.enzyklo.de)

¹⁰ Da ihnen, entgegen ihrer subjektiven Wahrnehmung und Empfindung, die Geschlechtsidentität ihres Geburtsgeschlechts zugesprochen wurde, wurden sexuelle Handlungen zwischen FMT und einer „*biologischen Frau*“ sowie MFT und einem „*biologischen Mann*“ als homosexuelle Handlungen angesehen und gewertet.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus wurde der §175 Stgb in der sowjetischen Besatzungszone und auch in der später gegründeten DDR zunächst übernommen. Jedoch wurde ab 1957 von einer Strafverfolgung abgesehen, sofern keine Gefahr für die sozialistische Gesellschaft bestand. Erst 30 Jahre später wurde Homosexualität als Variante der Sexualität angesehen und homosexuellen Menschen die gleichen Bürgerrechte wie heterosexuellen Menschen zugesprochen.

In der Bundesrepublik wurde der §175 Stgb nach Kriegsende ebenso weiter angewandt und bis zum Jahr 1994 mit geringen Änderungen aufrecht erhalten. Im Zuge der Rechtsangleichung der beiden deutschen Länder nach der Wiedervereinigung, wurde der Paragraph im Mai 1994 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. (vgl. www.juraforum.de, o.S.)

Gesetzliche Vorgaben hinsichtlich der Wahl der Sexualpartner und der öffentlich präsentierten Geschlechtsidentität, gibt es in der heutigen Zeit nicht mehr. Den Mitgliedern unserer Gesellschaft steht ab dem Alter von 14 Jahren auf gesetzlicher Ebene frei, ob sie eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft oder Sexualbeziehung eingehen und in welchem Geschlecht sie leben sowie wie häufig sie unter Umständen diese Wahl revidieren oder wieder aufnehmen.

Neben der Selbstbestimmung hinsichtlich der eigenen sexuellen Orientierung und Partnerwahl ist es in Deutschland nicht strafbar, sich in der Öffentlichkeit in gegengeschlechtlicher Kleidung zu zeigen oder mit einem anderen Namen, als den Geburts- beziehungsweise Taufnamen aufzutreten. Nur in dem Fall, dass Verträge unterschrieben werden sollen oder bei Aussagen vor Gericht, besteht die Pflicht seinen Vornamen entsprechend des Personalausweises anzugeben.

Die einzige, speziell für transsexuelle Menschen geschaffene Rechtsnorm stellt das *„Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen“* (*„Transsexuellengesetz“*-TSG) dar.

2.5.2 *„Transsexuellengesetz“* – TSG

Für transsexuelle Menschen ist gegenwärtig das *„Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen“*,

das sogenannte „*Transsexuellengesetz*“ (TSG) ¹¹, die bedeutendste und mitunter prägendste Regelung.

Das „*Transsexuellengesetz*“ wurde in seiner ursprünglichen Form 1980 mit Wirkung zum 01. Januar 1981 verabschiedet. Es sollte (und soll) transsexuelle Menschen unterstützen und die Möglichkeit verschaffen, in dem Geschlecht zu leben, welches ihrer Geschlechtsidentität entspricht und regelt die juristischen Voraussetzungen für die Vornamens- und Personenstandsänderung.

Im Rahmen der Vornamensänderung (Erster Abschnitt §§1-7 TSG) der sogenannten „*kleinen Lösung*“ können transsexuelle Menschen mittels Antrag bei dem entsprechend ihres Wohnsitzes zuständigen Amtsgericht die Änderung ihres Vornamens veranlassen. Die Änderung des Vornamens konnte seit Bestehen des Gesetzes auch von verheirateten Personen beantragt werden. Der ursprüngliche Eintrag des Geburtsgeschlechts bleibt auch nach der Änderung des Namens unverändert.

Die Personenstandsänderung als sogenannte „*große Lösung*“ (Zweiter Abschnitt, §§ 8-12 TSG) setzt nach dem jetzigen Wortlaut des Gesetzes eine geschlechtsangleichende Operation sowie dauernd bestehende Unfruchtbarkeit voraus. (vgl. Vetter 2010, S.306ff) Die Vorgabe der Notwendigkeit einer Operation wurde jedoch durch einen Beschluss des Ersten Senats vom 11. Januar 2011 aufgehoben. Die Personenstandsänderung ermöglicht durch die Entscheidung des Ersten Senats zukünftig die Änderung des Geburtsgeschlechts im Geburtsregister und in Ausweisdokumenten entsprechend der Geschlechtsidentität auch ohne vorangegangene geschlechtsangleichende Operation.

Für beide Verfahren müssen von den Antragstellern Gutachten von Sachverständigen vorgelegt werden, welche das Vorliegen einer Transsexualität bestätigen und den mindestens seit drei Jahren bestehenden Zwang, entsprechend dem gefühlten Geschlecht zu leben, feststellen.

Das Vorliegen der Diagnose „*Transsexualität*“ ist also Grundvoraussetzung für die Vornamens- und Personenstandsänderung nach dem TSG.

¹¹ kompletter Wortlaut TSG siehe Anlage 1

2.5.3 Bedeutende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

Seit das TSG am 01. Januar 1981 in Kraft getreten ist, wurde es in drei wesentlichen Punkten nachträglich verändert: hinsichtlich der Altersgrenze; bezüglich der Voraussetzung nicht verheiratet zu sein, um eine geschlechtsangleichende Operation sowie die Personenstandsänderung vornehmen zu lassen und bezüglich des Zwangs sich der Operation zu unterziehen um eine eingetragene Lebensgemeinschaft eingehen zu können.

Die ursprüngliche Fassung des TSG sah eine Altersgrenze von 25 Jahren für die Vornamensänderung und die personenstandsrechtliche Änderung des ursprünglichen Geschlechts vor, obwohl es bereits bei Entstehung des TSG keinerlei Vorschriften hinsichtlich einer Altersgrenze für die angleichende Operation gab. Dieser Umstand bedeutete in Bezug auf die Personenstandsänderung also, dass Transsexuelle sich zum Beispiel im Alter von 20 Jahren einer geschlechtangleichenden Operation unterziehen durften, aber ihren Personenstand erst ändern lassen konnten, wenn sie das Alter von 25 Jahren erreicht hatten. Im benannten Beispiel wäre von der Person demnach fünf Jahre lang abverlangt worden, in den Ausweisdokumenten einen Vermerk zur Geschlechtszugehörigkeit zu tragen, welcher nicht der Realität entspricht.

In einem Beschluss von 1982 wurden die Altersgrenzen bezüglich der Personenstandsänderung und der Vornamensänderung aufgehoben.¹²

Eine weitere Änderung erfolgte hinsichtlich der Vorgabe, dass sich verheiratete Transsexuelle, welche sich einer angleichenden Operation unterziehen möchten, scheiden lassen müssen, bevor der Eingriff erfolgen kann. Es bestand also ein direkter Zwang zur Scheidung, ohne dabei die Wünsche und Entscheidungen der Ehepartner zu berücksichtigen.

Diese Vorgabe wurde in einem Beschluss des Ersten Senats vom 27. Mai 2008 aufgehoben. In der aktuellen Fassung ist nach dieser Entscheidung der Zugang zu einer geschlechtsangleichenden Operation für transsexuelle Menschen nicht mehr verwehrt, wenn sie mit ihrem Ehepartner die Ehe auch nach der Operation weiterführen möchten.¹³

¹² ausführliches Urteil siehe Anlage 2

¹³ ausführliches Urteil siehe Anlage 3

Die dritte und aktuellste Änderung des Transsexuellengesetzes wurde mit dem Beschluss des Ersten Senats vom 11. Januar 2011 vorgenommen.

Entsprechend dieser Entscheidung ist der Zwang zu einer geschlechtsangleichenden Operation, um eine eingetragene Lebensgemeinschaft zu führen, künftig unzulässig.

Obwohl im Falle des Verzichts auf eine geschlechtsangleichende Operation die Möglichkeit der regulären Eheschließung bliebe, sprach das Bundesverfassungsgericht transsexuellen Menschen auch ohne angleichende Operation das Recht zu, eine eingetragene Partnerschaft zu beantragen. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass eine Eheschließung ein unzumutbares Zwangsoouting darstellen könne, schließlich könne sich in diesem Fall das Umfeld denken, dass ein Ehepartner transsexuell sein müsse.¹⁴

Auch hinsichtlich versicherungsrechtlicher Regelungen der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen gab es bedeutende gerichtliche Entscheidungen. 1987 fällte das Bundessozialgericht eine Grundsatzentscheidung, nach welcher Transsexualität als Krankheit und unter der Voraussetzung eines erheblichen psychischen Leidensdrucks geschlechtsangleichende Behandlungen als medizinische Heileingriffe eingestuft werden. Seit 1995 können transsexuelle Menschen auf Grundlage einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes die Kostenübernahme für chirurgische Eingriffe zur geschlechtlichen Angleichung auch von den privaten Krankenversicherungen verlangen. (vgl. Vetter 2010, S.255)¹⁵

Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen und Regelungen wurden auch medizinische Standards und Richtlinien entwickelt, welche vor allem transsexuelle Menschen in ihrem Lebensweg direkt beeinflussen.

¹⁴ ausführliches Urteil siehe Anlage 4

¹⁵ Die Kosten für eine geschlechtsangleichende Operation bei MFT betragen derzeit etwa 14.000,-€ bei FMT angleichenden Operationen 62.000,-€(vgl. Vetter 2010, S.256)

2.5.4 Medizinische Entwicklung

Transsexualität ist kein Phänomen der Gegenwart, sondern muss es seit Menschengedenken gegeben haben. Dass sich schon früh mit dieser Thematik befasst wurde, zeigen die rechtlichen Überlegungen des 6. Jahrhunderts.

Ende des 19. Jahrhunderts begegnete man dem Phänomen Transsexualität schließlich auch aus medizinischer Sicht. Erste wissenschaftliche Falldarstellungen berichteten zu jener Zeit über Männer, die sich dem anderen Geschlecht seelisch zugehörig fühlten und Frauenkleider trugen. Der deutsche Psychiater und Neurologe Carl Friedrich Otto Westphal (*1833, †1890) beschrieb 1870 derartige Fälle unter dem Begriff „*konträre Sexualempfindung*“. (vgl. Vetter 2010, S.111) Die damals ergriffenen Therapiemaßnahmen waren neben der Unterbringung in einer psychiatrischen Anstalt Insulin- und Elektroschocks sowie Hirnoperationen.

Im Jahr 1910 prägte der deutsche Arzt und Sexualforscher Magnus Hirschfeld, den Begriff „*Transvestitismus*“ und ordnete diesem „*Transsexualismus*“ als besonders ausgeprägte Form zu.

Der Amerikaner Harry Benjamin nahm schließlich 1953 eine Abgrenzung von „*Transvestitismus*“ und „*Transsexualismus*“ vor. Er entwickelte eine zunächst dreigliedrige Skala, mit welcher er die Intensität der transsexuellen Empfindungen einstufte. Auf Stufe I standen nach dieser Skala „*Transvestiten*“, welche keine Operation anstrebten; auf Stufe II platzierte er „*nicht operationsbedürftige Transsexuelle*“, während „*Transsexuelle höherer Intensität*“ von ihm auf Stufe III eingegliedert wurden. Zu einer geschlechtsangleichenden Operation sollten seiner Meinung nach nur Transsexuelle zugelassen werden, welche auf Stufe III eingestuft werden konnten. Eine modifizierte Form dieser Skala¹⁶ findet noch heute Anwendung, ist aber aufgrund ihres zuschreibenden Charakters nicht unumstritten.

Harry Benjamin war zudem Namensgeber der 1979 gegründeten internationalen Fachgesellschaft „*Harry Benjamin International Gender Dysphoria Association*“ (heute „*World Professional Association for Transgender Health*“). Diese Fachgesellschaft erstellte und veröffentlichte im Gründungsjahr erstmals Richtlinien für die Diagnostik, Therapie und Begutachtung transsexueller Menschen, die sogenannten „*Standards of Care*“. Da diese „*Standards of Care*“ nicht vollkommen auf deutsche

¹⁶ siehe Anlage 5

Verhältnisse angewandt werden konnten, entwickelte eine deutsche Expertenkommission der „*Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung*“ (DGfS) unter der Leitung von Sophinette Becker die deutschen „*Standards der Behandlung und Begutachtung von Transsexuellen*“ und gab diese 1997 heraus. (ebd)

Diese Standards dienen den medizinischen Diensten der Krankenkassen als Orientierung und sollen eine bundesweit einheitliche Begutachtungspraxis und Begutachtungsqualität gewährleisten. Sie zeigen rechtliche Grundlagen sowie Leistungsansprüche auf und regeln die notwendigen Inhalte der Begutachtung. So werden dabei die Grundsätze zur Diagnostik und Behandlung einschließlich diagnostischer Maßnahmen, zu untersuchende Bereiche¹⁷, differentialdiagnostische Vorgaben, inhaltliche Vorgaben für Behandlerberichte sowie die Zusammenarbeit der unterschiedlichen beteiligten Instanzen berücksichtigt. Zur Unterstützung der Gutachter finden sich in den Standards Entscheidungslogarithmen, welche bei den zu erstellenden Empfehlungen bezüglich erstattungsfähiger Behandlungen angewandt werden können.¹⁸

Neben diesen qualitativen und inhaltlichen Vorgaben haben die genutzten Diagnosekriterien ICD-10 und DSM-IV eine maßgebliche Bedeutung hinsichtlich medizinischer Leistungen und somit auch für die persönliche Entwicklung von Transsexuellen.

2.5.5 ICD-10 und DSM-IV

In Deutschland muss zur Stellung der Diagnose „*Transsexualität*“ verpflichtend das Diagnosesystem der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die „*Internationale Klassifikation der Krankheiten*“ ICD-10 angewandt werden.¹⁹ Dieses international anerkannte Klassifikationssystem findet seine Ursprünge in dem, 1893 von Jaques Bertillon verfassten, „*Verzeichnis der Todesursachen*“ und wird seit 1948 durch die Weltgesundheitsorganisation herausgegeben und weiterentwickelt. (vgl. www.welling-neubrandenburg.de, o.S.)

¹⁷ u.a. Persönlichkeitsstrukturen, Vorliegen von Paraphilien oder psychischer Störungen, psychosoziales Funktionsniveau, Minderbegabung

¹⁸ siehe Anlagen 6 und 7

¹⁹ In der aktuellen Version der ICD 10 - 2011 wird Transsexualität dem Kapitel der psychischen Störungen und der Verhaltensstörungen (F00 – F99) zugeordnet: F64 Störungen der Geschlechtsidentität: F64.0 Transsexualismus (vgl. www.dimdi.de, o.S.)

Für die psychotherapeutische Behandlung und unterstützend zur Diagnosestellung greifen Therapeuten, Psychologen und Krankenversicherungen zusätzlich auf das „*Diagnostische und Statistische Manual Psychischer Störungen*“ (DSM-IV) zurück. Dieses Diagnosesystem wurde erstmals 1952 entwickelt und ist ein Klassifikationssystem der „*amerikanischen psychiatrischen Vereinigung*“. Seit 1996 liegt auch eine deutsche Version dieses Systems vor. (vgl. www.paed.uni-muenchen.de, o.S.)

Die größten Unterschiede zu dem, in Deutschland zwingend anzuwendenden, System (ICD-10) liegt zum Einen darin, dass das DSM IV auf die Bezeichnung „*Transsexualität*“ verzichtet und stattdessen den Begriff „*Geschlechtsidentitätsstörungen*“ verwendet. Zum Anderen wird in diesem System neben drei Altersstufen (Kindheit, Adoleszenz und Erwachsenenalter) auch die sexuelle Orientierung berücksichtigt. Im Gegensatz zur ICD-10, in welcher eine geschlechtsangleichende Operation als fester Wunsch aller Transsexuellen vorausgesetzt wird, stellt der Transformationswunsch im DSM-IV lediglich ein mögliches Kriterium dar.

Erst wenn auf Grundlage dieser Klassifikationsysteme die Diagnose „*Transsexualität*“ gestellt wurde, ist die Grundlage für eine angleichende Operation geschaffen.

2.5.6 Prozess der Geschlechtsangleichung

Die ersten veröffentlichten operativen Eingriffe am Genital transsexueller Menschen wurden zwischen 1910 und 1930 durchgeführt. Dabei wurden „*Frau-zu-Mann-Transsexuellen*“ die Brüste sowie die Gebärmutter und Eierstöcke entfernt. „*Mann-zu-Frau-Transsexuellen*“ wurde der Penis amputiert und eine künstliche Scheide angelegt. Bei den ersten Operationen von *FMT* war das Ziel in erster Linie, die vorhandenen Geschlechtsorgane des Geburtsgeschlechts zu entfernen, ein Penis wurde in diesen ersten Operationen nicht rekonstruiert. (vgl. Vetter 2010, S.104ff)

Der gegenwärtig praktizierte Prozess der Geschlechtsangleichung beziehungsweise Geschlechtstransformation beinhaltet die Hormontherapie, bei welcher die gegengeschlechtlichen Sexualhormone zugeführt werden und bei der die Bildung

körpereigener Sexualhormone unterdrückt wird sowie die geschlechtsangleichenden operativen Eingriffe.

Zusätzlich zu den geschlechtsangleichenden Eingriffen können Operationen am Adamsapfel, Eingriffe zur Stimmveränderung und Gesichtsbiometrik sowie kosmetische Behandlungen wie Haarepilation oder Lasern zum Zwecke der Bartentfernung erfolgen. Die Kosten für diese Behandlungen werden unter Vorliegen der Diagnose „*Transsexualität*“ und nach gutachterlicher Einschätzung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) in der Regel von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen. Seit 2009 müssen sich die Krankenkassen bei ihrer Entscheidung über die Kostenübernahme beziehungsweise der Medizinische Dienst der Krankenkassen bei der Erstellung der Gutachten an den „*Standards der Behandlung und Begutachtung von Transsexuellen*“ von 1997 orientieren.²⁰ Zuvor war diese Orientierung optional den Krankenkassen selbst überlassen.

Der gesamte geschlechtsangleichende Prozess kann in fünf Stufen gegliedert werden, welche transsexuelle Menschen absolvieren müssen, sofern sie eine angleichende Operation anstreben:

- Stufe 1: Kennenlernen Transsexueller und Therapeut, Diagnostik, psychotherapeutische Behandlung und Informationsvermittlung,
- Stufe 2: Alltagstest mindestens ein Jahr
- Stufe 3: gegengeschlechtliche Hormonbehandlung nach erfolgtem oder mindestens sechs Monate laufendem Alltagstest
- Stufe 4: geschlechtsangleichende Operation frühestens sechs Monate nach Beginn der Hormonbehandlung
- Stufe 5: somatische und psychotherapeutische Nachsorge (vgl. Vetter 2010, S.306)

Die psychotherapeutische Behandlung auf Stufe 1 dient der Sicherstellung der Diagnose „*Transsexualität*“ und damit dem Ausschluss des Vorliegens einer (anderen) psychischen Erkrankung. Es soll dabei sicher gestellt werden, dass tatsächlich eine vom

²⁰ Begutachtungsanleitung „Geschlechtsangleichende Maßnahmen bei Transsexualität“ um bundesweit einheitliche und koordinierte Vorgehensweise bei der Begutachtung zu gewährleisten (vgl. www.mds-ev.de, S.2)

Geburtsgeschlecht abweichende Geschlechtsidentität vorliegt und eine angleichende Operation den Leidensdruck der Person aller Voraussicht nach abbauen wird.

Im Rahmen des Alltagstest auf Stufe 2 soll die/der Transsexuelle erproben, ob der Geschlechtswechsel tatsächlich anstrebenswert ist. Dazu muss sie/er ein bis zwei Jahre lang täglich und auch in öffentlichen Situationen in der Rolle des anderen bzw. angestrebten Geschlechts leben. Zweck des Alltagstests ist, dass sich transsexuelle Personen in ihrem angestrebten und gefühlten Geschlecht im Alltag und allen sozialen Bereichen ausprobieren können und die Möglichkeit erhalten zu lernen, sich entsprechend dieses Geschlechts zu verhalten und zu agieren. (vgl. Fiedler 2004, S. 158) Für die Zeit des Alltagstests kann von der behandelnden Institution eine Bescheinigung ausgestellt werden, welche ggf. darüber informiert, dass sich die betreffende Person im Alltagstest befindet, aus diesem Grund öffentlich in der Kleidung des anderen Geschlechts auftritt und einen anderen Namen als den im Personalausweis führt.

Eine weitere Möglichkeit, um im Rahmen des Alltagstests konflikthafte Situationen aufgrund des vom Personalausweis abweichenden Äußeren einzugrenzen, ist der Ergänzungsausweis der *„Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V.“* (dgti). Der Ergänzungsausweis der dgti ist *„[...]ein Dokument zur Verhinderung von Diskriminierung von Amtswegen, erhöht dabei auch die Rechtssicherheit staatlicher Organe im Umgang mit Transgendern.“* (www.dgti.info, o.S.)

Das Dokument enthält alle wichtigen Daten des Personalausweises und wird ergänzt durch ein Foto (entsprechend der gefühlten Geschlechtsidentität), eine Geschlechtsrubrik gibt es nicht. Weiterhin ist der Ausweis in drei Sprachen verfasst, um transidenten Menschen zu erleichtern, in ihrer empfundenen Geschlechtsidentität auch das Ausland zu bereisen. Voraussetzung für den Erhalt dieses Ergänzungsausweises ist der Nachweis über das Vorliegen eines *„transsexuellen Syndroms“* oder ein Nachweis über den Beginn der Hormonbehandlung.

Sofern der Antrag auf Vornamensänderung gestellt wurde, können transsexuelle Menschen dies vom zuständigen Amtsgericht beurkunden lassen und diese Beurkundung zur Unterstützung bei sich tragen.

Die, erst nach mindestens seit einem Jahr andauerndem Alltagstest, mögliche Hormonbehandlung auf Stufe 3 kann dem Transsexuellen den Alltag in der Hinsicht

erleichtern, als dass er sich durch die Einnahme der weiblichen oder männlichen Hormone dem anderen Geschlecht in Stimme und geschlechtstypischen äußeren Attributen annähert und glaubhafter in dieser neuen Rolle auftreten kann. Diese Hormone müssen allerdings auch nach einer angleichenden Operation ein Leben lang eingenommen werden, da sie trotz Operation nicht vom Körper selbst produziert werden.

Auf Stufe 4 schließlich kann die operative Angleichung der Geschlechtsorgane erfolgen. Dabei werden die angeborenen inneren und äußeren Geschlechtsorgane entfernt und entsprechend der empfundenen Geschlechtsidentität äußere Geschlechtsorgane geformt. Diese Angleichung geschieht meist in mehreren Einzeloperationen und stellt eine äußerst hohe gesundheitliche und psychische Belastung für die betroffenen Personen dar. Das Risiko, welches mit einer derart umfangreichen Operation einhergeht ist enorm, ebenso kann im Vorfeld eines derartigen Eingriffs nie vollkommen gewährleistet werden, dass das Ergebnis den subjektiven Erwartungen entsprechen wird. Nach White und Ettner 2004 entscheiden sich zwischen 43% und 50% aller transsexuellen Menschen gegen eine geschlechtsangleichende Operation. (vgl. Vetter 2010, S.134) Es ist anzunehmen, dass sich diese Personen aufgrund der hohen Risiken gegen einen derartigen Eingriff entscheiden.

3.0 Schwierige Lebenslagen und deren Bedingungsfaktoren

3.1 Belastende Alltagssituationen und Diskriminierung

Transidente Menschen erleben in ihrem Alltag, in ihren Familien und im Berufsleben häufiger kritische Situationen, geprägt von Diskriminierung und Ablehnung, als Menschen bei denen Geburtsgeschlecht und Geschlechtsidentität übereinstimmen.

Das Leben transsexueller Menschen ist aufgrund der abweichenden Geschlechtsidentität und der einhergehenden schwierigen Einordnung in soziale Rollen von einer tiefen Erschütterung existentieller Fundamente geprägt und andererseits gezeichnet durch einen scheinbar nie enden wollenden Kampf. Denn das körperliche Ursprungsgeschlecht verschwindet auch nach einer geschlechtsangleichenden Operation

nicht gänzlich, es hinterlässt vor allem bei „*Mann-zu-Frau-Transsexuellen*“ trotz aller Maßnahmen seine Spuren.

Nach der erfolgten angleichenden Operation müssen von transsexuellen Menschen lebenslang Hormone eingenommen werden und auch die operativ geformten äußeren Geschlechtsorgane erweisen sich in ihrer Funktion als nicht vergleichbar mit jener von naturgegebenen Geschlechtsorganen. Das angeborene Geschlecht wurde als falsch empfunden, durch die Operation aber letztlich gegen ein intersexuelles Geschlecht „*eingetauscht*“. Auch die entsprechende Geschlechtsidentität stellt sich nach dem operativen Eingriff nicht von allein und nicht nur aufgrund der individuellen Empfindungen in ihrer sonst natürlichen Selbstverständlichkeit ein. Diese entsteht vielmehr in einem langen Entwicklungsprozess und ist zudem abhängig von der sozialen Interaktion und den geschlechtsspezifischen Zuschreibungen anderer Menschen. Denn erst wer von seinen Interaktionspartnern als Frau oder Mann wahrgenommen und angenommen wird, kann dies auch wirklich und wahrhaftig sein. Nicht alle transsexuellen Personen, die sich einer geschlechtsangleichenden Operation unterziehen, leben nach diesem Eingriff ohne Probleme, manche haben schwerwiegende psychische Probleme. Langfristige Auswirkungen einer derart folgenschweren Operation sind gegenwärtig nur unzureichend belegt.

Neben verschiedenen intrapersonellen Konfliktsituationen stellen auch interpersonelle Konflikte ein hohes Belastungspotential für transidente Menschen dar.

Die soziale Isolierung denen transidente Menschen häufig unterliegen, die Ablehnung und Ächtung durch die Gesellschaft können zu einem niedrigen Selbstwertgefühl beitragen. Nach Schätzungen leiden etwa zwei Drittel aller transsexuellen Personen unter depressiven Verstimmungen oder ausgeprägten Depressionen. Diese Depressionen und die soziale Isolation, mangelnde Akzeptanz und Gesprächspartner in der Familie oder dem Freundeskreis können zu Ängsten, Aggressionen, Hass und Ekel den eigenen Körper betreffend, Selbstverstümmelungen und schlimmstenfalls zum Suizid führen. Bei „*Mann-zu-Frau-Transsexuellen*“ wird die Suizidalität auf etwa 15% der betroffenen Personen geschätzt. (vgl. Vetter 2010, S.170)

Die Diskriminierung im öffentlichen Bereich reicht von abschätzigen Blicken, über offene Ablehnung in Form von Verweigerung der Bedienung im Bekleidungsgeschäft bis hin zu körperlicher Gewalt.

Die Gründe für diese gesellschaftliche Ablehnung können in der Persönlichkeitsstruktur der einzelnen Gesellschaftsmitglieder und auch der gesamtgesellschaftlichen Normenstruktur liegen. Was oder wer als gestört, als von der Norm abweichend gewertet und aufgrund dessen abgelehnt und diskriminiert wird, unterliegt unterschiedlichen Einflüssen. Die vorherrschende religiöse Prägung, die jeweilige Kultur, gesellschaftliche und politische Aspekte nehmen darauf ebenso Einfluss wie die soziale und ethnische Herkunft, die Erziehung und persönliche Einstellungen.

3.2 Zweigeschlechtlichkeit als gesellschaftliche Norm – der soziale Aspekt

Im Sinne der binären Geschlechterordnung unseres Kulturkreises darf es nur Frauen und Männer geben, dies entspricht der allseits vorherrschenden Norm. Transsexuelle Menschen entsprechen nicht den gegebenen Normalitätsstandards und verletzen das Maß der „Zweigeschlechtlichkeit“. Da es keinen Ort außerhalb des gesellschaftlich geschaffenen Systems von Mann und Frau gibt, kann es auch für Menschen, die sich nicht eindeutig in das System der zwei Geschlechter einordnen lassen, keinen Platz in der Gesellschaft geben.

„Ein Mann mit einem Frauennamen oder auch mit weniger eindeutigen weiblichen Geschlechtszeichen der Aufmachung ist ein unmögliches Objekt, das nicht zur Ordnung des Sichtbaren gehört und gehören soll.“ (Hirschauer 1999, S.31)

Transidente Menschen bedrohen die Gesellschaft durch ihren Verstoß gegen die „[...]als unverrückbar empfundenen Koordinaten unseres sozialen Lebens, nämlich die Aufteilung der Geschlechter in eindeutige Frauen und Männer[...]“ (Steger 2007, S.192). Dieser Verstoß, diese Abweichung ist dabei fundamental und ruft weitaus schwerere Ablehnung hervor, als dies zum Beispiel homosexuelle Menschen tun, denn Homosexuelle verstoßen einzig gegen die überwiegende Sexualpartnerpräferenz, nicht aber gegen die binäre Geschlechterordnung.

Vor allem transsexuelle Menschen (aber auch gelegentliche Geschlechtswechsler) sind darauf angewiesen, dass andere Personen ihren Geschlechtswechsel mit vollziehen. Dies aber nicht in der Hinsicht, dass dazu Therapeuten, Sachverständige und Ärzte nötig sind, sondern vielmehr hinsichtlich der Notwendigkeit in der sozialen Interaktion vom Gegenüber ein entsprechendes Geschlecht zugewiesen zu bekommen. Erst wenn der

Interaktionspartner dem Anderen ein Geschlecht zuspricht, hat er dieses auch tatsächlich. Im Falle eines transsexuellen Menschen muss das Gegenüber also trotz der vermeintlich anders erscheinenden körperlichen Geschlechtszugehörigkeit den Wandel akzeptieren und entsprechend interagieren. (vgl. Hirschauer 1999, S.52ff)

Muss ein Mensch an der Geschlechtszugehörigkeit eines anderen Menschen zweifeln, oder kann er diesem Menschen nicht eindeutig ein Geschlecht zuweisen, entsteht Irritation und wird nach Hirschauer (1999) die Selbstwahrnehmung ebenso irritiert, da die eigene Geschlechtszugehörigkeit im Sinne von „*das Gleiche*“ oder „*das Andere*“ nicht sicher bestimmt werden kann. Dies hat zur Folge, dass sich keine Rollensicherheit einstellen kann, dass körperliche Distanzen, Gesprächsinhalte und Blickkontakte nicht entsprechend dem Geschlecht angepasst werden können. (vgl. Hirschauer 1999, S.56)

Als Folge dieser Rollenunsicherheit können sich Gefühle der Angst oder Irritation einstellen. Alles Fremde und Ungewöhnliche, das sich nicht sofort kategorisieren lässt verunsichert die Menschen in der Regel. Im positiven Fall führt Verunsicherung und Irritation dazu, sich mit der Person auseinanderzusetzen, die diese Gefühle auslöst und das Wesentliche zu erkennen, nämlich, dass sie auch nur ein Mensch ist. Im schlimmsten Fall führen diese Empfindungen zu offen ausgeführter Gewalt.

3.3 Medizin als Zuschreibungs- und Normalisierungsinstanz – der institutionelle Aspekt

In medizinisch-psychologischer Hinsicht ist der Gesichtspunkt des subjektiven Leidens ausschlaggebend, um eine Störung oder Krankheit und demnach eine Normabweichung zu diagnostizieren. Ob transidente Menschen nun aber unter ihrem Körper leiden, oder sich der Leidensdruck eher durch gesellschaftliche Ausgrenzung und mangelnder sozialer Akzeptanz einstellt, bleibt dabei offen. (vgl. Vetter 2010, S.67ff)

Das gesamte medizinische Vorgehen stützt sich in Deutschland auf das anzuwendende Diagnosesystem „*Internationale Klassifikation der Krankheiten*“ (ICD-10) der Weltgesundheitsorganisation und ergänzend auf das amerikanische Klassifikationssystem „*Diagnostisches und Statistisches Manual Psychischer Störungen*“ (DSM-IV), da diese beiden Systeme zur Stellung einer Diagnose angewandt

werden (müssen). Ohne eine entsprechende Diagnose können in Deutschland weder therapeutische Unterstützung noch operative Eingriffe erfolgen.

In dem internationalen Diagnosekatalog ICD-10 wird Transsexualität den „*psychischen und Verhaltensstörungen*“ und spezieller den „*Störungen der Geschlechtsidentität*“ zugeordnet. Dies stellt eine Diskriminierung per se dar, da hier von Grund auf von einer Krankheit ausgegangen wird. Die anders empfundene Geschlechtsidentität wird pathologisiert und die betroffenen Personen werden der Gruppe der psychisch kranken Menschen zugeordnet. Die Diagnose der psychischen Erkrankung stellt aufgrund dessen eine Diskriminierung dar, als dass infolgedessen gesellschaftliche Zuschreibungen erfolgen und diese zu Erwartungshaltungen den Empfängern der Diagnose gegenüber führen, welche die betroffenen Personen stigmatisieren und ausgrenzen.

Eine weitere Form der Pathologisierung und somit Diskriminierung stellt der Umstand dar, dass die Diagnosesysteme ICD-10 und DSM-IV den Leidensdruck zuschreiben und für die Diagnose voraussetzen. Dieser Leidensdruck entsteht allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit bei einem Großteil der Transsexuellen in erster Linie nicht durch die sogenannte Störung an sich, sondern vielmehr als Folgewirkung von sozialer Ausgrenzung und Stigmatisierung. An den Stigmatisierungsprozessen sind neben der Politik aufgrund der einschränkenden Gesetzgebung auch Sexualwissenschaft, behandelnde Medizin und Psychologie, also die unterschiedlichen beteiligten Instanzen auf dem Diagnoseweg, maßgeblich beteiligt. (Fiedler S.209)

Zudem werden transsexuelle Personen, welche die Diagnose für ihre weitere Entwicklung benötigen und erhalten, in ihrer Autonomie eingeschränkt, da sie von der Diagnosestellung bis zur angestrebten Operation abhängig von den Entscheidungen beteiligter Instanzen sind. Diese Instanzen sind in diesem Fall Gutachter und Therapeuten, welche Entscheidungen treffen, die den Prozess der Angleichung an das gefühlte Geschlecht fördern oder behindern können. Diese Eingrenzung der Autonomie und Abhängigkeit kommt dabei einzig und allein durch die Zuweisung des Krankenstatus zustande, da nur durch den Krankenstatus eine Diagnose gestellt werden kann und somit Beurteilungen über einzelne Menschen nötig werden.

Und schließlich werden die Normalisierungsinstanzen²¹ nicht auf den Plan gerufen um die Menschen in ihrer „*Andersartigkeit*“ zu integrieren oder die Zweigeschlechtlichkeit unserer Gesellschaft aufzubrechen. Diese werden vielmehr aktiv, um dafür Sorge zu

²¹ Psychologen und Psychiater, Endokrinologen, Urologen, Gynäkologen, Chirurgen und Juristen

tragen, dass die zweigeschlechtliche Ordnung mittels Hormonen und chirurgischen Eingriffen wieder hergestellt wird.

Normalisierungsinstanzen retten also die Vorstellung der Zweigeschlechtlichkeit, indem sie Männer, die sich als Frauen fühlen und Frauen, die sich als Männer fühlen mittels medizinischer und medikamentöser Interventionen wieder in die Reihe bringen und in die Zweigeschlechtlichkeit zurückführen.

Transgenderismus-Phänomene hingegen, welche als vermeintliches Ziel nicht die geschlechtsangleichende Operation vorweisen, finden in den vorhandenen Diagnosekriterien keine oder zumindest keine gesonderte Berücksichtigung und werden auch hinsichtlich wissenschaftlicher Untersuchungen und Forschungen kaum beachtet.(vgl. Fiedler 2004, S.208)

3.4 Familie und Beruf – der private Aspekt

Viele transidente Menschen leben in einer festen Partnerschaft und gehen ebenso einer geregelten Arbeit nach. Die mangelnde Akzeptanz der Gesellschaft führt auch in diesen Lebensbereichen häufig dazu, dass sich betroffene Personen lange Zeit nicht offenbaren und ein Doppelleben führen.

Vor den Partnern und der Familie werden die eigenen Gefühle verborgen, es wird von transidenten Menschen vermieden, über dieses Thema zu sprechen, selbst wenn es nur die Transidentität anderer Personen betrifft.

Aus persönlichen Kontakten mit transidenten Menschen weiß ich von jahrelangen und teilweise sogar jahrzehntelangen gelebten Geheimnissen und aufrechterhaltenen Verstecken für Kleidung und Accessoires. Häufig werden die weiblichen Kleidungsstücke in einer kleinen Kiste in der hintersten Ecke des Kellers aufbewahrt. Die Angst, dass diese entdeckt wird, ist stets präsent und steigert sich vereinzelt in ein derartiges Ausmaß, dass diese Habseligkeiten weggeworfen werden, um nicht enttarnt zu werden.

Der Wunsch sich seiner Partnerin zu offenbaren ist in der Regel sehr groß. Wie jeder Mensch, wünschen sich natürlich auch transidente Menschen einen vertrauten

Gesprächspartner und unterstützenden Vertrauten auf ihrem Weg, da sie aufgrund ihrer Andersartigkeit in der Regel selbst sehr verunsichert sind.

Wagen transidente Partner dann sich ihrer Partnerin zu öffnen, stellt dies eine große Belastungsprobe für die Partnerschaft dar. Der Schock ist für die Partnerinnen zunächst groß, vor allem in Hinblick auf die vielen Jahre die womöglich zuvor zusammen verbracht wurden, ohne dass etwas geahnt wurde. Die Offenbarung kommt in den Augen der Partnerinnen im ersten Augenblick daher dem Offenbaren einer jahrelang gelebten Lüge gleich.

In der Informationsbroschüre des Projekts „en femme“ schildert die Partnerin eines transidenten Mannes ihre Gefühle im Moment des Outings ihres Partners sehr eindrucksvoll und bildhaft:

„[...] denn meine schlimmsten Befürchtungen erschütterten in diesem Augenblick mein Leben, meine kleine Welt, meine Hoffnungen und meine Liebe. Jede Faser in meinem Körper begann zu schmerzen und unzählige Gedanken fluteten meinen Kopf, um sich in einem Schwall sprühender Phantasien zu ergießen. Das erste Bild vor meinem geistigen Auge war eine blonde, schulterlange Lockenperücke, überschminkte Augen in grellem Türkis, knallrote Lippen, plump aufgepuderte Rouge Wangen, lange Strassohrringe...und dann kam es noch schlimmer: Einmeterfünfundneunzig und hundertdreißig Kilo in einem Kostüm oder Kleid, hochhackigen Pumps und das ganze auch noch Handtäschchen schwingend! Mir wurde kotzübel und ich spürte eine tiefe Abneigung dem Menschen gegenüber, den ich wenige Sekunden vorher noch absolut geliebt hatte. [...] Die vielen Jahre unserer Zweisamkeit, unserer Liebe, unserem Vertrauen...[...] Die letzten 13 Jahre, die wir uns kannten waren ausradiert. Einfach weg! [...]“ (Projekt „en femme“ 2009, S.18)

Die Ausführungen dieser Partnerin zeigen deutlich, wie sehr eine derartige Offenbarung die bisherige Beziehung in Frage gestellt haben und wie groß die Irritation der Frau gewesen sein muss. All das, woran jahrelang geglaubt wurde, musste plötzlich in Frage gestellt werden.

Transidente Männer in einer Partnerschaft müssen also zu jedem Zeitpunkt damit rechnen, ihre Partnerschaft aufs Spiel zu setzen. In dem Fall, in dem sie ihre Transidentität verschweigen, müssen sie stets befürchten, entdeckt zu werden und infolge dieser Enttarnung ihre Partnerin zu verlieren, aber auch im Falle des sich Anvertrauens besteht für sie immer das Risiko ihre geliebte Partnerin zu verlieren.

Aufgrund dieses Risikos und der empfundenen Verantwortung gegenüber der eigenen Familie, entscheiden sich viele Transidente schließlich dazu, ihre Transidentität zu verschweigen und nur im Verborgenen auszuleben.

Hinsichtlich ihrer Berufstätigkeit haben Transidente zwar Recht und Gesetz auf ihrer Seite, da es zum Einen nicht verboten ist, sich öffentlich in den Kleidern des Gegengeschlechts zu zeigen und zum Anderen besteht ein gesetzlich verankertes Diskriminierungsverbot durch das „*Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz*“ (AGG).²² Dennoch offenbaren sich die Wenigsten aus Angst vor Hohn, Spott, Ablehnung und Arbeitslosigkeit vor ihren Arbeitskollegen und Vorgesetzten. Ein Grund für diese Angst ist sicherlich der Fakt, dass viele transidente Männer betont männliche Berufe ergreifen, um die gesellschaftlichen Rollenerwartungen besonders gut zu erfüllen. Die Angst am Arbeitsplatz Anfeindungen ausgesetzt zu sein oder diesen durch den Arbeitgeber gekündigt zu bekommen, wiegen so hoch, dass auch in diesem Bereich ein Doppelleben vorgezogen oder aber der Entschluss gefasst wird den Arbeitsplatz selbst aufzugeben. Vereinzelt begeben sich transsexuelle Menschen (in erster Linie MFT) in die Prostitution. Ob dies letztlich infolge von Arbeitslosigkeit geschieht ist nicht sicher belegbar, kann aber neben dem Wunsch nach sexuellen Kontakten als Grund in Betracht gezogen werden.

Nicht nur das ablehnende Verhalten anderer Personen im gesellschaftlichen, familiären und beruflichen Kontext führen für transidente Menschen zu Ablehnung und Diskriminierung, es gibt durchaus auch Verhaltensweisen und Einstellungen der Personen selbst, welche Abwehr und Ausgrenzung, wenn auch in letzter Instanz unberechtigterweise, begünstigen.

²² § 1 AGG „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“ (<http://bundesrecht.juris.de>, o.S.)

3.5 Problematische Verhaltensweisen transidenter Menschen – der individuell-persönliche Aspekt

Hinsichtlich der sozialen Kontakte und des familiären Umfelds führt vor allem die vereinzelt auftretende egozentrische Haltung transidenter Menschen zu Konflikten. Die transidenten Gefühle können derart stark sein, dass sie die Person regelrecht beherrschen und sich ihr gesamte Denken und Fühlen einzig und allein auf die Transidentität konzentriert. Die Folge können Beziehungsstörungen mit eventuell vorhandenen Partnern sowie dem gesamten sozialen Umfeld sein, da der Kontakt zur Umwelt auf dem Weg der Verfestigung und Kanalisierung der Interessen verloren geht. Durch meine persönlichen Gespräche mit vielen transidenten Menschen kann ich diesen Punkt bestätigen. Häufig fehlt transidenten Menschen das Verständnis für die Reaktionen ihres persönlichen Umfelds oder sie können nur sehr schwer nachempfinden welche Ängste die Menschen um sie herum beherrschen und aus welchen Gründen diese Ängste entstehen. Transidente Menschen suchen oftmals zunächst vordergründig nach der Erfüllung und Befriedigung ihrer eigenen Wünsche und Bedürfnisse, ohne dabei von sich aus und von Beginn an in Betracht zu ziehen, den Partner, die Familie und Freunde auf ihrem Weg mitzunehmen und teilhaben zu lassen. Erst in persönlichen Gesprächen mit Hinweisen und Anregungen zum Umgang mit Partner und Familie, erkennen sie in der Regel ihre Ich-bezogene(n) Haltung und Handlungsweisen.

Auch die von Hirschauer (1999) beschriebene mangelnde Distanz von Transsexuellen zu der gesellschaftlich normierten Zweigeschlechtlichkeit unterstützt die Ablehnung transidenter Menschen, da diese Altbewährtes reproduziert, anstatt Neues zu etablieren. Die mangelnde Distanz wird in erster Linie dadurch deutlich, dass transidente Menschen sich der vorherrschenden binären Geschlechterordnung mit größter Loyalität unterordnen, indem sie in der Regel versuchen, möglichst unauffällig in der gefühlten Geschlechtsrolle aufzutreten. Die Zweigeschlechtlichkeit der Gesellschaft wird also insofern angenommen und sozusagen angewandt, als dass nichts von dem körperlich angeborenen Geschlecht „*durchscheinen*“ möge, das dargestellte Geschlecht soll eindeutig erkennbar sein, auch wenn es nicht dem körperlich gegebenen entspricht. Um dies zu gewährleisten werden gängige Geschlechtsrollenklischees von transsexuellen Personen häufig unreflektiert, ohne diese zu hinterfragen oder auf ihre Alltagstauglichkeit hin zu überprüfen, übernommen. Dies führt besonders bei

Transfrauen nicht selten zu unangemessene Überzeichnungen der Weiblichkeit und zu einer besonderen Auffälligkeit in der Öffentlichkeit.

Die Gründe für diese Überzeichnung liegen sicher darin, dass vor allem MFT häufig aufgrund ihres Körperbaus, der Stimme und des, trotz Make-up und Epilation, sichtbaren Bartschattens relativ schnell als biologische Männer oder als einst männlich erkannt werden. Aufgrund der deutlichen Hinweise auf die vorhandene Männlichkeit wird mittels weiblicher Utensilien versucht davon abzulenken und ein Mal mehr zu Schminke, Schmuck und besonders weiblicher Kleidung gegriffen. (vgl. Vetter 2010, S. 266)

Der Wunsch nach Anpassung führt häufig aufgrund der (ungewollten) Auffälligkeit direkt zu gesellschaftlicher Ablehnung, statt zu Akzeptanz und hat ebenso zur Folge, dass die binäre Geschlechterstruktur auch durch transidente Menschen selbst immer wieder reproduziert wird.

Doch auch all jene transidente Menschen, welche bewusst zu Überzeichnungen greifen und sich auf möglichst provokante Art und Weise in die Öffentlichkeit begeben, können Ablehnung und Diskriminierung fördern. Durch ihr provokantes Auftreten ziehen sie natürlich die Aufmerksamkeit auf sich und sind durch ihr gesamtes Erscheinungsbild und Verhalten für die Betrachter einprägsamer, als transidenten Menschen, die sich gesellschaftlich gängiger Kleidung und Verhaltensnormen bedienen. Aufgrund ihres gesellschaftlich als abweichend empfundenen Auftretens und Verhaltens begünstigen sie eher die Bildung von Klischees und Zuschreibungen sowie die individuelle oder auch gesellschaftliche Voreingenommenheit gegenüber transidenten Menschen, als dass sie Zuwendung und Akzeptanz fördern.

Im Rahmen meiner Begleitung von transidenten Menschen durfte ich schon zahlreiche unterschiedliche Persönlichkeiten kennenlernen. Bis auf einige wenige schillernde Ausnahmen zeigten sich mir stets sehr bodenständige Menschen mit gewöhnlichen Vorstellungen und Wünschen. Die provokanten Paradiesvögel dürften nach meinen persönlichen Erfahrungen in der Minderheit sein.

Nicht die Ausnahme hingegen sind leider gesellschaftliche Ablehnung und Diskriminierung, auch dies schlägt sich in meinen persönlichen Erfahrungen nieder.

3.6 Beispiele aus meiner Arbeit mit transidenten Menschen

Seit dem Jahr 2003 berate und unterstütze ich transidente Menschen und helfe ich ihnen dabei, erste Schritte in die Öffentlichkeit zu gehen. Bei diesen ersten Schritten begleite ich sie häufig direkt und erlebe dabei natürlich die verschiedenen Reaktionen der Menschen mit. Einige dieser gemeinschaftlich erlebten Momente als auch Erlebnisse von denen mir berichtet wurde, werde ich im Folgenden schildern. Ebenso werde ich Gedanken und Sorgen aufgreifen, welche mir viele transidente Menschen offenbarten. Mit diesen Berichten verfolge ich die Absicht vor allem die Ablehnung einzelner Gesellschaftsmitglieder als die gängigste Form der gesellschaftlichen Diskriminierung mittels konkreter Beispiele deutlich zu machen und schwierige Alltagssituationen aufzuzeigen.

Da es sich um persönliche Erlebnisse handelt, nutze ich für diese Schilderungen die „*ich-Form*“. Persönliche Wertungen innerhalb der Berichte werde ich weitestgehend vermeiden. Werden diese dennoch von mir vorgenommen, ist zu berücksichtigen, dass es sich dabei ausdrücklich um persönliche Empfindungen und Gedanken zum Geschilderten handelt, die keinen allgemeingültigen Charakter haben können.

3.6.1 Restaurantbesuch und Einkaufsbummel

Vor etwa zwei Jahren besuchte ich mit einer Transfrau ein größeres Restaurant in Dresden. Der Besuch sollte einen längeren Aufenthalt vor Ort abrunden und ein gemütlicher Abend in angenehmer Atmosphäre werden. Um Entspannung zu gewährleisten und dazu den Blicken anderer Besucher dieses Restaurants nicht völlig ausgeliefert zu sein, suchten wir uns einen Platz in einem etwas geschützteren Bereich des Lokals. Nachdem die Kellnerin unsere Getränkebestellung angenommen hatte, begann allerdings ein Vorgang, der eher Fragen aufwarf, als dass er Entspannung eintreten ließ. Nach der Kellnerin, welche für unseren Tisch zuständig war, traten sämtliche an diesem Abend beschäftigte Mitarbeiter dieses Restaurants nacheinander an unseren Tisch, um uns zu bedienen. Eine Vorgehensweise, welche äußerst ungewohnt und normalerweise nicht gebräuchlich ist. Allein um unsere Bestellungen aufzunehmen, Getränke an den Tisch zu bringen und für das Essen einzudecken, kamen bereits vier verschiedene Mitarbeiterinnen zu uns. Als dann schließlich sogar der Koch das Essen an

den Tisch brachte und die Küchenhilfe das Gedeck nach dem Essen wieder abräumte, war das Szenario nicht mehr zu übertreffen.

Natürlich habe ich Verständnis für Neugier, allerdings meine ich, dass Neugier auf eine positive Art und Weise vermittelt und befriedigt werden kann, ein „begaffen“ ähnlich wie im Zoo kann nicht als positiv gewertet werden. Leider zeigte sich das Verhalten der Mitarbeiter dieses Restaurants meiner Meinung nach aber in dieser Färbung.

Ein weiteres großes Problem ist bei jedem Besuch von öffentlichen Einrichtungen oder Lokalen der Besuch der Toilette. Zwar gab es in dieser Hinsicht für jene Transgender, die ich begleitet habe, noch keine negativen oder unangenehmen Reaktionen, dennoch kann dies für die Betroffenen eine durchaus belastende Thematik darstellen. Denn es stellt sich tatsächlich die Frage, welche Toilette Transfrauen nutzen sollten und dürfen.

Es gibt kein rechtliches Verbot als Mann die Damenttoilette zu benutzen, aber ein moralisches Gebot beziehungsweise tradierte Handlungsvorgaben, an die sich in der Regel jeder Mensch hält. Demnach kann sicherlich die Richtlinie aufgestellt werden, dass Transfrauen entsprechend ihrer Geschlechtsrollenpräsentation natürlich die Damenttoilette besuchen. Dies jedoch aber unter der Maßgabe, dass sich keine andere Besucherin dieser Örtlichkeit von ihrer Anwesenheit im Übermaß gestört fühlt. Entsprechend meiner Erfahrungen haben sich die Transfrauen in dieser Umgebung aber stets derart höflich und angemessen verhalten, dass sich noch keine andere Dame in diesem Bereich über deren Anwesenheit beschwert hat.

Derart tolerant zeigen sich aber leider nicht alle Menschen denen Transidente begegnen. Ein besonders respektloses Verhalten zeigte eine Verkäuferin in einem Bekleidungsgeschäft. Diese lehnte die Bedienung der Transfrau rigoros ab und verbat sich zukünftig mit „Soetwas“ in ihr Geschäft zu kommen. Bereits die Ablehnung der Bedienung, ohne dass ein Grund im Verhalten ihrer potentiellen Kundin zu finden gewesen wäre, zeigt diskriminierendes Verhalten. Die zudem von der Verkäuferin gewählte Personenbezeichnung war absolut beleidigend und Diskriminierung in vollendeter Form.

3.6.2 Menschen mit geistiger Behinderung und Kinder

Kinder nehmen häufig kein Blatt vor den Mund und sprechen das, was sie wahrnehmen mitunter laut und für alle hörbar aus, oder sie wenden sich zumindest an ihre Eltern um auf das Gesehene aufmerksam zu machen. Auch Menschen mit einer geistigen Behinderung können je nach Art der geistigen Einschränkung in ihrer Entwicklung auf einem kindlichen Niveau verharren und entsprechendes Verhalten zeigen.

Einem Mann, welcher wahrscheinlich aufgrund seiner geistigen Entwicklung vergleichsweise kindliches Verhalten zeigte, fiel die von mir begleitete Transfrau in Dresden vor einem großen Einkaufszentrum derart deutlich als Mann auf, dass er diese Erkenntnis lauthals bekunden musste. Er stellte sich vor meine Begleiterin, zeigte mit dem Finger auf sie und schrie laut: „*Du bist gar keine Frau!*“.

Natürlich war in diesem Moment die Aufmerksamkeit aller weiteren anwesenden Personen geweckt und der einzige Ausweg für die Transfrau und mich war die Flucht aus dieser Situation, indem wir den Ort schnellstmöglich verließen.

Kinder reagieren nach meinen Erfahrungen nicht mit derart hemmungslosen und lauten Äußerungen. Sie nehmen zwar die vorhandenen und häufig sichtbaren Widersprüche zwischen weiblicher Kleidung und männlichem Körperbau wahr, reagieren aber meist nur mit hinweisendem Tuscheln zu ihren Eltern. Mitunter sind Kinder derart irritiert, dass sie einfach darüber kichern, beleidigendes Verhalten habe ich bisher von Kindern nicht erlebt.

Meine eigene Tochter hatte den ersten Kontakt zu einer Transfrau im Alter von vier Jahren. Sie hatte diese Transfrau zuvor als Mann kennengelernt und reagierte wider meiner Erwartungen im Moment der ersten Begegnung dieses Mannes in der weiblichen Rolle in keinsten Weise irritiert oder gehemmt. Sie ging wie selbstverständlich auf sie zu und sprach ohne Veränderung mit ihr. Die einzige Reaktion auf die äußerliche Veränderung der bekannten Person war die an mich gerichtete Frage, ob Maik (Name geändert) ein Mann oder eine Frau sei. Als ich ihr erklärte, dass Maik beides sei, kommentierte sie diese Antwort mit einem „*Aha*“.

Heute ist meine Tochter elf Jahre alt, sie wächst mit der Auseinandersetzung mit dieser Thematik auf und versteht nicht, warum ihre Klassenkameraden die Bezeichnung

„Transe“ als Schimpfwort nutzen, da es das aufgrund ihres Wissens für sie schlicht und ergreifend nicht ist.

3.6.3 Jugendliche und Erwachsene

Häufig sind die Meinungen über Jugendliche negativ geartet, die Medien berichten über respektloses Auftreten und gewalttätige Ausschreitungen. Hinsichtlich des Verhaltens von Jugendlichen gegenüber Transfrauen kann ich über den gesamten Zeitraum meiner Zusammenarbeit und Begleitung von transidenten Menschen nur von einem einzigen weniger schönen Erlebnis mit Personen dieser Altersgruppe berichten.

Ich lief mit einer Transfrau durch ein großes Einkaufszentrum in Dresden und bemerkte dabei eine Gruppe von jungen Frauen, welche meine Begleiterin anstarrten und sich offensichtlich lustig über sie machten. Sie lachten laut, tuschelten miteinander und versuchten mit uns Schritt zu halten, um weiterhin einen guten Blick auf meine Begleiterin zu erhalten. Das Verhalten der jungen Frauen wurde dabei stetig lauter und respektloser. Als sie schließlich ihre Handys aus den Taschen holten um ihre „Entdeckung“ festzuhalten, sah ich mich gezwungen die Gruppe auf ihr unangemessenes Benehmen anzusprechen und ihre respektlosen Äußerungen zu beenden. Einen Menschen aufgrund seiner Andersartigkeit auf eine derartige Weise auszulachen, ihn überhaupt auszulachen, ist in meinen Augen absolut inakzeptabel.

Erwachsene Personen hingegen bedienen sich in Momenten, in denen sie etwas Auffälliges oder Abweichendes an anderen Menschen feststellen nach meinen Erfahrungen eher dem hemmungslosen Anstarren. Dies kann je nach Situation und Umgebung ebenso unangenehm sein, wie in einer schnell vergehenden Situation ausgelacht zu werden.

Ein konkretes Beispiel dafür zu nennen fällt mir schwer, da dies eine Reaktion ist, die mir bei Spaziergängen, Einkaufsbummeln oder Restaurantbesuchen in zahlreichen Situationen auffällt. Besonders schwierig mit dieser unverschleierte und teilweise schamlosen Begutachtung umzugehen, fällt es in Momenten, in denen es nicht möglich ist, sich den Blicken sofort zu entziehen.

Leider gibt es aber noch eine Steigerung zu diesen Blicken. Besonders nachhaltig beschäftigt und emotional bewegt hat mich die Schilderung einer Transfrau aus Sachsen. Diese lebte ihre Transidentität weitestgehend im Verborgenen, wurde aber beim Verlassen ihrer Wohnung in ihrer weiblichen Rolle von einem Nachbarn beobachtet. Dieser Nachbar schrieb der Transfrau infolge seiner Beobachtungen einen Brief, welchen sie dann auf einer größeren Veranstaltung mit anderen Gleichgesinnten laut vorlas. Der Brief enthielt die schlimmsten Beschimpfungen und Beleidigungen und gipfelte schließlich in einer äußerst ernst zu nehmenden Morddrohung.

Glücklicherweise wurde diese Drohung nie in die Tat umgesetzt.

Der Schock und die hohe Belastung, die sich aufgrund einer derartigen Reaktion einstellen, sind meines Erachtens absolut nachvollziehbar, bleiben aber glücklicherweise dem Großteil der transidenten Menschen in Deutschland weitestgehend erspart.

3.6.4 Doppelleben

Die gesellschaftlich erfahrenen Ablehnungen begründen für transidente Menschen häufig die Annahme, dass auch ihr ganz persönliches Umfeld eine solch ablehnende Haltung einnehmen wird. Dies wiederum veranlasst zahlreiche Transidente ein Doppelleben zu führen und ihre Transidentität gegenüber ihren Familienmitgliedern zu verschweigen.

Ein mir bekannter „*Cross Dresser*“ versteckt seit mehreren Wochen seine Kleidungsstücke außer Haus, da er schwer erkrankte und Angst hatte er könne sterben. Er befürchtete infolge seines Todes würde seine Frau die weibliche Kleidung im gemeinsamen Haus finden. Die Angst vor der Ablehnung durch die Frau ist für ihn derart stark, dass diese selbst nach seinem befürchteten Tod nicht akzeptabel ist. Die Momente, in denen er sich dann in seine weibliche Rolle begibt, sind für ihn nach seinen Aussagen zwar entspannend und beruhigend, aber umgeben von übermäßig belastenden Situationen. Der gesamte Tag der Wandlung ist stets minutiös durchgeplant, seiner Partnerin spielt er in der Regel ein Arbeitstag vor und um dies zu

bestärken, macht er auf dem Heimweg auf einem Rastplatz Halt, um seine Arbeitsschnitten zu essen.

Andere Transidente berichten von Pappkartons in den hintersten Winkeln ihrer Keller und Garagen. Eine Transfrau berichtete mir davon, dass sie sich zusätzlich zu der familiär genutzten Wohnung sogar eine weitere kleine Wohnung angemietet habe, um dort ihre gesamten weiblichen Utensilien aufzubewahren und die weibliche Rolle ungestört einnehmen zu können.

Diese Anstrengungen machen einerseits die hohen Belastungen deutlich, andererseits aber auch die hohe Wertigkeit der transidenten Wünsche und Empfindungen. Warum sonst sollten sich Menschen derartigen Belastungen aussetzen?

Dass dieses Doppelleben eine so hohe Belastung darstellen kann, dass es aufgrund des großen Ausmaßes an psychischen Stress gesundheitliche Auswirkungen haben kann, ist sicher nachvollziehbar. Dass das Aufdecken eines solchen Geheimnisses durch die Familie in einem solchen Ausmaß belastend ist, dass es lebensbedrohlich sein kann, hat sich mir vor etwa vier Jahren auf besonders tragische und traurige Art und Weise gezeigt.

Anna (Name geändert), eine Transfrau aus der Schweiz, war mehrfach in Dresden zu Besuch gewesen und hatte dabei viele glückliche Stunden als Frau in der Öffentlichkeit verlebt. In der Heimat war das Ausleben dieser weiblichen Rolle aufgrund des beruflichen Standes und der sehr konservativen Familie nicht möglich. Während der erneuten Anreise nach Dresden mit dem Zug erhielt Anna plötzlich Kenntnis davon, dass ihre Familie von ihrer Transidentität erfahren hatte. Ich kann nicht rekonstruieren was daraufhin genau geschehen ist, die Angst vor dem, was diese Entdeckung mit sich bringen könnte, muss ein unerträgliches Ausmaß angenommen haben, denn die Zollbeamten der deutsch-schweizerischen Grenze fanden Anna bei ihrer Kontrolle leblos in ihrem Abteil. Nach späterer Information durch die Familie war Anna an einem Herzinfarkt verstorben.

Der traurige Todesfall von Anna, die furchtbare Morddrohung die eine andere Transfrau erhielt und auch das unangemessene Anstarren und Auslachen, dem transidente Menschen oft ausgesetzt sind, zeigen deutlich, dass unsere Gesellschaft noch lernen muss zu tolerieren und schließlich zu integrieren, um auch Menschen die zwischen den

Geschlechtern leben einen angemessenen Platz in der Mitte unserer Gemeinschaft zu gewährleisten.

4.0 Sozialpädagogische Integration und Möglichkeiten der Unterstützung

Um die gesellschaftliche Integration von transidenten Menschen, deren Wohlbefinden sowie die persönliche Entwicklung, zu fördern und zu gewährleisten, können sozialpädagogische Maßnahmen äußerst hilfreich sein.

Es finden sich für transidente Menschen im Internet viele verschiedene Möglichkeiten der Recherche und des Austauschs, die vor allem aufgrund der Anonymität einen niederschweligen Zugang gewährleisten und als Unterstützungsform sicher nicht von der Hand zu weisen sind. Diese Internetseiten liefern einerseits den Beweis nicht allein zu sein und werden dadurch als eine Art Existenzberechtigung für sich sowie die eigene Andersartigkeit empfunden. Andererseits ermöglicht der, über das Internet mögliche, Austausch mit Gleichgesinnten den Ausbruch aus der sozialen Isolation.

Diese Formen der Hilfe stellen jedoch aufgrund der häufig mangelnden Seriosität und fehlenden Fachlichkeit keinen adäquaten Ersatz für sozialpädagogische Unterstützung dar. Ein weiteres Problem dieser, in der Regel privaten, Webseiten ist, dass die darauf zugänglich gemachten persönlichen Berichte oft ideale Abläufe und Entwicklungen beinhalten und unter Umständen vom Leser ohne angemessene Überprüfung auf Realisierbarkeit in das eigene Leben übernommen werden. Es können sich infolge Wünsche und Vorstellungen manifestieren, die ähnlich positiv gefärbt sind, aber bezogen auf das jeweilig eigene Leben und Lebensumfeld kaum oder gar nicht realisierbar sind. Sozialpädagogische Beratung könnte dabei helfen, eine derartige Manifestation unrealistischer Wünsche und Vorstellungen zu vermindern oder sogar gänzlich zu verhindern.

Vor allem aber weisen die zahlreichen gesellschaftlichen Diskriminierungsformen, denen transidente Menschen ausgesetzt sind, auf den bestehenden Bedarf an professioneller Unterstützung hin. Diese Unterstützung kann mittels sozialpädagogischer Hilfe in zwei verschiedenen Ausprägungen erfolgen.

Zum Einen in Form direkter Unterstützung der beteiligten Personen durch Beratung und Begleitung auf dem Weg der transidenten Entwicklung. Zum Anderen als gesellschaftliche Aufklärung und Bildungsarbeit, um durch den Abbau von

Missverständnissen und Vorurteilen die gesellschaftliche Integration transidenter Menschen zu fördern.

4.1 Direkte Unterstützung der beteiligten Personen

Die sozialpädagogische Beratung transidenter Menschen sollte auf allen Stationen ihres Weges erfolgen. In erster Linie kann die Informationsvermittlung und thematische Aufklärung eine grundlegende Hilfsform sein. Erst wenn sich den eigenen, häufig verwirrenden Gefühlen gegenüber ein fundiertes Verständnis einstellt, können diese Gefühle akzeptiert, angenommen und als normal empfunden werden. Diese Normalität als Grundlage der weiteren Entwicklung kann zur Herausbildung und Bestärkung einer sich selbst wertschätzenden und selbstbewussten Persönlichkeit führen.

Neben der grundsätzlichen Aufklärung zu Transidentität um den Selbstfindungsprozess zu unterstützen, sollte sozialpädagogische Hilfe auch die Vermittlung von Wissen zu rechtlichen Grundlagen und die Klärung von Ansprüchen beinhalten. Sollen Ansprüchen geltend gemacht werden, sollten Klientinnen und Klienten auch hinsichtlich notwendiger Antragsverfahren unterstützt und begleitet werden.

Ist die transidentische Entwicklung soweit gereift, dass sich ein Angleichungswunsch an das empfundene Geschlecht einstellt und manifestiert, kann sozialpädagogische Begleitung im Vorfeld des notwendigen Alltagstests helfen, auch diesen Teil der Entwicklung erfolgreich zu meistern. Dabei können verschiedene Fragen von sozialpädagogischer Relevanz sein. So kann die Klientin/der Klient dabei unterstützt werden, zu klären wer von der Transidentität weiß und hilfreich zur Seite stehen kann und wer im persönlichen Umfeld noch nichts weiß, aber eingeweiht werden kann. Weiterhin kann im Vorfeld besprochen werden, welche Reaktionen von den einzelnen Personen des direkten Umfelds zu erwarten sind und wie die Klientin/der Klient mit diesen Reaktionen umgehen kann.

Auch die Angst der Klientin/des Klienten sollten nicht außer Acht gelassen werden. In Zusammenarbeit kann und sollte erörtert werden, wovor Angst empfunden wird, warum und wie dieser Angst begegnet werden kann.

Wird der Alltagstest schließlich begonnen, kann vor allem mit „*Mann-zu-Frau-Transsexuellen*“ im Vorfeld erarbeitet werden, wie die individuellen Vorstellungen hinsichtlich des weiblichen Auftretens in der Öffentlichkeit geartet sind und was als typisch weiblich empfunden wird. Die Überprüfung sollte dann, einhergehend mit dem Abgleich der Realität, in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gestellt und gewertet werden, um Überzeichnungen zu vermeiden. Es gilt also dabei zusammen mit der Klientin zu klären, inwiefern gewünschte Kleidungsstücke rein objektiv alltagstauglich sind. Im Rahmen eines Sozialtrainings vor oder zu Beginn des Alltagstests kann die Klientin unterstützt werden, weibliche Verhaltensweisen und Bewegungsabläufe zu verfeinern und zu festigen, sowie gesellschaftliche normierte Rollenerwartungen zu erkennen und zu erfüllen.

Doch nicht nur der transidente Mensch selbst sollte im Fokus der sozialpädagogischen Unterstützungsangebote stehen, sondern auch sein familiäres Umfeld. Familienangehörige sollten in Beratungsprozesse und die Begleitung integriert werden. Zum Einen weil sie für die transidente Person selbst einen wichtigen Rückhalt darstellen und emotionale sowie psychische Stabilität fördern und zum Anderen weil sie unter Umständen selbst Hilfe benötigen, um die Transidentität des Angehörigen zu verstehen und annehmen zu können.

Zusammenfassend lassen sich die Integrationsmöglichkeiten von direkter Unterstützung durch Sozialpädagogik hinsichtlich Transidentität derart beschreiben, dass Sozialpädagogik Information und Aufklärung bieten, bei der Erarbeitung von Lösungsstrategien helfen und in allen Etappen der transidentischen Entwicklung für die beteiligten Personen beratend und begleitend zur Seite stehen kann.

4.2 Indirekte Unterstützungsmöglichkeiten

Um gesellschaftliche Diskriminierung und Ablehnung transidenter Personen abzubauen, ist es notwendig bestehende Zuschreibungen und Erwartungshaltungen abzubauen. Dazu kann Aufklärung und eine breit angelegte Informationsvermittlung hilfreich sein. Aus sozialpädagogischer Sicht können dazu vor allem unter dem entwicklungstheoretischen, gesellschaftlichen und kulturellen Aspekt verschiedene

Bildungsangebote geschaffen und organisiert werden. Diese können, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der jeweiligen Adressaten, an Schulen, in Selbsthilfegruppen oder Therapieeinrichtungen angeboten und etabliert werden. Um Informationen zu verbreiten und einer großen Zahl von Menschen möglichst niederschwellig zugänglich zu machen, ist auch die Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel auf größeren Veranstaltungen, ein adäquates Mittel. Das wichtigste Ziel sollte dabei sein, deutlich zu machen, dass Transidentität weder etwas Krankhaftes, noch etwas Abnormales ist und dadurch Berührungsängste abzubauen.

Ebenso denkbar ist der fachliche und fachübergreifende Austausch auf Seminaren oder Tagungen. Bei diesem könnten die sozialen und gesellschaftlichen Aspekte der Transidentität mit den Betrachtungsweisen und Theorien anderer Wissenschaften verbunden werden, um eine multiprofessionelle Sichtweise zu entwickeln.

In Hinblick auf die anstrebenswerte Zusammenarbeit der verschiedenen Professionen, welche sich mit Transidentität auseinandersetzen, ist die Vernetzung der verschiedenen beteiligten Institutionen eine weitere mögliche Aufgabe der Sozialpädagogik. Der daraus entstehende Austausch verschiedener Professionen könnte im Ergebnis auch zur Qualitätssicherung hinsichtlich der Betreuung und Behandlung transidenter Menschen beitragen.

Zuguterletzt ist auch die entsprechende Ausbildung der Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, welche transidenten Menschen beratend und begleitend zur Seite stehen möchten, absolut unabdingbar. Fundierte Kenntnisse zu möglichen interpersonellen und auch intrapersonellen Konflikten, welche aufgrund der abweichenden Geschlechtsidentität entstehen können sind ebenso bedeutsam für eine qualitativ hochwertige Unterstützung, wie ein ausgeprägtes Wissen über mögliche Ausprägungs- und Verlaufsformen von Transidentität.

5. **Ausblick – wünschenswerte Entwicklungen**

„Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein:

Sie muss zur Anerkennung führen.

Dulden heißt beleidigen.“

J. W. von Goethe

So sehr zu wünschen wäre, dass Transsexualität zukünftig als Normvariante der Vielfalt von Geschlechtsidentitäten angesehen wird und die betroffenen Personen dadurch in der Lage sein können ein tragfähiges und positives Selbstgefühl zu entwickeln, so schwierig könnte diese Sichtweise auch werden. Schließlich hätte dies unter Umständen zur Folge, dass die Krankenkassen durch den Wegfall des Krankenstatus die Kosten für die angleichenden Operationen und Maßnahmen im Vorfeld nicht mehr übernehmen.

Nichtsdestotrotz muss der Abbau von Diskriminierungen das wichtigste Ziel sein und sollte auf verschiedenen Ebenen mittels Aufklärung und Information vonstatten gehen sowie gefördert werden.

Um Stigmatisierungsprozesse abzubauen sollte Transsexualität zunächst entpathologisiert werden. Der subjektive Leidensdruck, der für die Zuweisung des Krankenstatus nötig ist, rührt mit hoher Wahrscheinlichkeit vor allem aus der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz und Annahme. Würde sich die Gesellschaft transidenten Menschen gegenüber öffnen und deren Abweichung von der Heteronormativität als eine weitere mögliche und natürliche Variation von Geschlecht annehmen, entfielen vermutlich auch der Leidensdruck und somit die Begründung für die Pathologisierung von Transidentität.

„Wenn wir ernsthaft entpathologisieren wollen, sollten wir unseren ordnenden Heilungswillen dämpfen, der, dem geschlechtlichen Grundgesetz »Mann oder Frau« und dem sexuellen Grundgesetz »Mann und Frau« entsprungen, geschlechtliche und sexuelle Überschreitungen so schwer ertragen kann [...]; sollten wir Andersartigkeiten, die wir nie ganz verstehen werden; sollten wir die Illusionen aufgeben, wir könnten eines Tages die »Ursache« der »Krankheit« Transsexualismus finden und damit eine »kausale Therapie« gar eine »ideale und endgültige Lösung des Problems« [...], sollten wir aufhören, einen unauffälligen Menschen schlechthin als »gesund«, einen befremdlichen aber als

*»krank« einzusortieren, obgleich er seelisch kreativ ist und lebensstüchtig[...]“
(Sigusch 1999, S.120)*

Aus juristischer beziehungsweise rechtlicher Sicht sollten Transsexuelle die gleichen Rechte erhalten, wie jeder Mensch sie zugesprochen bekommt. Zwar gab es vor allem in diesem Bereich in der Vergangenheit maßgebliche Verbesserungen (Änderungen des TSG), dennoch stellt die gesetzlich geforderte dauerhafte Unfruchtbarkeit von transsexuellen Menschen eine übermäßige Einschränkung der persönlichen Freiheit dar. Es stellt sich die Frage, mit welcher Begründung transsexuelle Menschen ihre angeborene Fähigkeit Kinder zu zeugen oder zu gebären nicht behalten dürfen. Gegen welches Gesetz verstieße ein Transmann, der seine weiblichen inneren Organe behalten hat, um später ein Kind zur Welt zu bringen? Es kann bei genauerer Betrachtung kein Mensch gefunden werden, der durch die Schwangerschaft eines äußerlich als Mann erscheinenden Menschen direkt geschädigt werden würde. Vielmehr werden dabei kulturell tradierte Normen verletzt, nach denen einzig und allein „echte“ Frauen, die auch das entsprechende äußere Erscheinungsbild vorweisen, Schwangerschaft erleben und Kinder gebären dürfen. Transmänner, die als Frau geboren wurden, sich als Mann fühlen, aber dennoch die Möglichkeit, ein Kind auf die Welt zu bringen, wahrnehmen möchten, dürfen dies nicht. Ihnen wird diese Wahl von vornherein abgesprochen, obwohl ihre angeborene Körperlichkeit diesen Wunsch realisierbar macht. Dass dieser Wunsch wahrhaftig umgesetzt werden kann, zeigte der Amerikaner Thomas Beatie²³. Sicherlich ist der Anblick des schwangeren Transmannes Thomas Beatie im ersten Moment mehr als ungewöhnlich, doch ungewöhnliches Aussehen rechtfertigt nicht automatisch ein Verbot. Und schließlich ist es durchaus möglich, auch Ungewohntes gewohnt werden zu lassen und bestehende tradierte Normen zu verändern.

Es gilt also Normen und Zuschreibungsstrukturen zu verändern und aufzubrechen sowie den Blick und die Betrachtungsweise der Gesellschaft zu öffnen. Transidente Menschen selbst können den Prozess der Entstigmatisierung unterstützen, indem sie mehr in die Öffentlichkeit gehen und entgegen der medial vermittelten und reißerisch präsentierten

²³ Thomas Beatie ist ein, in Oregon (USA) lebender transsexueller Mann, welcher zwar sein äußeres Erscheinungsbild an seine empfundene männliche Geschlechtsidentität angepasst hat, seine weiblichen Geschlechtsorgane jedoch beibehält. Da seine Frau aufgrund der operativen Entfernung ihrer Gebärmutter selbst keine Kinder zur Welt bringen konnte, entschlossen sich die Beiden dazu, dass Thomas ihren Wunsch nach einem Kind mittels einer künstlichen Befruchtung erfüllt. (vgl. www.welt.de, o.S.)

Paradiesvögel zeigen, dass die breite Masse der Transidenten ihren Alltag völlig unauffällig und normal gekleidet bestreiten möchten.

Dazu ist es aber unabdingbar, dass zunächst die transidenten Menschen selbst ihre konträre Geschlechtsidentität ohne Scham und Heimlichkeit annehmen und akzeptieren.

(Vetter, S.21)

Abschließend sei zu sagen, dass es keinen angemessenen Grund geben kann transidente Menschen von der freien Teilhabe am sozialen Leben auszuschließen. Es ist vielmehr in jedem Sinne anstrebenswert, sie ohne unnötige Einschränkungen in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen den ihnen zustehenden Platz in der Mitte der Gemeinschaft zuzusprechen. Dass dies bereits von Menschen realisiert werden konnte und kann, zeigen unter anderem die nordamerikanischen Indianerstämme mit ihren „*Berdachen*“ sowie der kleine mexikanische Ort Juchitán mit seinen „*Muxe´s*“ und „*Marimachas*“²⁴.

Varianz kann immer ein Gewinn sein und zuguterletzt ist die Natur in ihrer Ursprünglichkeit schon immer geprägt durch Differenz und Variation.

„Was fragst Du nach meinem Geschlecht Tydeus mutiger Sohn.

Wandeln sich die Geschlechter nicht

Wie die Blätter im Herbstwind?“

Homer

²⁴ nähere Ausführungen dazu siehe Anlage 7

Literaturverzeichnis

Vetter, Brigitte 2010: Transidäntität ein unordentliches Problem. Wenn das Geschlecht nicht zum Bewusstsein passt., Verlag Hans Huber, Bern

Steger, Florian (Hg.) 2007: Was ist krank? Stigmatisierung und Diskriminierung in Medizin und Psychotherapie., Psychosozialverlag, Gießen

Fiedler, Peter 2004: Sexuelle Orientierung und sexuelle Abweichung. Heterosexualität – Homosexualität – Transgenderismus und Paraphilien – sexueller Missbrauch – sexuelle Gewalt., Beltz Verlag, Weinheim, Basel

Lorber, Judith 1999: Genderparadoxien., Leske + Budrich

Lang, Sabine 1990: Männer als Frauen – Frauen als Männer. Geschlechtsrollenwechsel bei den Indianern Nordamerikas., Wayasba Verlag, Hamburg

Hertzer, Karin 1999: Mann oder Frau. Wenn die Grenzen fließend werden., Ariston Verlag, Kreuzlingen

Hirschauer, Stefan 1999²: Die soziale Konstruktion der Transsexualität., Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

Butler, Judith 2009: Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen., SuhrkMP Verlag, Frankfurt am Main

Bader, Birgit; Behnke, Ben; Back, Christin-Susan 1995: Das dritte Geschlecht. Transsexuelle, Transvestiten und Androgyne., Rasch und Röhring, Hamburg

Lindemann, Gesa 1993: Das paradoxe Geschlecht. Transsexualität im Spannungsfeld von Körper, Leib und Gefühl., Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main

Sigus, Volkmar 1992: Geschlechtswechsel., KleinVerlag, Hamburg

Wilchins, Riki 2006: Gender Theory. Eine Einführung., Querverlag, Berlin

Pfäfflin, Friedemann; Junge, Astrid 1992: Geschlechtsumwandlung. Abhandlungen zur Transsexualität., Schattauer, Stuttgart

Projekt „en femme“ 2009⁵: Informationsbroschüre über Transgender gefangen im falschen Körper., Petershagen

Elektronische Quellen

<http://www.dimdi.de/static/de/klassi/diagnosen/icd10/htmlamtl2011/block-f60-f69.htm>
(verfügbar 22.05.2011)

<http://www.albertmartin.de/latein/?q=trans&con=0>
(verfügbar 13.05.2011)

http://www.mut23.de/index.php?option=com_content&task=view&id=59&Itemid=161
(verfügbar 22.05.2011)

<http://www.transident.ch/Ne-TS-TG.shtml>
(verfügbar 27.05.2011)

http://www.urologielehrbuch.de/echter_hermaphroditismus.html
(verfügbar 27.05.2011)

http://www.klinefelter.de/cms/index.php?option=com_content&view=article&id=46&Itemid=58
(verfügbar 27.05.2011)

http://www.onmeda.de/krankheiten/ullrich_turner_syndrom.html
(verfügbar 27.05.2011)

http://www.kliniken.de/lexikon/Medizin/Mediziner/Mediziner_%2819._Jh.%29/Magnus_Hirschfeld.html
(verfügbar 13.05.2011)

<http://www.dimdi.de/static/de/klassi/diagnosen/icd10/htmlamtl2011/block-f60-f69.htm>
(verfügbar 22.05.2011)

http://www.broken-rainbow.de/de/transgender_20040524_davidreimer.html /
(verfügbar 29.05.2011)

http://mut23.de/texte/Becker_SexuelleIdentitaeten_2009.pdf
(verfügbar 22.05.2011)

http://www.mittelaltergenealogie.de/_byzanz/j/justinian_1_kaiser_565/justinian_1_kaiser_565.html
(verfügbar 13.05.2011)

<http://www.enzyklo.de/Begriff/promissorisch>
(verfügbar 19.06.2011)

<http://www.genderwunderland.de/forschung/hohn1995.html> 1
(verfügbar 18.05.2011)

<http://www.juraforum.de/forum/specials/als-homosexualitaet-noch-straftbar-war-a175-stgb-unzucht-zwischen-maennern-15965>
(verfügbar 21.05.2011)

<http://www.welling-neubrandenburg.de/elearning/gesund/icd10.htm>
(verfügbar 13.05.2011)

<http://www.paed.uni-muenchen.de/~chris/dsm4.htm>
(verfügbar 09.06.2011)

<http://www.dimdi.de/static/de/klassi/diagnosen/icd10/htmlamtl2011/block-f60-f69.htm> 2
(verfügbar 22.05.2011)

http://www.mds-ev.de/media/pdf/RL_Transsex_2009.pdf
(verfügbar 13.05.2011)

http://www.dgti.info/index.php?option=com_content&view=article&id=10
(verfügbar 22.05.2011)

http://bundesrecht.juris.de/agg/___1.html
(verfügbar 18.05.2011)

http://www.welt.de/vermisches/article1838028/Thomas_Beatie_der_schwangere_Man_n_aus_Oregon.html

(verfügbar 29.05.2011)

<http://www.genderwunderland.de/forschung/hohn1995.html> 2

(verfügbar 18.05.2011)

<http://www.gesetze-im-internet.de/tsg/BJNR016540980.html>

(verfügbar 18.05.2011)

http://www.trans-eltern.de/?Wichtig.Rechtliches.Medizin-_und_Sozialrecht.Aufhebung_der_Altersgrenze

(verfügbar 18.05.2011)

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/ls20080527_1bvl001005.html

(verfügbar 18.05.2011)

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20110111_1bvr329507.html

(verfügbar 18.05.2011)

http://www.transx.at/4200_00_Benjamin.htm#type1

(verfügbar 06.06..2011))

http://www.mds-ev.de/media/pdf/RL_Transsex_2009.pdf

(verfügbar 13.05.2011)

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Transsexuellengesetz	I
Anlage 2	Änderung TSG hinsichtlich Altersgrenze bei der Personenstandsänderung	VIII
Anlage 3	Änderung TSG hinsichtlich Scheidungszwang bei bestehender Ehegemeinschaft	XVI
Anlage 4	Änderung des TSG hinsichtlich Operationszwang	XLI
Anlage 5	Modifizierte Version der Harry Benjamin Sex Orientierungs Skala (S.O.S.) für Sexual- und Geschlechtsstörungen sowie Geschlechtsunentschlossenheit bei genetisch männlich geborenen Personen.	LXIV
Anlage 6	Begutachtungsanleitung geschlechtsangleichende Maßnahmen bei Transsexualität	LXVIII
Anlage 7	Begutachtungsanleitung geschlechtsangleichende Maßnahmen bei Transsexualität	LXIX
Anlage 8	Das dritte Geschlecht in anderen Kulturen.	LXX

Anlage 1

Transsexuellengesetz



Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz - TSG)

TSG

Ausfertigungsdatum: 10.09.1980

Vollzitat:

"Transsexuellengesetz vom 10. September 1980 (BGBl. I S. 1654), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Juli 2009 (BGBl. I S. 1978) geändert worden ist"

Eingangsformel

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt

Änderung der Vornamen

§ 1 Voraussetzungen

(1) Die Vornamen einer Person sind auf ihren Antrag vom Gericht zu ändern, wenn

1. sie sich auf Grund ihrer transsexuellen Prägung nicht mehr dem in ihrem Geburtseintrag angegebenen Geschlecht, sondern dem anderen Geschlecht als zugehörig empfindet und seit mindestens drei Jahren unter dem Zwang steht, ihren Vorstellungen entsprechend zu leben,
2. mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass sich ihr Zugehörigkeitsempfinden zum anderen Geschlecht nicht mehr ändern wird, und
3. sie
 - a) Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist,
 - b) als Staatenloser oder heimatloser Ausländer ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat,
 - c) als Asylberechtigter oder ausländischer Flüchtling ihren Wohnsitz im Inland hat oder
 - d) als Ausländer, dessen Heimatrecht keine diesem Gesetz vergleichbare Regelung kennt,
 - aa) ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt oder

bb) eine verlängerbare Aufenthaltserlaubnis besitzt und sich dauerhaft rechtmäßig im Inland aufhält.

(2) In dem Antrag sind die Vornamen anzugeben, die der Antragsteller künftig führen will.

§ 2 Zuständigkeit

(1) Für die Entscheidung über Anträge nach § 1 sind ausschließlich die Amtsgerichte zuständig, die ihren Sitz am Ort eines Landgerichts haben. Ihr Bezirk umfaßt insoweit den Bezirk des Landgerichts. Haben am Orte des Landgerichts mehrere Amtsgerichte ihren Sitz, so bestimmt die Landesregierung durch Rechtsverordnung das zuständige Amtsgericht, soweit nicht das zuständige Amtsgericht am Sitz des Landgerichts schon allgemein durch Landesrecht bestimmt ist. Die Landesregierung kann auch bestimmen, daß ein Amtsgericht für die Bezirke mehrerer Landgerichte zuständig ist. Sie kann die Ermächtigungen nach Satz 3 und 4 durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltung übertragen.

(2) Örtlich zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz oder, falls ein solcher im Geltungsbereich dieses Gesetzes fehlt, seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat; maßgebend ist der Zeitpunkt, in dem der Antrag eingereicht wird. Ist der Antragsteller Deutscher und hat er im Geltungsbereich dieses Gesetzes weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt, so ist das Amtsgericht Schöneberg in Berlin zuständig; es kann die Sache aus wichtigen Gründen an ein anderes Gericht abgeben; die Abgabeverfügung ist für dieses Gericht bindend.

§ 3 Verfahrensfähigkeit, Beteiligte

(1) Für eine geschäftsunfähige Person wird das Verfahren durch den gesetzlichen Vertreter geführt. Der gesetzliche Vertreter bedarf für einen Antrag nach § 1 der Genehmigung des Familiengerichts.

(2) Beteiligte des Verfahrens sind nur

1. der Antragsteller,
2. der Vertreter des öffentlichen Interesses.

(3) Der Vertreter des öffentlichen Interesses in Verfahren nach diesem Gesetz wird von der Landesregierung durch Rechtsverordnung bestimmt.

§ 4 Gerichtliches Verfahren

(1) Auf das gerichtliche Verfahren sind die Vorschriften des Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit anzuwenden, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Das Gericht hört den Antragsteller persönlich an.

(3) Das Gericht darf einem Antrag nach § 1 nur stattgeben, nachdem es die Gutachten von zwei Sachverständigen eingeholt hat, die auf Grund ihrer Ausbildung und ihrer beruflichen Erfahrung mit den besonderen Problemen des Transsexualismus ausreichend vertraut sind. Die Sachverständigen müssen unabhängig voneinander tätig werden; in ihren Gutachten haben sie auch dazu Stellung zu nehmen, ob sich nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft das Zugehörigkeitsempfinden des Antragstellers mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr ändern wird.

(4) Gegen die Entscheidung, durch die einem Antrag nach § 1 stattgegeben wird, steht den Beteiligten die sofortige Beschwerde zu. Die Entscheidung wird erst mit der Rechtskraft wirksam.

§ 5 Offenbarungsverbot

(1) Ist die Entscheidung, durch welche die Vornamen des Antragstellers geändert werden, rechtskräftig, so dürfen die zur Zeit der Entscheidung geführten Vornamen ohne Zustimmung des Antragstellers nicht offenbart oder ausgeforscht werden, es sei denn, daß besondere Gründe des öffentlichen Interesses dies erfordern oder ein rechtliches Interesse glaubhaft gemacht wird.

(2) Der frühere Ehegatte, die Eltern, die Großeltern und die Abkömmlinge des Antragstellers sind nur dann verpflichtet, die neuen Vornamen anzugeben, wenn dies für die Führung öffentlicher Bücher und Register erforderlich ist. Dies gilt nicht für Kinder, die der Antragsteller nach der Rechtskraft der Entscheidung nach § 1 angenommen hat.

(3) In dem Geburtseintrag eines leiblichen Kindes des Antragstellers oder eines Kindes, das der Antragsteller vor der Rechtskraft der Entscheidung nach § 1 angenommen hat, sind bei dem Antragsteller die Vornamen anzugeben, die vor der Rechtskraft der Entscheidung nach § 1 maßgebend waren.

§ 6 Aufhebung auf Antrag

(1) Die Entscheidung, durch welche die Vornamen des Antragstellers geändert worden sind, ist auf seinen Antrag vom Gericht aufzuheben, wenn er sich wieder dem in seinem Geburtseintrag angegebenen Geschlecht als zugehörig empfindet.

(2) Die §§ 2 bis 4 gelten entsprechend. In der Entscheidung ist auch anzugeben, daß der Antragsteller künftig wieder die Vornamen führt, die er zur Zeit der Entscheidung, durch welche seine Vornamen geändert worden sind, geführt hat. Das Gericht kann auf Antrag des

Antragstellers diese Vornamen ändern, wenn dies aus schwerwiegenden Gründen zum Wohl des Antragstellers erforderlich ist.

§ 7 Unwirksamkeit

(1) Die Entscheidung, durch welche die Vornamen des Antragstellers geändert worden sind, wird unwirksam, wenn

1. nach Ablauf von dreihundert Tagen nach der Rechtskraft der Entscheidung ein Kind des Antragstellers geboren wird, mit dem Tag der Geburt des Kindes, oder
2. bei einem nach Ablauf von dreihundert Tagen nach der Rechtskraft der Entscheidung geborenen Kind die Abstammung von dem Antragsteller anerkannt oder gerichtlich festgestellt wird, mit dem Tag, an dem die Anerkennung wirksam oder die Feststellung rechtskräftig wird, oder
3. der Antragsteller eine Ehe schließt, mit der Abgabe der Erklärung nach § 1310 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

(2) Der Antragsteller führt künftig wieder die Vornamen, die er zur Zeit der Entscheidung, durch die seine Vornamen geändert worden sind, geführt hat. Diese Vornamen sind

1. im Fall des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 in das Geburtenregister,
2. im Fall des Absatzes 1 Nr. 3 in das Ehregister einzutragen.

(3) In Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 kann das Gericht die Vornamen des Antragstellers auf dessen Antrag wieder in die Vornamen ändern, die er bis zum Unwirksamwerden der Entscheidung geführt hat, wenn festgestellt ist, daß das Kind nicht von dem Antragsteller abstammt, oder aus sonstigen schwerwiegenden Gründen anzunehmen ist, daß der Antragsteller sich weiter dem nicht seinem Geburtseintrag entsprechenden Geschlecht als zugehörig empfindet. Die §§ 2, 3, 4 Abs. 1, 2 und 4 sowie § 5 Abs. 1 gelten entsprechend.

Zweiter Abschnitt

Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit

§ 8 Voraussetzungen

(1) Auf Antrag einer Person, die sich auf Grund ihrer transsexuellen Prägung nicht mehr dem in ihrem Geburtseintrag angegebenen, sondern dem anderen Geschlecht als zugehörig empfindet und die seit mindestens drei Jahren unter dem Zwang steht, ihren Vorstellungen entsprechend zu leben, ist vom Gericht festzustellen, daß sie als dem anderen Geschlecht zugehörig anzusehen ist, wenn sie

1. die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 erfüllt,
2. (weggefallen)

3. dauernd fortpflanzungsunfähig ist und

4. sich einem ihre äußeren Geschlechtsmerkmale verändernden operativen Eingriff unterzogen hat, durch den eine deutliche Annäherung an das Erscheinungsbild des anderen Geschlechts erreicht worden ist.

(2) In dem Antrag sind die Vornamen anzugeben, die der Antragsteller künftig führen will; dies ist nicht erforderlich, wenn seine Vornamen bereits auf Grund von § 1 geändert worden sind.

§ 9 Gerichtliches Verfahren

(1) Kann dem Antrag nur deshalb nicht stattgegeben werden, weil der Antragsteller sich einem seine äußeren Geschlechtsmerkmale verändernden operativen Eingriff noch nicht unterzogen hat oder noch nicht dauernd fortpflanzungsunfähig ist, so stellt das Gericht dies vorab fest. Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten die sofortige Beschwerde zu.

(2) Ist die Entscheidung nach Absatz 1 Satz 1 unanfechtbar und sind die dort genannten Hinderungsgründe inzwischen entfallen, so trifft das Gericht die Entscheidung nach § 8. Dabei ist es an seine Feststellungen in der Entscheidung nach Absatz 1 Satz 1 gebunden.

(3) Die §§ 2 bis 4 und 6 gelten entsprechend; die Gutachten sind auch darauf zu erstrecken, ob die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 vorliegen. In der Entscheidung auf Grund von § 8 und in der Endentscheidung nach Absatz 2 sind auch die Vornamen des Antragstellers zu ändern, es sei denn, daß diese bereits auf Grund von § 1 geändert worden sind.

§ 10 Wirkungen der Entscheidung

(1) Von der Rechtskraft der Entscheidung an, daß der Antragsteller als dem anderen Geschlecht zugehörig anzusehen ist, richten sich seine vom Geschlecht abhängigen Rechte und Pflichten nach dem neuen Geschlecht, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) § 5 gilt sinngemäß.

§ 11 Eltern-Kind-Verhältnis

Die Entscheidung, daß der Antragsteller als dem anderen Geschlecht zugehörig anzusehen ist, läßt das Rechtsverhältnis zwischen dem Antragsteller und seinen Eltern sowie zwischen dem Antragsteller und seinen Kindern unberührt, bei angenommenen Kindern jedoch nur, soweit diese vor Rechtskraft der Entscheidung als Kind angenommen worden sind. Gleiches gilt im Verhältnis zu den Abkömmlingen dieser Kinder.

§ 12 Renten und vergleichbare wiederkehrende Leistungen

(1) Die Entscheidung, daß der Antragsteller als dem anderen Geschlecht zugehörig anzusehen ist, läßt seine bei Rechtskraft der Entscheidung bestehenden Ansprüche auf Renten und vergleichbare wiederkehrende Leistungen unberührt. Bei einer sich unmittelbar anschließenden Leistung aus demselben Rechtsverhältnis ist, soweit es hierbei auf das Geschlecht ankommt, weiter von den Bewertungen auszugehen, die den Leistungen bei Rechtskraft der Entscheidung zugrunde gelegen haben.

(2) Ansprüche auf Leistung aus der Versicherung oder Versorgung eines früheren Ehegatten werden durch die Entscheidung, daß der Antragsteller als dem anderen Geschlecht zugehörig anzusehen ist, nicht begründet.

Dritter Abschnitt

Änderung von Gesetzen

§§ 13 bis 15

-Vierter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 16 Übergangsvorschrift

(1) Ist vor Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Grund des § 47 des Personenstandsgesetzes wirksam angeordnet, daß die Geschlechtsangabe im Geburtseintrag einer Person zu ändern ist, weil diese Person nunmehr als dem anderen Geschlecht zugehörig anzusehen ist, so gelten auch für diese Person die §§ 10 bis 12 dieses Gesetzes sowie § 61 Abs. 4 und § 65a Abs. 2 des Personenstandsgesetzes in der Fassung des § 15 Nr. 2 und 4 dieses Gesetzes.

(2) Ist die Person im Zeitpunkt der gerichtlichen Anordnung verheiratet gewesen und ist ihre Ehe nicht inzwischen für nichtig erklärt, aufgehoben oder geschieden worden, so gilt die Ehe mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als aufgelöst. Die Folgen der Auflösung bestimmen sich nach den Vorschriften über die Scheidung.

(3) Hat eine Person vor Inkrafttreten dieses Gesetzes bei dem nach § 50 des Personenstandsgesetzes zuständigen Gericht beantragt anzuordnen, daß die Geschlechtsangabe in ihrem Geburtseintrag zu ändern ist, weil diese Person nunmehr als dem anderen Geschlecht zugehörig anzusehen ist, und ist eine wirksame Anordnung bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht ergangen, so hat das damit befaßte Gericht die Sache an das nach § 9 Abs. 3 in Verbindung mit § 2 dieses Gesetzes zuständige Gericht abzugeben; für das weitere Verfahren gelten die Vorschriften dieses Gesetzes.

§ 17 Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 18 Inkrafttreten

§ 2 Abs. 1 Satz 3 bis 5, § 3 Abs. 3 und § 9 Abs. 3 Satz 1, soweit er auf § 2 Abs. 1 Satz 3 bis 5 und § 3 Abs. 3 verweist, treten am Tage nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen tritt das Gesetz am 1. Januar 1981 in Kraft. (<http://www.gesetze-im-internet.de>, o.S.)

Anlage 2

Änderung TSG hinsichtlich Altersgrenze bei der Personenstandsänderung

Bundesverfassungsgericht zur Altersgrenze bei der Personenstandsänderung
Bundesverfassungsgericht
- 1 BvR 938/81 –

Im Namen des Volkes

In dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des H...
Bevollmächtigte: Rechtsanwältin Maria Sabine Augstein, Karl-Theodor-Straße 85, München
40 gegen § 1 Abs. 1 Nr. 3, § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Änderung der Vornamen
und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen vom 10. September
1980 (BGBl. I. S. 1654).

Beschluß des Ersten Senats vom 16. März 1982
- 1 BvR 938/81 –

ENTSCHEIDUNGSFORMEL:

§ 8 Abs. 1 Nummer 1 des Gesetzes über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der
Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz - TSG -) vom 10.
September 1980 (Bundesgesetzbl. I S.1654) ist mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes
insoweit unvereinbar und daher nichtig, als auch bei Erfüllung der übrigen gesetzlichen
Voraussetzungen die gerichtliche Feststellung über die Änderung der ursprünglichen
Geschlechtszugehörigkeit vor Vollendung des 25. Lebensjahres ausgeschlossen ist.

[...]

GRÜNDE:

Die Verfassungsbeschwerde betrifft die Frage, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar ist, daß
der Gesetzgeber für die geschlechtsanpassende Operation Transsexueller zwar keine
Altersgrenze vorgesehen hat, die personenstandsrechtliche Änderung des ursprünglichen
Geschlechts vor Vollendung des 25. Lebensjahres aber selbst dann ausgeschlossen ist, wenn
mit Ausnahme des Alterserfordernisses alle Voraussetzungen für diese Feststellung erfüllt
sind.

[...]

Nach den vorliegenden medizinischen Gutachten ist davon auszugehen, daß sich der im Februar 1960 geborene Beschwerdeführer auf Grund seiner transsexuellen Prägung seit der Pubertät nicht mehr dem männlichen, sondern dem weiblichen Geschlecht als zugehörig empfunden hat. Der nicht verheiratete Beschwerdeführer suchte 1977 eine psychologische Beratungsstelle auf. Danach verstärkte sich sein Wunsch, auch körperlich ganz eine Frau zu werden. Nachdem er länger als drei Jahre unter dem Zwang gestanden hatte, seinen Vorstellungen entsprechend zu leben, wurde bei ihm im November 1980 und im Juli 1981 die operative Geschlechtsumwandlung durchgeführt. Der Gesamteingriff ist irreversibel und hat die dauernde Fortpflanzungsunfähigkeit zur Folge. Der Beschwerdeführer, der die personenstandsrechtliche Anerkennung seiner neuen Geschlechtsrolle wünscht, hat weder einen Antrag auf Änderung des Vornamens (§ 1 TSG) noch auf Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit (§ 8 TSG) gestellt.

III.

Mit seiner Verfassungsbeschwerde rügt der Beschwerdeführer die Verfassungswidrigkeit der §§ 1 Abs. 1 Nr. 3, 8 Abs. 1 Nr. 1 TSG, soweit danach sowohl für die Änderung des Vornamens als auch für die rechtliche Zuordnung zum anderen Geschlecht ein Mindestalter von 25 Jahren gefordert werde. Diese Regelung verletze ihn in seinen Grundrechten aus Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG.

1. Der Beschwerdeführer hält seine unmittelbar gegen die gesetzliche Regelung erhobene Verfassungsbeschwerde für zulässig. Er sei durch das Gesetz unmittelbar betroffen; denn er könne wegen der gesetzlichen Altersgrenze keine Zuordnung zum weiblichen Geschlecht erreichen. Zwar bestehe für ihn die Möglichkeit, schon jetzt einen Antrag nach § 8 TSG beim zuständigen Amtsgericht zu stellen und dabei gleichzeitig die Aussetzung des Verfahrens und die Vorlage an das Bundesverfassungsgericht nach Art. 100 Abs. 1 GG anzuregen. Das stehe der Zulässigkeit seiner Verfassungsbeschwerde aber nicht entgegen.

Es sei für ihn unzumutbar, auf den Rechtsweg verwiesen zu werden. In der freiwilligen Gerichtsbarkeit gebe es drei Instanzen. Selbst wenn er den Rechtsweg noch vor Vollendung seines 25. Lebensjahres erschöpfen würde, könne er aber keine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vor Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze erwarten. Damit werde für ihn verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz ausgeschlossen.

Seine Lage sei gekennzeichnet durch die Diskrepanz zwischen seinem weiblichen Erscheinungsbild und der rechtlichen männlichen Identität einschließlich des Vornamens. Er

habe auf Grund dieses unerträglichen Zustands schon mehrfach die Arbeitsstelle wechseln müssen und sei zur Zeit wieder einmal arbeitslos. Seine Arbeitskollegen hätten ihn verspottet und verachtet. Er sei selbstmordgefährdet, und es sei ihm deshalb nicht zuzumuten, noch längere Zeit auf die personenstandsrechtliche Zuordnung zum weiblichen Geschlecht zu warten; jedenfalls müsse er sofort einen weiblichen Vornamen erhalten können.

2. Zur Begründung seiner Verfassungsbeschwerde führt der Beschwerdeführer aus:

Es verstoße gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG), die Zuordnung zum anderen Geschlecht trotz Erfüllung der übrigen Voraussetzungen des § 8 TSG von der Erreichung eines Mindestalters von 25 Jahren abhängig zu machen. Darin liege eine Differenzierung zuungunsten noch nicht 25 Jahre alter Transsexueller, für die kein sachlicher Grund bestehe und die daher als willkürlich angesehen werden müsse. Soweit der Gesetzgeber die Altersgrenze mit der Erforderlichkeit des abgeschlossenen Reifeprozesses für die "große Lösung" begründet habe, überzeuge diese Argumentation nicht. Mit dem geschlechtskorrigierenden operativen Eingriff werde ein irreversibler Zustand erreicht. Die Brücke zum Ausgangsgeschlecht sei damit endgültig abgebrochen. Anders als beim Kastrationsgesetz kenne das Transsexuellengesetz keine Altersgrenze für die Durchführung der geschlechtsanpassenden Operation. Es sei daher nicht folgerichtig, wenn der Gesetzgeber Personen unter 25 Jahren, die im Übrigen die Voraussetzungen des § 8 TSG erfüllten, die personenstandsrechtliche Angleichung verweigere. Im übrigen werde im medizinischen Schrifttum nirgends die Ansicht vertreten, daß eine Altersgrenze von 25 Jahren für die Operation oder die Personenstandsänderung sachlich geboten sei. Diese Altersgrenze sei auch im Hinblick auf die Gesamtrechtsordnung - bei der erkennbar auf die Vollendung des 18. Lebensjahres abgestellt werde - ein Anachronismus. Er sei auch in seinem Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG verletzt. Die Frage seiner Geschlechtszugehörigkeit habe nichts mit seinem Alter zu tun. Es sei daher bei noch nicht 25 Jahre alten Transsexuellen ein Gebot der Menschenwürde und des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, sie personenstandsrechtlich dem gefühlten Geschlecht zuzuordnen; wenn geschlechtsanpassende Operationen durchgeführt worden seien.

IV.

1. Für die Bundesregierung hat der Bundesminister des Innern Stellung genommen: Das Begehren nach gerichtlicher Feststellung der Änderung der Geschlechtszugehörigkeit erscheine nur gerechtfertigt, wenn damit die völlige und endgültige Hinwendung zum

ursprünglichen Gegengeschlecht abgeschlossen werden solle. Deshalb sei in erster Linie die Bestätigung durch medizinische Sachverständige erforderlich, daß sich das Zugehörigkeitsempfinden des Transsexuellen zum anderen Geschlecht nicht mehr ändern werde. Die Möglichkeit einer Fehldiagnose sei dabei aber nicht auszuschließen. Dem entsprächen Erfahrungen in Schweden, wo wenige Jahre nach Inkrafttreten des "Gesetzes über die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in bestimmten Fällen" mehrere Personen ihre "Rückumwandlung" begehrt haben sollen. Die Gefahr eines Irrtums sei um so größer, wenn die medizinische Beurteilung erfolge, bevor der Reifeprozess eines Menschen abgeschlossen sei. Insoweit liege die Einführung einer Altersgrenze auch im Interesse des Transsexuellen. Die Mindestaltersgrenze solle vor allen Dingen verhindern, daß der letzte Schritt - die geschlechtsanpassende Operation - zu früh erfolge. In der Regel habe der Transsexuelle auch ein Alter von 25 Jahren erreicht, bevor über seinen Antrag nach § 8 TSG zu entscheiden sei. Der Fall des Beschwerdeführers sei insoweit atypisch. Die Bundesregierung gehe davon aus, daß bei aller Zwanghaftigkeit dem Transsexuellen dennoch eine regelmäßig bewußte Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Lösung bleibe. Trotz aller Unterschiede lasse sich jedenfalls hinsichtlich der Intensität des Eingriffs eine Vergleichbarkeit zur Kastration feststellen. Allerdings sei der Arzt - anders als bei der geschlechtsanpassenden Operation an Transsexuellen - wegen Körperverletzung zu bestrafen, wenn er eine Kastration an einem Menschen unter 25 Jahren vornehme. Das Transsexuellengesetz lasse jedoch erkennen, daß die Operation grundsätzlich der letzte Schritt vor der endgültigen Feststellung der veränderten Geschlechtszugehörigkeit sein solle. Wenn sich der Arzt und sein Patient zu dem operativen Eingriff vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze entschieden, so lägen Risiko und Verantwortung bei ihnen. Die Altersvoraussetzung bei der "kleinen" und "großen Lösung" beruhe danach auf sachgerechten Erwägungen und entspreche den Forderungen der Rechtsordnung sowie dem Sittengesetz. Der Beschwerdeführer sei daher weder in seinen Grundrechten aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG verletzt noch verstoße die angegriffene gesetzliche Regelung gegen Art. 3 Abs. 1 GG.

2. Der Präsident des Bundesgerichtshofs hat mitgeteilt, daß der für Rechtsstreitigkeiten aus den Gebieten des Personenstands- und Familienrechts zuständige IVb-Senat § 1 Abs. 1 Nr. 3, § 8 Abs. 1 Nr. 1 TSG bisher nicht angewandt habe und auch keine Entscheidungen zu diesen Bestimmungen anständen.

B.

Die Verfassungsbeschwerde ist zulässig.

Der Beschwerdeführer hat dargelegt, daß er selbst, gegenwärtig und unmittelbar durch die beanstandeten Rechtsnormen in seinen Grundrechten verletzt sein kann (BVerfGE 40, 141 [[I]). Seine unmittelbare Betroffenheit ergibt sich daraus, daß er gezwungen wird, entgegen seinem äußeren Erscheinungsbild personenstandsrechtlich bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres als Mann zu leben, ohne daß die Gerichte etwas daran ändern könnten.

C.

Die Verfassungsbeschwerde ist begründet. § 8 Abs. 1 Nr. 1 TSG ist wegen Verstoßes gegen Art. 3 Abs. 1 GG nichtig, soweit trotz Durchführung einer geschlechtsumwandelnden Operation und der Erfüllung der übrigen gesetzlichen Voraussetzungen die gerichtliche Feststellung über die Änderung der ursprünglichen Geschlechtszugehörigkeit vor Vollendung des 25. Lebensjahres ausgeschlossen ist.

I.

Der Beschwerdeführer hält die Altersgrenze von 25 Jahren als Voraussetzung für die "große" und die "kleine Lösung" für verfassungswidrig. Entsprechend hat er die Nichtigkeitserklärung der §§ 1 Abs. 1 Nr.3, 8 Abs. 1 Nr.1 TSG beantragt. In erster Linie geht es dem Beschwerdeführer aber erkennbar um die volle personenstandsrechtliche Angleichung an sein äußeres Erscheinungsbild, so daß zunächst § 8 Abs. 1 Nr.1 TSG Prüfungsgegenstand ist, der wegen der Altersvoraussetzung allerdings auf § 1 Abs. 1 Nr. 3 TSG verweist.

II.

Der Gesetzgeber wollte durch die Einführung der Altersgrenze von 25 Jahren als Voraussetzung für die "große Lösung" junge Menschen davor bewahren, sich zu früh einem operativen Eingriff zu unterziehen, der es ihnen unmöglich macht, ihren Entschluß zu korrigieren. In der Begründung zum Regierungsentwurf ist dazu ausgeführt (BTDrucks. 8/2947, S.14 f.): Der Transsexuelle soll sich bei der Entscheidung ... in einem Alter befinden, in dem seine Reifung im allgemeinen abgeschlossen ist. In der Zeitspanne zwischen dem Eintritt der Volljährigkeit und der Vollendung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres, in der sich seine Lebensumstände möglicherweise wesentlich verändern, soll er prüfen, ob sein

Wille, in der Rolle des anderen Geschlechts zu leben, alle Konsequenzen umfaßt, von denen die Feststellung nach § 8 abhängt.

1. Diese Zwecksetzung steht mit dem Grundgesetz im Einklang. Zu gesetzlichen Regelungen, die in das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) eingreifen, ist der Gesetzgeber befugt, wenn sie den Betroffenen daran hindern sollen, sich selbst einen größeren persönlichen Schaden zuzufügen (vgl. BVerfGE 22, 180 [[; Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Oktober 1981 - 2 BvR 1194/80 -, Umdruck S.21 ff[{BVerfGE 58, 208, 224 ff.} = EuGRZ 1981, S.579 [[]. Sofern der Gesetzgeber mit der Einführung der Altersgrenze von 25 Jahren erreichen wollte, daß der schwere medizinische Eingriff erst erfolgen solle, wenn eine Rückkehr des Transsexuellen zu seinem ursprünglichen Geschlecht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu erwarten ist, so war dieses Ziel mit Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG vereinbar.

Bei seiner ersten Transsexuellenentscheidung (BVerfGE 49, 286) ist das Bundesverfassungsgericht von den vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgegangen, nach denen bei der Diagnose "Transsexualität" die einzige sinnvolle und hilfreiche therapeutische Maßnahme darin bestehe, den Körper des Transsexuellen der erlebten Geschlechtsrolle soweit wie möglich anzupassen. Aus diesem Befund folgt aber nicht, daß der Gesetzgeber von Verfassungs wegen darin gehindert ist, für die Durchführung geschlechtsanpassender Operationen ein bestimmtes Alter des Transsexuellen zu verlangen. Jedenfalls liegen keine aussagekräftigen Unterlagen dafür vor, daß Transsexuelle trotz der Gewißheit, bei Fortbestand ihres Drangs zum anderen Geschlecht mit 25 Jahren nach Operation und Personenstandsänderung voll ihr neues Leben führen zu können, vor Erreichen der Altersgrenze selbstmordgefährdet wären. In diesem Zusammenhang ist die Annahme des Gesetzgebers nicht zu widerlegen, daß dem Transsexuellen trotz des Zwanghaften seines Zustands dennoch regelmäßig eine bewußte Entscheidungsmöglichkeit verbleibe.

2. Der Gesetzgeber hat indessen nur die personenstandsrechtliche Feststellung der Änderung der Geschlechtszugehörigkeit, nicht dagegen den medizinischen Eingriff von der Vollendung des 25. Lebensjahres abhängig gemacht. Damit hat er die Verantwortung für die Bestimmung des Zeitpunkts der geschlechtsanpassenden Operation maßgeblich auf den behandelnden Arzt übertragen. Dieser hat danach zu beurteilen, wann die Operationen bei seinen transsexuellen Patienten medizinisch indiziert sind. Beim Beschwerdeführer erfolgten sie in einem Alter von 21

Jahren. Die gesetzliche Regelung hat zur Folge, daß ein 25jähriger Transsexueller die begehrte Änderung seines Personenstandes erhält, während sie dem Transsexuellen unter 25 Jahren trotz im übrigen gleicher Verhältnisse verweigert wird. Diese Verschiedenbehandlung ist mit dem allgemeinen Gleichheitssatz unvereinbar.

a) Art. 3 Abs. 1 GG ist dann verletzt, wenn eine Gruppe von Normadressaten im Vergleich zu anderen ungleich behandelt wird, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, daß sie die ungleiche Behandlung rechtfertigen könnten. Welche Sachverhaltselemente so wichtig sind, daß ihre Verschiedenheit eine Ungleichbehandlung rechtfertigt, hat regelmäßig der Gesetzgeber zu entscheiden; sein Spielraum endet erst dort, wo die ungleiche Behandlung nicht mehr mit einer am Gerechtigkeitsgedanken orientierten Betrachtungsweise vereinbar ist (BVerfGE 57, 107 [[[; st. Rspr.).

Bei der Anwendung des Gleichheitsgebotes ist der jeweilige Lebens- und Sachbereich zu berücksichtigen (vgl. BVerfGE 25, 269 [[[; 35, 348 [[]). So hat das Bundesverfassungsgericht ausgeführt, daß dem gesetzgeberischen Gestaltungsraum dort enge Grenzen gezogen sind, wo es sich um Regelungen handelt, die Auswirkungen auf die durch Art. 12 Abs. 1 GG geschützte Freiheit der beruflichen Tätigkeit haben (vgl. BVerfGE 37, 342 [f). Bei der Regelung über die Voraussetzungen der personenstandsrechtlichen Änderungen Transsexueller wird der Gestaltungsraum des Gesetzgebers durch das Grundrecht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) in Verbindung mit der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) bestimmt.

b) Das Grundgesetz hat den Sexualbereich als Teil der Privatsphäre unter den verfassungsrechtlichen Schutz des Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG gestellt (BVerfGE 47, 46 []). Einschränkungen in diesem Bereich sind nicht ohne weiteres mit dem Grundgesetz unvereinbar (vgl. BVerfGE 32, 373 [[). Wenn der Gesetzgeber aber die geschlechtskorrigierende Operation vor Erreichung einer bestimmten Altersgrenze nicht verbietet und den Transsexuellen letztlich selbst darüber befinden läßt, ob und wann er den therapeutisch gebotenen Eingriff vornehmen lassen will, so wird hierdurch der gesetzgeberische Gestaltungsraum hinsichtlich der personenstandsrechtlichen Folgeregelungen eingeschränkt. Soweit nicht andere gewichtige Gründe - wie etwa eine noch bestehende Fortpflanzungsfähigkeit - einer Änderung des Personenstandes entgegenstehen, gebieten es die Menschenwürde und die freie Persönlichkeitsentfaltung bei dieser Sachlage, den Personenstand des Menschen dem Geschlecht zuzuordnen, dem er nach seiner psychischen und physischen Konstitution

zugehört (vgl. BVerfGE 49, 286 [[]]). Dem Gesetzgeber blieb somit im Rahmen des Art. 3 Abs. 1 GG kein Gestaltungsraum, der es zuließ, die Personenstandsänderung eines Transsexuellen von der Erreichung einer starren Altersgrenze auch dann abhängig zu machen, wenn er die übrigen Voraussetzungen für die "große Lösung" erfüllte.

III.

Da sich hiernach die Verfassungswidrigkeit der gesetzlichen Altersregelung bei der "großen Lösung" ergibt, verbleibt im Fall des Beschwerdeführers kein Raum für die verfassungsrechtliche Prüfung des § 1 Abs. 1 Nr. 3 TSG, soweit auch bei der "kleinen Lösung" ein Alter des Transsexuellen von 25 Jahren verlangt wird. Insoweit ist lediglich darauf hinzuweisen, daß die Verfassungswidrigkeit der Altersgrenze im Rahmen des personenstandsrechtlichen Feststellungsverfahrens nach § 8 TSG nicht ohne weiteres auch die Verfassungswidrigkeit der Altersregelung bei der "kleinen Lösung" indiziert; denn diese ist unter Bedingungen möglich, die den Anforderungen der "großen Lösung" nicht annähernd vergleichbar sind. (vgl. www.trans-eltern.de, o.S.)

Anlage 3

Änderung TSG hinsichtlich Scheidungszwang bei bestehender Ehegemeinschaft

zum Beschluss des Ersten Senats vom 27. Mai 2008

- 1 BvL 10/05 -

Leitsatz

§ 8 Abs. 1 Nr. 2 des Transsexuellengesetzes ist mit Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 6 Abs. 1 GG nicht vereinbar, weil er einem verheirateten Transsexuellen, der sich geschlechtsändernden Operationen unterzogen hat, die Möglichkeit, die personenstandsrechtliche Anerkennung seiner neuen Geschlechtszugehörigkeit zu erhalten, nur einräumt, wenn seine Ehe zuvor geschieden wird.

- 1 BvL 10/05 -

Im Namen des Volkes

In dem Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung,

ob § 8 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz - TSG) vom 10. September 1980 (BGBl I S. 1654 ff.) mit Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1 GG vereinbar ist

- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Amtsgerichts Schöneberg vom 8. August 2005 (70 III 271/03) -

hat das Bundesverfassungsgericht - Erster Senat - unter Mitwirkung der Richterin und Richter [...]

am 27. Mai 2008 beschlossen:

1. § 8 Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz - TSG) vom 10. September 1980 (Bundesgesetzblatt I Seite 1654) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Passgesetzes und weiterer Vorschriften vom 20. Juli 2007 (Bundesgesetzblatt I Seite 1566) ist mit Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel

1 Absatz 1 und Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes nach Maßgabe der Gründe unvereinbar.

2. § 8 Absatz 1 Nummer 2 des Transsexuellengesetzes ist bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung nicht anwendbar.

Gründe

1. Das Vorlageverfahren betrifft die Frage, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar ist, die gerichtliche Feststellung und personenstandsrechtliche Anerkennung des durch operativen Eingriff geänderten Geschlechts eines Transsexuellen, an die Voraussetzung zu binden, dass der Betroffene nicht verheiratet ist.

2. Das Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz - TSG) vom 10. September 1980 (BGBl I S. 1654) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Passgesetzes und weiterer Vorschriften vom 20. Juli 2007 (BGBl I S.1566) eröffnet einem Transsexuellen durch § 1 TSG die Möglichkeit, seinen Vornamen dem Geschlecht anzupassen, dem er sich zugehörig empfindet (sogenannte kleine Lösung). Nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 TSG ist dafür Voraussetzung, dass er seit mindestens drei Jahren unter dem Zwang steht, nicht mehr in dem in seinem Geburtseintrag angegebenen, sondern entsprechend dem anderen Geschlecht, dem er sich zugehörig empfindet, zu leben (Nr. 1), dass mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass sich sein Zugehörigkeitsempfinden zum anderen Geschlecht nicht mehr ändern wird (Nr. 2), und schließlich, dass er Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist oder einen sonstigen in Nr. 3 aufgeführten Status besitzt. § 8 TSG sieht darüber hinaus ein Verfahren vor, in dem ein Transsexueller nach geschlechtsanpassender Operation die Änderung seiner Geschlechtszugehörigkeit gerichtlich feststellen lassen kann, sodass er rechtlich dem neuen Geschlecht zugeordnet wird (sogenannte große Lösung). Die rechtliche Anerkennung des neuen Geschlechts setzt allerdings im Gegensatz zur Vornamensänderung nach § 1 TSG zusätzlich voraus, dass der Transsexuelle nicht verheiratet und dauernd fortpflanzungsunfähig ist.

[...]

10. Will eine verheiratete Person, die sich aufgrund transsexueller Neigung einer Geschlechtsumwandlung unterzieht, die Feststellung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit nach § 8 TSG erreichen, muss sie sich demnach vorher von ihrem Ehepartner scheiden lassen. Ansonsten besteht die Ehe fort. Die operative Anpassung an das

empfundene Geschlecht ist kein in § 1314 BGB aufgeführter Grund für eine Aufhebung der Ehe.

11. Im Gesetzgebungsverfahren wurde einhellig die Auffassung vertreten, dass die Ehe eines verheirateten Transsexuellen dann keinen Bestand mehr haben solle, wenn es zur begehrten Feststellung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit nach § 8 TSG komme. Umstritten war jedoch, wie die Beendigung der Ehe erfolgen solle. So sah der Gesetzentwurf der Bundesregierung zunächst vor, dass mit Rechtskraft der Entscheidung nach § 8 TSG die bestehende Ehe des Transsexuellen als aufgelöst gelte und sich die Folgen der Auflösung nach den Vorschriften der Scheidung zu richten hätten (BTDrucks 8/2947, S. 6). Zur Begründung wurde ausgeführt, werde die Änderung der Geschlechtszugehörigkeit von der vorherigen Auflösung der Ehe abhängig gemacht, müsse darüber zu einem Zeitpunkt befunden werden, an dem über die Frage der Zurechenbarkeit des Betroffenen zum anderen Geschlecht noch nicht entschieden sei. Dies verursache unnötige Kosten und beinhalte das Risiko, dass nach Scheidung dem Antrag des Transsexuellen nach § 8 TSG aus anderen Gründen doch nicht entsprochen werde. Zudem müsse die Ehe des Transsexuellen zerrüttet sein, um geschieden zu werden. Diese Voraussetzung sei keineswegs immer gegeben. In einem solchen Fall wäre der Transsexuelle mit dem Risiko einer Abweisung seiner Scheidungsklage belastet und könnte so im Ergebnis davon ausgeschlossen sein, von der „großen Lösung“ Gebrauch zu machen. Dies erscheine im Lichte der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Oktober 1978 (BVerfGE 49, 286 ff.) problematisch. Insofern werde eine Regelung, nach der die Ehe aufgelöst werden müsse, wenn feststehe, dass sie zwischen zwei Menschen gleicher rechtlicher Geschlechtszugehörigkeit bestehe, dem Wesen der Ehe am sinnvollsten gerecht (BTDrucks 8/2947, S. 25).

12. Demgegenüber war der Bundesrat der Ansicht, die vorgesehene automatische Auflösung der Ehe sei mit der Bedeutung der Ehe nicht vereinbar. Im Interesse des anderen Ehegatten müsse es einem verheirateten Transsexuellen zugemutet werden, vor Durchführung des Verfahrens zur Feststellung seiner anderen Geschlechtszugehörigkeit eine Scheidung seiner Ehe durchzuführen, weil nur so die Scheidungsfolgen im Verfahrensverbund mit der Auflösung der Ehe geregelt werden könnten. Zudem werde auf diese Weise vermieden, dass der Ehegatte an dem Verfahren auf Änderung der Geschlechtszugehörigkeit beteiligt werden müsse, bei dem es um eine höchstpersönliche Angelegenheit des Antragstellers gehe, an dem sein mit ihm lebender Ehegatte nicht beteiligt werden sollte (BTDrucks 8/2947, S. 21).

13. Im Innenausschuss des Bundestages sprach sich die Mehrheit für die von der Bundesregierung vorgesehene Regelung aus, weil ein verheirateter Transsexueller durch die Notwendigkeit eines Scheidungsverfahrens mit ungewissem Ausgang neben der Last, die gerichtliche Feststellung der Änderung seiner Geschlechtszugehörigkeit zu erreichen, unverhältnismäßig stark belastet würde (BTDrucks 8/4120, S. 16). Im Vermittlungsverfahren setzte sich schließlich die Position des Bundesrates durch (Deutscher Bundestag, 8. Wp., Plenarprotokoll v. 4. Juli 1980, 230. Sitzung, S. 18683, 18687 f.), sodass die Feststellung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit Ehelosigkeit voraussetzt und damit die vorherige Scheidung der Ehe des Transsexuellen erfordert, der die Feststellung anstrebt.

14. Der Antragsteller des Ausgangsverfahrens gehört personenstandsrechtlich dem männlichen Geschlecht an. Er begehrt die gerichtliche Feststellung gemäß § 8 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 TSG, dass er als dem weiblichen Geschlecht zugehörig anzusehen ist.

15. Der 1929 geborene Antragsteller ist seit 1952 verheiratet. Aus der Ehe sind drei Kinder hervorgegangen. Schon seit langem fühlt sich der Antragsteller dem weiblichen Geschlecht zugehörig. Aufgrund gerichtlicher Entscheidung nach § 1 TSG führt er seit dem Jahre 2001 einen weiblichen Vornamen. Im Jahre 2002 unterzog er sich einer geschlechtsumwandelnden Operation und beantragte danach zunächst, gemäß § 8 Abs. 1 und § 9 TSG vorab festzustellen, dass seinem Antrag auf Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht nur deshalb nicht entsprochen werden könne, weil er verheiratet sei. Dies stellte das Amtsgericht mit Beschluss vom 30. Juni 2003 fest.

16. Daraufhin hat der Antragsteller beantragt, gemäß § 8 Abs. 1 TSG festzustellen, dass er als dem weiblichen Geschlecht zugehörig anzusehen sei. Zur Begründung hat er ausgeführt, die Durchführung eines Scheidungsverfahrens, um die rechtliche Anerkennung seiner neuen Geschlechtszugehörigkeit zu erreichen, sei ihm nicht zumutbar. Seine Ehepartnerin lehne die Scheidung kategorisch ab. Er selbst sei von Geburt an eine Frau im männlichen Körper gewesen. Seine Ehe sei durch seine in der Hitlerzeit erlebten Traumatisierungen extrem belastet gewesen. Seine Ehefrau habe als einziger Mensch seine innere Einsamkeit durchbrechen können und seine Nöte mit ihm geteilt. Sie habe durch alle Irritationen hindurch, an der viele Ehen scheiterten, zu ihm gehalten, dies zu ihrer Lebensaufgabe

gemacht und auf eine aussichtsreiche Karriere verzichtet. Seit 2001, seitdem der Antragsteller als Frau lebe und hervortrete, habe sich seine Ehe in eine gleichgeschlechtliche Wohngemeinschaft gewandelt. Die seelische und soziale Beziehung zwischen ihm und seiner Ehefrau sei nicht zerrüttet. Sie beide würden sich nicht trennen. Sie hätten über ein halbes Jahrhundert intensiv zusammengelebt, seien miteinander alt und reif und füreinander als Lebenspartnerinnen unersetzlich geworden. Eine Scheidung sei eine unzumutbare, sie überfordernde Beleidigung ihrer Gefühle. Es empöre sie, dass ihre kostbare Lebensgemeinschaft juristisch wie eine zerrüttete Ehe behandelt und durch Scheidung beendet werden solle. Sie weigerten sich, sich einem für herkömmliche Scheidungen vorgesehenen Trennungsritual zu unterziehen, zumal sie nicht über das Geld für zwei Haushalte verfügten. Wegen seiner Angst- und Panikattacken sei der Antragsteller ohne Präsenz seiner Partnerin auch nicht lebensfähig. Schließlich hätte eine Scheidung weitreichende finanzielle Nachteile, die sie beide zu tragen nicht bereit und in der Lage wären.

17. Das Amtsgericht hat daraufhin mit Beschluss vom 8. August 2005 das Verfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 100 Abs. 1 GG die Frage zur Prüfung vorgelegt, ob § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Nach Auffassung des vorlegenden Gerichts verstößt die Vorschrift gegen Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1 GG, Art. 6 Abs. 1 GG sowie Art. 3 Abs. 1 GG.

18. Die vorbehaltlose Zugehörigkeit des Antragstellers zum weiblichen Geschlecht könne nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG nur unter der Voraussetzung festgestellt werden, dass sich der Antragsteller zuvor von seiner Ehefrau scheiden lasse und damit die Voraussetzung erfülle, nicht verheiratet zu sein. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Norm sei entscheidungserheblich, weil das Gericht im Falle ihrer Unvereinbarkeit mit Grundrechten des Antragstellers dem Antrag stattgeben würde.

19. Die Durchführung einer Scheidung könne dem Antragsteller nicht abverlangt werden. Der Antragsteller dürfe nicht vor die Wahl gestellt werden, entweder selbst die Voraussetzungen für die Änderung seines Personenstandes herbeizuführen, indem er einen Scheidungsantrag stellt und sodann die Feststellung der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht betreibt, oder einen Scheidungsantrag nicht zu stellen und damit auf die Personenstandsänderung zu verzichten. Eine solche Wahlmöglichkeit habe der Antragsteller aus psychischen Gründen

gerade nicht. Erwiesenermaßen stehe er unter dem Zwang, als Frau zu leben. Dies mache es ihm unmöglich, sich bei anhaltender Gewissheit, dem anderen Geschlecht zuzugehören, mit seinem Geburtsgeschlecht zu versöhnen. Dieser Zwang sei es gerade, der die Personenstandsänderung überhaupt rechtfertige. Wegen einer nicht therapierbaren Störung der Geschlechtsidentität werde es einer Person ermöglicht, mit allen rechtlichen Konsequenzen in ihrem Wunschgeschlecht zu leben. Es sei mit Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1 GG nicht vereinbar, einen transsexuellen Menschen zu zwingen, sich scheiden zu lassen, um die Anerkennung seines empfundenen Geschlechts zu erlangen. Im Vordergrund stehe das Streben nach Übereinstimmung von Psyche und Physis des Betroffenen, nicht die Sexualität. Könne eine Ehescheidung nicht herbeigeführt werden, weil die Voraussetzungen dafür nicht vorlägen, dürfe dem Betroffenen die Personenstandsänderung nicht verweigert werden. Wie das Bundesverfassungsgericht ausgeführt habe, folge aus der Achtung der Menschenwürde und dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit das Gebot, den Personenstand des Menschen dem Geschlecht zuzuordnen, dem er nach seiner psychischen und physischen Konstitution zugehöre.

20. Sowohl der Antragsteller als auch seine Ehefrau stünden zudem unter dem Schutz von Art. 6 Abs. 1 GG. Es verstoße gegen diese Grundrechtsnorm, wenn die Personenstandsänderung des Antragstellers davon abhängig gemacht werde, dass seine Ehe zuvor geschieden werde. Angesichts dessen, dass die Ehegatten ihre Ehe nicht als gescheitert im Sinne von §§ 1564 f. BGB ansähen und ihre Lebensgemeinschaft fortsetzen wollten, um einander auch weiterhin beizustehen, lägen die Voraussetzungen für eine Ehescheidung nicht vor. Die Eheleute beabsichtigten auch nicht, getrennt zu leben. Unter diesen Umständen könne eine Scheidung nicht erfolgen. Ein Eheaufhebungstatbestand oder eine Nichtehe lägen ebenfalls nicht vor. Nach Ansicht des Gerichts reklamierten die Ehegatten zu Recht den Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG. Denn bis zum Augenblick der Personenstandsänderung bestehe eine Ehe verschiedengeschlechtlicher Partner. Lediglich die Absicht eines der Partner, aufgrund seiner Transsexualität demselben Geschlecht wie sein Ehepartner angehören zu wollen, sei kein Grund, dieser Ehe bereits im Vorfeld der Personenstandsänderung den Schutz zu versagen.

21. Eine Ehescheidung zur Voraussetzung für die personenstandsrechtliche Anerkennung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit zu machen, verstoße schließlich auch gegen Art. 3 Abs. 1 GG. Verheirateten Transsexuellen würde gegenüber unverheirateten der Weg des § 8 TSG

verschlossen. Bei der Beschränkung der Feststellung nach § 8 TSG auf nicht verheiratete Transsexuelle handele es sich um eine Differenzierung, die an personenbezogene Merkmale anknüpfe und sich erheblich auf das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen auswirke. Für den Ausschluss verheirateter Transsexueller seien keine Gründe ersichtlich, die nach Art und Gewicht eine Ungleichbehandlung mit Unverheirateten rechtfertigen könnten. Sinn und Zweck dieser Ungleichbehandlung sei es zu verhindern, dass aufgrund der Feststellung der Personenstandsänderung eines Verheirateten eine Ehe zwischen zwei Personen gleichen Geschlechts entstehe, die dem Wesen der Ehe widerspreche. Das Entstehen einer solchen Konstellation könne aber auch vermieden werden, ohne die Ehegatten auf ein Scheidungsverfahren zu verweisen und ohne verheiratete Transsexuelle von der sogenannten großen Lösung auszuschließen. So habe der ursprüngliche Gesetzentwurf vorgesehen, im Verfahren nach § 8 TSG eine bestehende Ehe zeitgleich mit Rechtskraft der Entscheidung aufzulösen.

22. Zu dem Vorlageverfahren haben das Bundesministerium des Innern namens der Bundesregierung, die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung, der Lesben- und Schwulenverband, die Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche, die Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität, die Transsexuelle Selbsthilfe München sowie der Deutsche Juristinnenbund Stellung genommen.

23. Das Bundesministerium des Innern vertritt die Auffassung, § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG sei mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Gesetzgeber habe mit dem Transsexuellengesetz Transsexuellen die Möglichkeit gegeben, ihren Vorstellungen entsprechend zu leben. Zwar berühre die Beschränkung der Feststellung nach § 8 TSG auf nichtverheiratete Transsexuelle den Schutzbereich des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG. Dieser Eingriff sei jedoch gerechtfertigt. Es liege ein öffentliches Interesse vor, gleichgeschlechtliche Ehen zu verhindern, die ohne das gesetzliche Verbot des Bestehens einer Ehe mit der Feststellung der Personenstandsänderung bei verheirateten Transsexuellen unweigerlich entstehen würden. Der Eingriff werde zudem dadurch gemildert, dass die Ehe eines Transsexuellen zeitlich unmittelbar vor der gerichtlichen Entscheidung über den Geschlechtswechsel geschieden werden könne. Zudem sei in § 9 Abs. 1 TSG für den Fall bestehender Ehen eine Vorab-entscheidung vorgesehen, um für die Betroffenen möglicherweise bestehende Unsicherheiten zwischen der Ehescheidung und der Feststellung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit gering zu halten.

24. Der Schutzbereich des Art. 6 Abs. 1 GG werde durch die Regelung dagegen nicht tangiert. Ob die Forderung der Ehelosigkeit den Kernbereich der Ehe verletze, müsse unter Berücksichtigung des eingeräumten Rechts, sein Geschlecht wechseln zu können, beurteilt werden. Der verheiratete Transsexuelle nehme ein rechtliches Institut in Anspruch, das als dauerhafte Gemeinschaft von Frau und Mann Partner unterschiedlichen Geschlechts voraussetze. Der transsexuelle Partner unterwerfe sich mit der Ehe einer von der Rechtsordnung und Gesellschaft vorgegebenen Geschlechtszuordnung. Wolle er die Zugehörigkeit zum anderen Geschlecht erreichen, gebe er damit zu erkennen, dass es ihm nicht um die Beibehaltung der Ehe gehe. Mit seiner Auffassung, im Falle des Antragstellers lägen die Voraussetzungen für eine Scheidung nicht vor, verkenne das vorlegende Gericht, dass die Prüfung, ob die Ehe gescheitert sei, allein das zuständige Familiengericht auf Antrag eines oder beider Ehegatten zu treffen hätte. Die Entscheidung, sich nicht scheiden lassen zu wollen, sei dem Antragsteller unbenommen. Ein Transsexueller könne aber nicht davon ausgehen, dass ihm aufgrund des möglichen Fortbestands der Ehe zusätzlich auch die Möglichkeit der Feststellung des Geschlechtswechsels eingeräumt werde. Würde der Wechsel der Geschlechtszugehörigkeit bei bestehender Ehe nicht verhindert, würde der Gesetzgeber damit das Institut der gleichgeschlechtlichen Ehe schaffen. Deshalb sei die das Verfahren hemmende Bedingung der Ehelosigkeit in § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG eingeführt worden. Die Gründe für diese Regelung hätten noch immer Bestand und seien höher zu bewerten als die Vorteile, die eine Eheauflösungsregelung im Rahmen des Feststellungsverfahrens für die Betroffenen mit sich brächte. Ehescheidung und Feststellungsverfahren könnten durch die Einholung einer Vorabentscheidung nach § 9 TSG nacheinander betrieben werden, ohne befürchten zu müssen, dass der Antrag nach § 8 TSG nach erfolgter Ehescheidung abgelehnt würde. Auch bei Eheauflösung im Zuge des Feststellungsverfahrens träten zunächst die Scheidungsfolgen ein, sodass die geschiedenen Ehegatten bis zur möglichen Begründung einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft einen gewissen Zeitraum ohne gegenseitige familienrechtliche Absicherung auskommen müssten. Die Forderung nach Ehelosigkeit sei damit eine zur Vermeidung gleichgeschlechtlicher Ehen notwendige und auch verhältnismäßige Verfahrensvoraussetzung. Soweit darin eine Ungleichbehandlung von verheirateten und ledigen Antragstellern liege, sei diese gerechtfertigt.

25. Nach Erkenntnissen der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung orientiert sich die absolute Mehrheit der Frau-zu-Mann-Transsexuellen sexuell auf Frauen, während sich bei der

sehr viel heterogeneren Gruppe der Mann-zu-Frau-Transsexuellen ein breites Spektrum sexueller Orientierungen findet.

26. Viele der Mann-zu-Frau-Transsexuellen seien verheiratet und hätten oft auch Kinder. Sie hätten oft jahrelang mit psychischem Leidensdruck versucht, ihren transsexuellen Wunsch zu unterdrücken, um ihre Ehe oder Familie nicht zu gefährden. Wenn ihnen dies schließlich nicht mehr gelinge, würden viele dieser Ehen auseinanderbrechen. Bei den anderen Ehen komme es nach einer konflikthaften Auseinandersetzung zu dem Beschluss der Ehepartner, trotz des Geschlechtswechsels des Ehemannes zusammen zu bleiben. Den betroffenen Ehefrauen seien die Beziehung zu dem Ehepartner und dessen psychische Gesundheit wichtiger als dessen Beibehaltung des Geschlechts. Das Sexualleben der Eheleute sei in der Regel erloschen, während gegenseitige Liebe und Fürsorge nach wie vor stark empfunden würden. Das Durchlebte schweiße die Paare oft noch mehr zusammen und vertiefe ihre Bindung. Sie wollten verheiratet bleiben und sähen ihre Ehe nicht als zerrüttet an. Die mit dem Transsexuellengesetz eröffnete Möglichkeit, ihre Ehe aufrechtzuerhalten und zumindest mit dem nach § 1 TSG geänderten Vornamen das transsexuelle Empfinden rechtlich anerkannt zu bekommen, habe sich für diese Gruppe Mann-zu-Frau-Transsexueller als Linderung ihres Leidensdrucks erwiesen. Allerdings seien sie damit rechtlich und symbolisch nicht ganz in ihrem Identitätsgeschlecht angekommen und würden immer wieder auf ihr „abgelegtes“ Geschlecht zurückverwiesen. Viele nähmen den damit verbundenen psychischen Leidensdruck hin, weil die einzige Alternative, die Scheidung der Ehe, für sie mit noch erheblich größerem Leidensdruck verbunden wäre. Die seit einiger Zeit bestehende Möglichkeit, sich scheiden zu lassen und eine eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen, werde von den Ehepaaren nicht als Lösung des Problems empfunden, weil sie ihre Ehe nicht für zerrüttet hielten, sie die im Rahmen des Scheidungsverfahrens vorgeschriebene Trennungsphase als psychisch destabilisierende Bedrohung betrachteten und die Lebenspartnerschaft mit dem „Label“ der Homosexualität verbunden sei, sie aber ihre Beziehung nicht als gleichgeschlechtlich empfinden würden. Zudem wollten die Transsexuellen ihren Ehepartnern, denen sie dankbar seien, nicht materielle Verschlechterungen zumuten, die mit dem Wechsel von der Ehe zur Lebenspartnerschaft einhergingen.

27. Aus diesen Ergebnissen ihrer Studien zur Befindlichkeit verheirateter Transsexueller und ihrer Ehepartner zieht die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung den Schluss, die

Tatsache, dass ein verheirateter, die Voraussetzungen des § 1 TSG erfüllender Transsexueller seine nicht als zerrüttet erlebte Ehe nicht auflösen wolle, begründe nach dem wissenschaftlich-klinischen Erkenntnisstand keinen Zweifel an seiner Transsexualität und rechtfertige damit nicht die Verweigerung der Personenstandsänderung.

28. Der Lesben- und Schwulenverband hält § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG für verfassungswidrig, weil er das sexuelle Selbstbestimmungsrecht des Antragstellers in unzumutbarer Weise verletze, indem er für die Feststellung der Änderung der Geschlechtszugehörigkeit verlange, dass der Antragsteller nicht verheiratet ist. Die Voraussetzungen für eine Ehescheidung lägen beim Antragsteller und seiner Ehefrau nicht vor. Beide hielten nach über fünfzigjähriger Ehe an dieser fest. Die Vermutung des Scheiterns der Ehe nach Trennung gemäß § 1566 BGB trage nicht, weil die Trennung neben der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft voraussetze, dass zumindest ein Ehegatte die häusliche Gemeinschaft erkennbar nicht wieder herstellen wolle. Dies sei vorliegend nicht der Fall, denn beide Ehegatten wollten an der Ehe festhalten. Die Scheidung könne deshalb nur durch das unwahre Vorbringen des Antragstellers herbeigeführt werden, er lehne die häusliche Gemeinschaft ab.

29. Die Forderung, sich vor der Änderung der Geschlechtszugehörigkeit zunächst scheiden zu lassen, sei unverhältnismäßig. Dadurch solle der Eindruck gleichgeschlechtlicher Ehen vermieden werden. Dies widerspreche aber bei Transsexuellen, die wie der Antragsteller an der Ehe festhalten wollten, dem Verfassungsgebot des Art. 6 Abs. 1 GG, dass der Staat funktionierende Ehen schützen müsse. Diesem Gebot komme hier besonderes Gewicht zu, weil von der Forderung einer vorherigen Scheidung auch die Ehefrau des Antragstellers betroffen sei. Diese habe über Jahrzehnte hinweg immer zu dem in der Hitlerzeit schwer traumatisierten Antragsteller gehalten, habe ihn unterstützend begleitet und wolle das auch weiterhin tun. Sie dürfe deshalb nicht gezwungen werden, sich scheiden zu lassen, damit das Geschlecht des Antragstellers im Geburtenbuch berichtigt werden könne. Deshalb verstoße auch die im Gesetzgebungsverfahren erörterte Aufhebungslösung gegen Art. 6 Abs. 1 GG. Der Staat müsse Ehen schützen, er dürfe sie nicht gegen den Willen der Ehegatten aufheben oder diese zwingen, die Scheidung zu beantragen. Außerdem könnten die Ehegatten nach Scheidung und Änderung der Geschlechtszugehörigkeit des Antragstellers nur eine Lebenspartnerschaft eingehen, die der Ehefrau des Antragstellers gegenüber der Ehe Versorgungs Nachteile bringen würde. Demgegenüber sei das Ziel des Gesetzgebers, den Anschein gleichgeschlechtlicher Ehen zu verhindern, nicht von solchem Gewicht, dass es den

schwerwiegenden Eingriff in das sexuelle Selbstbestimmungsrecht des Antragstellers rechtfertigen könnte. Zur Beseitigung des Verfassungsverstoßes könne der Gesetzgeber § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG ersatzlos streichen oder Transsexuellen, die mit ihren Ehegatten weiter zusammenleben wollten, die Möglichkeit einräumen, dass die Ehe auf übereinstimmenden Antrag beider mit Rechtskraft der Entscheidung über die Personenstandsänderung in eine Lebenspartnerschaft umgewandelt würde, auf die die für Ehen geltenden Vorschriften anzuwenden seien.

30. Die Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche stimmt der Argumentation des vorlegenden Amtsgerichts zu. Die Voraussetzungen für eine Scheidung lägen beim Antragsteller nicht vor. Diese sei auch nicht zumutbar, da der Antragsteller wahrheitswidrig eine Trennungsabsicht vortragen müsse, was von der Rechtsordnung zu missbilligen sei.

31. Die Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität ist der Meinung, die vorgelegte Norm sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Wenn das Gesetz zulasse, dass Menschen unter dem Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG verheiratet bleiben dürften, auch wenn ein Partner Transgender sei und die rechtliche Möglichkeit sozialer Anerkennung seines Geschlechts durch Änderung seines Vornamens in Anspruch genommen habe, dann sei es lediglich ein „scheinheiliger juristischer Trick“, um Geschlechternormen aufrecht zu erhalten, wenn auf der anderen Seite gefordert werde, dass ein Mensch, der seine Geschlechtszugehörigkeit ändern wolle, unverheiratet sein müsse. Verschärft werde die Ungleichbehandlung auch dadurch, dass Transgender in einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft selbstverständlich ohne Nachweis der Auflösung dieser Partnerschaft das Recht hätten, ihre Geschlechtszugehörigkeit ändern zu lassen.

32. Im Übrigen schließe man sich der Auffassung des vorlegenden Amtsgerichts an. Dabei sei die rechtliche Unmöglichkeit und Unzumutbarkeit der Scheidung eines verheirateten Transsexuellen nicht auf Fälle hohen Lebensalters und langer Ehezeit beschränkt. Jedes betroffene Ehepaar, vor allem mit gemeinsamen Kindern, sei unter den Schutz von Art. 1, Art. 2, Art. 3 und Art. 6 GG zu stellen und dürfe nicht durch ein Gesetz diskriminiert werden, das ihm diesen Schutz praktisch entziehe. Eine Umschreibung der Ehe in eine Eingetragene Lebenspartnerschaft komme nur in Betracht, wenn den Betroffenen damit die gleichen Rechte wie in der Ehe zugebilligt würden.

33. Aus eigener Beratungserfahrung wisse man sowohl von Fällen, in denen entgegen der rechtlichen Bestimmungen Ehescheidungen durchgeführt wurden, obwohl der Transsexuelle und sein Ehegatte nach wie vor zusammenlebten, als auch von solchen, in denen das Gericht die Scheidung verweigert habe, weil dem Richter klar gewesen sei, dass kein Trennungswille bei den Ehegatten vorgelegen habe.

34. Die Transsexuellen Selbsthilfe München meint, § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG verstoße gegen Art. 1, Art. 2 und Art. 3 Abs. 1 GG. Zu fragen sei, warum sich ein heute 78-Jähriger nach über 50 Jahren funktionierender Ehe zuerst scheiden lassen müsse, um dann nach dem Scheidungsprocedere und der Feststellung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit wieder mit derselben Frau eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft führen zu können, wenn sich beide Partner nicht scheiden lassen wollten und in gewohnter Eintracht den Lebensabend gemeinsam anstrebten. Nur ein geringer Prozentsatz der Ehen bliebe nach einer operativen Geschlechtsumwandlung eines Ehegatten bestehen. Der Gesetzgeber sollte diese Trennungen nicht auch noch forcieren. Er sollte vielmehr die Möglichkeit in Betracht ziehen, in solchen Fällen wie dem des Antragstellers die geschlossene Ehe vertraglich in eine Lebensgemeinschaft umschreiben zu lassen.

35. Der Deutsche Juristinnenbund ist der Ansicht, § 8 TSG sei verfassungswidrig, soweit er einem Transsexuellen die Feststellung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit verwehrt, wenn er verheiratet ist. Die Scheidungsvoraussetzungen lägen beim Antragsteller nicht vor, weil die Eheleute die Ehe fortsetzen wollten. Der Transsexuelle müsste deshalb im Scheidungsverfahren mit der Zerrüttung der Ehe Tatsachen vortragen, die nicht mit der Realität übereinstimmten, und insoweit einen Prozessbetrug begehen. Neben dem Recht auf sexuelle Identität aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG verletze § 8 TSG auch Art. 6 Abs. 1 GG. Die Ehe eines Transsexuellen verliere durch dessen Geschlechtsumwandlung nicht ihren verfassungsrechtlichen Schutz. Einem verheirateten Transsexuellen, der in dem Dilemma lebe, dass Körper und Geschlechtszugehörigkeit nicht zueinander passten, könne nicht auch noch zugemutet werden, seine Ehe zu beenden und damit die Fürsorge des Ehepartners zu verlieren, um im anderen Geschlecht rechtlich anerkannt zu werden. Es sei davon auszugehen, dass es nur einige wenige Fälle geben werde, in denen bei Ermöglichung der Personenstandsänderung auch für verheiratete Transsexuelle dann zwei gleichgeschlechtliche Partner verheiratet wären. Dies wäre sowohl der Gesellschaft als auch der allgemeinen Rechtsordnung zuzumuten, jedenfalls in Fällen wie dem des

Antragstellers. Im Übrigen könne man sich nicht der Ansicht anschließen, dass die Ehe nur mit einem Partner des jeweils anderen Geschlechts geschlossen werden könne, weil ihr als Wesensmerkmal die Verschiedengeschlechtlichkeit der Partner innewohne. So stehe zum Beispiel in den Niederlanden die Ehe inzwischen auch gleichgeschlechtlichen Paaren offen.

36. Das Transsexuellengesetz ist mit Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 6 Abs. 1 GG nicht vereinbar, soweit es in § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG für die gerichtliche Feststellung der anderen als der im Geburtseintrag angegebenen Geschlechtszugehörigkeit verlangt, dass ein antragstellender Transsexueller, der die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 TSG erfüllt, sich einem seine äußeren Geschlechtsmerkmale verändernden operativen Eingriff unterzogen hat und dauernd fortpflanzungsunfähig ist, darüber hinaus unverheiratet sein muss, und das Gesetz einem verheirateten Transsexuellen keine Möglichkeit eröffnet, die rechtliche Anerkennung seiner Geschlechtsänderung ohne Beendigung seiner rechtlich gesicherten Partnerschaft zu erlangen.

37. Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG bietet der engeren persönlichen Lebenssphäre Schutz, zu der auch der Sexualbereich gehört, der die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen und damit das Finden und Erkennen der eigenen geschlechtlichen Identität sowie der eigenen sexuellen Orientierung umfasst. In diese Sphäre, die zum intimsten Bereich der Persönlichkeit gehört, darf nur bei Vorliegen besonderer öffentlicher Belange eingegriffen werden (vgl. BVerfGE 49, 286 <298>; 115, 1 <14>).

38. Das Geschlecht eines Menschen kann sich ändern. Die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht richtet sich zwar rechtlich zunächst nach den äußeren Geschlechtsmerkmalen im Zeitpunkt der Geburt. Allein danach kann sie jedoch nicht bestimmt werden. Sie hängt wesentlich auch von der psychischen Konstitution eines Menschen und seiner nachhaltig selbst empfundenen Geschlechtlichkeit ab (vgl. BVerfGE 115, 1 <15>). Widerspricht wie bei Transsexuellen das eigene Geschlechtsempfinden den äußeren Geschlechtsmerkmalen und hat sich ein Transsexueller zur Annäherung an das Erscheinungsbild des empfundenen Geschlechts operativen Eingriffen unterzogen, um seine Physis mit seiner Psyche in Übereinstimmung zu bringen, gebieten es die Menschenwürde und das Grundrecht auf Schutz der Persönlichkeit, dem Selbstbestimmungsrecht des Betroffenen Rechnung zu tragen, seine neue geschlechtliche Identität anzuerkennen und seinen Personenstand dem Geschlecht

zuzuordnen, dem er nunmehr nach seiner psychischen und physischen Konstitution zugehört (vgl. BVerfGE 49, 286 <298>; 116, 243 <264>).

39. Dem trägt § 8 TSG grundsätzlich Rechnung. Er ermöglicht einer Person, die sich aufgrund ihrer transsexuellen Prägung nicht mehr dem in ihrem Geburtseintrag angegebenen, sondern dem anderen Geschlecht als zugehörig empfindet und sich deshalb einer geschlechtsumwandelnden Operation unterzogen hat, unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen auf Antrag gerichtlich festgestellt zu erhalten, dass sie als dem anderen Geschlecht zugehörig anzusehen, also personenstandsrechtlich diesem Geschlecht zuzuordnen ist. Ab der Rechtskraft der gerichtlichen Feststellung richten sich gemäß § 10 Abs. 1 TSG ihre vom Geschlecht abhängigen Rechte und Pflichten nach dem neuen Geschlecht.

40. Das aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG folgende Recht auf Anerkennung der selbstbestimmten geschlechtlichen Identität wird für verheiratete Transsexuelle durch Art. 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG allerdings substantiell beschränkt. Dies ist nur zulässig, wenn die Beschränkung durch ein legitimes Ziel gerechtfertigt und verhältnismäßig ist.

41. Das von Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG geschützte Recht auf personenstandsrechtliche Zuordnung zum psychisch empfundenen und mittels Operationen auch physisch gewandelten Geschlecht wird dadurch eingeschränkt, dass § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG als Voraussetzung für die Feststellung und rechtliche Anerkennung der anderen Geschlechtszugehörigkeit verlangt, dass der antragstellende Transsexuelle nicht verheiratet ist. Ein verheirateter Transsexueller, der erst im Laufe der Ehe seine Transsexualität entdeckt hat oder sich, wie der Antragsteller, dazu entschlossen hat, sein bisher unterdrücktes Zugehörigkeitsempfinden zum anderen Geschlecht zu offenbaren und sich diesem Geschlecht durch operativen Eingriff auch körperlich angleichen zu lassen, wird mit dieser Voraussetzung der Ehelosigkeit in der Wahrnehmung und Ausübung seines Rechts auf personenstandsrechtliche Zuordnung zum anderen Geschlecht beeinträchtigt. Mit ihr wird er vor die Alternative gestellt, entweder an seiner Ehe festzuhalten, dann aber trotz bereits stattgefundener körperlicher Geschlechtsumwandlung keine rechtliche Anerkennung seiner neuen Geschlechtsidentität zu erhalten, vielmehr lediglich gemäß § 1 TSG einen geänderten, seinem neuen Geschlecht entsprechenden Vornamen führen zu können, da die Vornamensänderung die Ehelosigkeit nicht voraussetzt. Oder er muss sich scheiden lassen,

um alle Voraussetzungen des § 8 TSG zu erfüllen und die gerichtliche Feststellung seiner Zugehörigkeit zum neuen Geschlecht erlangen zu können, auch wenn er und sein Ehegatte weiterhin ehelich verbunden bleiben wollen und er damit nicht nur gegen den eigenen Wunsch und den seines Ehegatten handelt, sondern auch fraglich ist, ob seine Ehe mangels Scheiterns überhaupt geschieden wird. Will er mit Rücksicht darauf seine Ehe nicht scheiden lassen, versagt ihm die Norm die Möglichkeit, die Zugehörigkeit zum empfundenen und gewandelten Geschlecht feststellen zu lassen.

42. Diese Einschränkung des Anspruchs auf personenstandsrechtliche Anerkennung der selbstbestimmten geschlechtlichen Identität ist eine Regelung, mit der der Gesetzgeber bewusst in Kauf genommen hat, dass einem verheirateten Transsexuellen die rechtliche Anerkennung seiner Zugehörigkeit zum empfundenen und gewandelten Geschlecht dauerhaft versagt bleibt, wenn dieser nicht bereit ist, seine Ehe scheiden zu lassen. Auf diese Weise wollte der Gesetzgeber das Bestehen von Ehen ausschließen, bei denen die Ehegatten auch rechtlich dem gleichen Geschlecht zugeordnet sind. Als Beschränkung des in den intimsten Bereich der Persönlichkeit hineinreichenden Rechts auf Anerkennung der selbstbestimmten geschlechtlichen Identität, das sich aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG herleitet und damit in der Menschenwürde wurzelt, ist sie nur zulässig, wenn sie durch ein legitimes Ziel getragen und in der Ausgestaltung verhältnismäßig ist.

43. Die Vorenthaltung der rechtlichen Zuordnung zum empfundenen und gewandelten Geschlecht, die verheirateten Transsexuellen durch § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG widerfährt, ist nicht gerechtfertigt. Die Norm ist verfassungswidrig, weil sie einem Transsexuellen nicht die Möglichkeit einräumt, die rechtliche Anerkennung seiner neuen Geschlechtszugehörigkeit zu erhalten, ohne dass seine rechtlich gesicherte Partnerschaft ein Ende findet.

44. Allerdings verfolgt der Gesetzgeber mit der in § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG für die rechtliche Anerkennung des geänderten Geschlechts eines Transsexuellen aufgestellten Voraussetzung der Ehelosigkeit ein legitimes Gemeinwohlziel.

45. Bei der Ausformung der Ehe muss er die wesentlichen Strukturprinzipien beachten, die sich aus der Anknüpfung des Art. 6 Abs. 1 GG, der die Ehe unter besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt, an die vorgefundene Lebensform in Verbindung mit dem Freiheitscharakter des verbürgten Grundrechts und anderen Verfassungsnormen ergeben (vgl.

BVerfGE 31, 58 <69>; 105, 313 <345>). Zum Gehalt der Ehe, wie er sich ungeachtet des gesellschaftlichen Wandels und der damit einhergehenden Änderungen ihrer rechtlichen Gestaltung bewahrt und durch das Grundgesetz seine Prägung bekommen hat, gehört, dass sie die Vereinigung eines Mannes mit einer Frau zu einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft ist, begründet auf freiem Entschluss unter Mitwirkung des Staates (vgl. BVerfGE 10, 59 <66>; 29, 166 <176>; 62, 323 <330>; 105, 313 <345>). Vor diesem Hintergrund ist es ein legitimes Anliegen, wenn der Gesetzgeber mit § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG verhindern will, dass durch die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsänderung eines verheirateten Transsexuellen Ehen entstehen, in denen die Ehegatten auch rechtlich dem gleichen Geschlecht zugehören.

46. Die Regelung ist auch geeignet und erforderlich, um zu verhindern, dass es Ehen gibt, in denen die Ehegatten personenstandsrechtlich dem gleichen Geschlecht zugeordnet sind und hierdurch der falsche Eindruck erweckt wird, auch gleichgeschlechtliche Paare könnten die Ehe eingehen.

47. Zwar kann allein schon das äußere Erscheinungsbild eines verheirateten Transsexuellen den Anschein vermitteln, er führe eine gleichgeschlechtliche Ehe. Bestärkt wird dieser Eindruck zudem durch die in § 1 TSG auch einem verheirateten Transsexuellen eingeräumte Möglichkeit, seinen Vornamen zu ändern und dem empfundenen und gewandelten Geschlecht anzupassen. Wenn sich an diesem äußerlichen Eindruck auch nur wenig durch eine rechtliche Zuordnung des Transsexuellen zum anderen als dem Geburtsgeschlecht ändert, entfällt doch nicht die Eignung von § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG, gleichgeschlechtliche Ehen rechtlich auszuschließen.

48. Auch ist die im Gesetzgebungsverfahren erörterte Möglichkeit, die Ehe eines verheirateten Transsexuellen mit Rechtskraft der rechtlichen Anerkennung seines geänderten Geschlechts kraft Gesetzes aufzulösen, kein milderes Mittel gegenüber der Regelung in § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG. Die Ehegatten müssen zwar bei dieser Lösung keine Trennungszeit auf sich nehmen, die erforderlich ist, um sich scheiden lassen zu können und so dem transsexuellen Partner die rechtliche Anerkennung seines neuen Geschlechts zu ermöglichen. Ihre Ehe findet aber auch in diesem Fall als rechtlich abgesicherte Partnerschaft durch Auflösung ein Ende, was gleichermaßen einhergeht mit dem Verlust von Rechten, die mit der Ehe verbunden sind. Zudem wollte der Gesetzgeber mit der in § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG

gewählten Lösung zum Schutz der Intimsphäre des Transsexuellen erreichen, dass dessen Ehegatte nicht an dem Verfahren zur gerichtlichen Feststellung seiner Zugehörigkeit zum anderen Geschlecht zu beteiligen ist. Dies setzt voraus, dass die Ehe vor dem Feststellungsverfahren nach § 8 TSG geschieden ist.

49. Die Beeinträchtigung, die ein verheirateter Transsexueller dadurch erfährt, dass § 8 TSG die Feststellung seiner Zugehörigkeit zum empfundenen und gewandelten Geschlecht an die Voraussetzung knüpft, nicht verheiratet zu sein, ist aber unverhältnismäßig im engeren Sinne. Es ist einem verheirateten Transsexuellen, der sich zur Annäherung an sein empfundenes Geschlecht operativen Eingriffen unterzogen hat und die sonstigen Voraussetzungen des § 8 TSG erfüllt, nicht zumutbar, dass seine rechtliche Anerkennung im neuen Geschlecht voraussetzt, dass er sich von seinem Ehegatten, mit dem er rechtlich verbunden ist und zusammenbleiben will, scheiden lässt, ohne dass ihm ermöglicht wird, seine ehelich begründete Lebensgemeinschaft in anderer, aber gleich gesicherter Form fortzusetzen.

50. Das gesetzgeberische Anliegen, das Rechtsinstitut der Ehe, die unter dem besonderen Schutz von Art. 6 Abs. 1 GG steht, als Form des rechtlich abgesicherten Zusammenlebens ausschließlich Mann und Frau, also Partnern verschiedenen Geschlechts, vorzubehalten, ist von hohem Gewicht. In Konsequenz dieser Zielsetzung hat der Gesetzgeber das Institut der Eingetragenen Lebenspartnerschaft geschaffen, um auch gleichgeschlechtlichen Paaren eine rechtlich abgesicherte Partnerschaft zu ermöglichen. Dass er dabei jeweils auf das personenstandsrechtlich festgestellte Geschlecht abgestellt hat, ist grundsätzlich verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden (vgl. BVerfGE 115, 1 <23>).

51. Die rechtliche Anerkennung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit eines verheirateten Transsexuellen würde dazu führen, dass seine Ehe infolge dessen von Partnern des gleichen Geschlechts fortgeführt würde. Zwar würde die Ehe damit gleichgeschlechtlichen Paaren nicht eröffnet. Doch Ehen bisher verschiedengeschlechtlicher Partner könnten sich in solche gleichgeschlechtlicher Partner wandeln. Auch wenn der Gesetzgeber es hinnimmt, dass aufgrund bestimmter Paarkonstellationen schon nach derzeitiger Rechtslage nicht nur der Eindruck entstehen kann, gleichgeschlechtliche Ehen könnten geführt werden, sondern dies auch im Tatsächlichen aufgrund des empfundenen oder durch operative Eingriffe gewandelten Geschlechts eines Ehepartners der Fall ist, bleibt es doch ein berechtigtes

Bestreben des Gesetzgebers, am Strukturmerkmal der Ehe als einer Vereinigung von Mann und Frau festzuhalten.

52. So können verheiratete Transsexuelle nach § 1 TSG ihren Vornamen entsprechend ihrem empfundenen Geschlecht ändern und ihre Ehe weiterführen. Auch steht homosexuell orientierten Transsexuellen ohne Geschlechtsumwandlung nach einer Vornamensänderung die Möglichkeit offen, ohne Verlust dieses Vornamens eine Ehe einzugehen. Von den durch das Bundesverfassungsgericht aufgezeigten Alternativen, homosexuell orientierten Transsexuellen ohne Geschlechtsumwandlung durch personenstandsrechtliche Anerkennung ihres empfundenen Geschlechts oder durch entsprechende Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes das Eingehen einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft zu ermöglichen (vgl. BVerfGE 115, 1 <25>), hat der Gesetzgeber keinen Gebrauch gemacht. Vielmehr ist er hier bisher untätig geblieben. Damit gilt die vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 6. Dezember 2005 getroffene Übergangsregelung, nach der § 7 Abs. 1 Nr. 3 TSG keine Anwendung findet und somit ein Transsexueller mit Vornamensänderung nach § 1 TSG eine Ehe eingehen kann, ohne den geänderten Vornamen zu verlieren. Auch hierdurch kann der Eindruck entstehen, die Ehe sei gleichgeschlechtlichen Paaren zugänglich. Und schließlich ändert auch die operative Geschlechtsumwandlung eines verheirateten Transsexuellen nichts am Bestand seiner Ehe. Auch wenn der Gesetzgeber in all diesen Fällen den Anschein gleichgeschlechtlicher Ehen hinnimmt, verliert damit sein Anliegen nicht an Gewicht, jedenfalls keine Ehe zuzulassen, in der auch personenstandsrechtlich feststeht, dass in ihr zwei gleichgeschlechtliche Partner miteinander verbunden sind.

53. Demgegenüber wiegt aber auch die Beeinträchtigung schwer, die ein verheirateter Transsexueller durch § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG erfährt. Er gerät in tiefen inneren Konflikt, weil er vor eine Alternative gestellt wird, die, gleich, wie er sich entscheidet, ihm aufzwingt, auf etwas zu verzichten, was für sein Leben existentiell ist. Es ist unzumutbar, wenn von ihm zur Wahrnehmung und Durchsetzung seines auf Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG gründenden Rechts auf personenstandsrechtliche Anerkennung seines empfundenen und durch operative Eingriffe gewandelten Geschlechts verlangt wird, dass er sich vorher von seinem Ehegatten scheiden lässt.

54. Mit der Ehelosigkeit wird die rechtliche Anerkennung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit an eine Voraussetzung geknüpft, die ein verheirateter

Transsexueller, dessen Partnerschaft Bestand hat, nur unter Inkaufnahme unzumutbarer Belastungen erfüllen kann. Denn die Scheidung, die dafür erforderlich ist, setzt ihrerseits das Scheitern der Ehe voraus. Nach § 1565 Abs. 1 BGB ist eine Ehe aber nur dann gescheitert, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft nicht mehr besteht und nicht erwartet werden kann, dass die Ehegatten sie wiederherstellen. Die Ehegatten müssen also den Willen haben, sich dauerhaft zu trennen. Dies ist aber bei einem Transsexuellen, der an seiner als Ehe rechtlich abgesicherten Partnerschaft festhalten will, nicht der Fall. Insofern kann die Ehe mangels Scheiterns nicht geschieden werden. So bleibt ihm der Weg versperrt, über die Scheidung zur Anerkennung seiner geänderten Geschlechtszugehörigkeit zu gelangen, es sei denn, er täuscht im Scheidungsverfahren eine dauerhaft beabsichtigte Trennung vom Ehegatten vor. Beides ist ihm nicht zumutbar, denn entweder ist ihm damit die Möglichkeit verschlossen, zur rechtlichen Anerkennung seines empfundenen und gewandelten Geschlechts zu gelangen, oder er müsste vor Gericht wahrheitswidrige Angaben machen.

55. Dabei kann dahinstehen, ob eine Scheidung doch möglich wäre, wenn die Ehegatten, obwohl sie auf Dauer zusammenbleiben wollen, eine dreijährige Trennungszeit auf sich nehmen, bei der nach § 1566 Abs. 2 BGB die unwiderlegliche Vermutung gilt, dass die Ehe gescheitert ist. Denn es ist unverhältnismäßig, von einem Paar, das eigentlich zusammenbleiben möchte, eine so lange Trennungszeit zu verlangen, damit es den Nachweis für das angebliche Scheitern der Ehe führen kann und geschieden wird, sodass der transsexuelle Ehepartner die Voraussetzung des § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG erfüllt. Denn der eigentliche Grund für das Erfordernis der Ehelosigkeit in § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG steht nicht mit dem Scheitern der Ehe in Zusammenhang, sondern liegt in der gesetzgeberischen Absicht, keine Ehen gleichgeschlechtlicher Partner zuzulassen.

56. Vor allem aber wird durch § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG die bestehende Ehe des verheirateten Transsexuellen, der die rechtliche Anerkennung seines empfundenen und gewandelten Geschlechts anstrebt, in erheblichem Maße beeinträchtigt, die unter dem besonderen Schutz von Art. 6 Abs. 1 GG steht. Dabei ist von zusätzlichem Gewicht, dass nicht nur er selbst von dieser Beeinträchtigung betroffen ist, sondern auch sein Ehegatte.

57. Zum Gehalt der Ehe gehört, dass sie eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau ist, in der die gleichberechtigten Partner zueinanderstehen (vgl. BVerfGE 105, 313 <345>). Insofern schützt Art. 6 Abs. 1 GG die Ehe in ihrem Bestand als Verantwortungsgemeinschaft und garantiert eine Sphäre privater Lebensgestaltung, die

staatlicher Einwirkung entzogen ist (vgl. BVerfGE 107, 27 <53>). Die Eheleute können selbst bestimmen, wie sie ihre Ehe führen. Drängt der Staat Ehegatten zur Scheidung ihrer Ehe, dann läuft dies nicht nur dem Strukturmerkmal der Ehe als dauerhafter Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft zuwider. Es wird damit auch der bestehenden Ehe der ihr von Art. 6 Abs. 1 GG gewährleistete Schutz entzogen. Darüber hinaus werden die Ehepartner in ihrer Entscheidungsfreiheit, dauerhaft ehelich zusammenzuleben, und in ihrem Vertrauen auf den ihrer Ehe zukommenden Bestandsschutz schwer beeinträchtigt.

58. Auch die Ehe von Ehegatten, in denen einer von ihnen während der Ehezeit seine Transsexualität entdeckt oder offenbart und entsprechend seinem empfundenen oder während der Ehe durch operative Eingriffe gewandelten Geschlecht lebt, fällt unter den Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG. Sie ist als Ehe zwischen einem Mann und einer Frau rechtmäßig zustandegekommen und hat bei ihrem Eingehen allen Merkmalen entsprochen, die den Gehalt der Ehe ausmachen. Solange der Gesetzgeber für das Eingehen der Ehe die Geschlechtlichkeit eines Menschen danach bestimmt, wie er personenstandsrechtlich zugeordnet ist, und das empfundene Geschlecht eines Transsexuellen personenstandsrechtlich nicht anerkennt, können Transsexuelle zur rechtlichen Absicherung einer Partnerschaft mit einem Partner, der personenstandsrechtlich dem anderen Geschlecht angehört, nur die ihnen eröffnete Ehe eingehen. Beschreiten sie diesen ihnen rechtlich zugewiesenen Weg und schließen eine Ehe, dann genießt diese uneingeschränkt den Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG.

59. Dieser Schutz entfällt auch nicht dadurch, dass der transsexuelle Ehegatte während der Ehe durch operative Eingriffe seine äußeren Geschlechtsmerkmale dem empfundenen Geschlecht anpasst. Damit wird die Ehe zwar im Tatsächlichen und nach ihrem äußeren Erscheinungsbild nunmehr von gleichgeschlechtlichen Partnern geführt. Sie ist aber weiterhin eine dauerhafte Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft von zwei Ehegatten, die als solche vom grundrechtlichen Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG nicht ausgenommen ist. Strebt ein verheirateter Transsexueller nach geschlechtsumwandelnder Operation die rechtliche Anerkennung seines empfundenen Geschlechts an, bringt er damit weder zum Ausdruck, dass es ihm nicht um die Beibehaltung seiner Ehe geht, wie das Bundesministerium des Innern für die Bundesregierung meint, noch liegt darin ein Verzicht auf den Schutz der Ehe aus Art. 6 Abs. 1 GG. Wie der Fall des Antragstellers belegt, ist mit dem Wunsch eines verheirateten Transsexuellen nach Anerkennung seiner neuen Geschlechtszugehörigkeit keineswegs immer eine Abwendung von seinem Ehepartner verbunden oder kommt es dadurch seitens des anderen Ehegatten zu einer Trennung. Wenn aber der Wille beider Ehepartner vorhanden ist,

die bestehende eheliche Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft fortzusetzen, dann liegt kein Verzicht auf den Schutz dieser Ehe vor. Es ist verfassungsrechtlich nicht zulässig, einen solchen Verzicht allein daraus zu schließen, dass der verheiratete Transsexuelle das Bestreben hat, sein Recht zu erlangen, dem Geschlecht auch rechtlich zugeordnet zu werden, dem er aufgrund seiner physischen und psychischen Konstitution angehört, das Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG ihm gewährleisten.

60. Mit der Voraussetzung der Ehelosigkeit für die rechtliche Anerkennung einer Geschlechtsänderung wird einem verheirateten Transsexuellen nahegelegt, seine Ehe zu beenden. Das kommt für ihn einem Entzug des Schutzes seiner bestehenden Ehe gleich. Er gerät damit unter psychischen Druck, seine Ehe beenden zu müssen, um in seinem neuen Geschlecht rechtliche Anerkennung finden zu können, obwohl er sich von seinem Partner nicht trennen möchte. Von ihm wird damit verlangt, seine Beziehung zum Partner der gewünschten Geschlechtsidentität zu opfern, auch wenn diese Beziehung ihn in seiner Identitätsfindung gerade stabilisiert und er es seinem Ehegatten eigentlich nicht zumuten will, sich von ihm scheiden zu lassen und damit auch Rechtsverluste hinnehmen zu müssen. Diese Konfliktlage beeinträchtigt die eheliche Beziehung des Transsexuellen in hohem Maße.

61. Auch der Ehegatte des Transsexuellen, der nach rechtlicher Anerkennung seiner geänderten Geschlechtszugehörigkeit strebt, erfährt eine starke Beeinträchtigung des ihm durch Art. 6 Abs. 1 GG gewährleisteten Schutzes seiner Ehe. Er durfte darauf vertrauen, dass seine rechtmäßig zustandgekommene Ehe Bestand hat, solange er und sein Partner zusammenleben und füreinander Verantwortung tragen wollen. Obwohl dieser Wille auch nach der operativen Geschlechtsumwandlung seines Ehegatten übereinstimmend fortbesteht, wird auch er durch § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG dem Entscheidungskonflikt ausgesetzt, entweder an der Ehe in persönlicher Verbundenheit festzuhalten, dann aber damit zu verhindern, dass sein Ehegatte die rechtliche Anerkennung seiner Geschlechtsidentität findet, wissend, dass dies für den Partner von existentieller Bedeutung ist, oder gegen den eigenen Willen sich von seinem Partner scheiden zu lassen und damit nicht nur die Trennung von ihm auf sich zu nehmen, sondern auch die rechtliche Absicherung zu verlieren, die mit der Ehe verbunden ist und durch die Scheidung zum Wegfall kommt. Hierdurch wird sein von Art. 6 Abs. 1 GG geschütztes Interesse am Fortbestand der Ehe beeinträchtigt.

62. Wägt man einerseits das gesetzgeberische Interesse, die Ehe verschiedengeschlechtlichen Paaren vorzubehalten, und andererseits die Interessen eines verheirateten Transsexuellen, der

die rechtliche Anerkennung seines geänderten Geschlechts anstrebt, sowie seines Ehegatten am Fortbestand ihrer Ehe miteinander ab, dann haben die Anliegen beiderseits erhebliches Gewicht. Unter Berücksichtigung der Bedeutung, die dem Recht auf Anerkennung der eigenen geschlechtlichen Identität aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG zukommt, ist es jedoch unzumutbar, die Anerkennung eines verheirateten Transsexuellen in seinem empfundenen und gewandelten Geschlecht an die Voraussetzung der vorherigen Beendigung seiner als Ehe rechtlich gesicherten Partnerschaft zu knüpfen.

63. Diese Interessen, die hinsichtlich des ehelichen Schutzes widerstreiten, unterfallen dem Schutz desselben Grundrechts. Art. 6 Abs. 1 GG schützt sowohl die Ehe als Rechtsinstitut, zu deren Gehalt gehört, dass sie Mann und Frau zu einer Lebensgemeinschaft vereint, als auch geschlossene Ehen sowie die Ehegatten in der Freiheit der Gestaltung ihres Ehelebens und in dem Interesse auf den Bestand ihrer Ehe. Die Ehe als Institut in ihrer tradierten Gestalt erhalten zu wollen und sie deshalb nur verschiedengeschlechtlichen Paaren vorzubehalten, ist nicht mehr oder minder von Gewicht wie der Schutz des Vertrauens eines Paares, mit der Ehe eine Verantwortungsgemeinschaft eingegangen zu sein, die auf Dauer trägt und nicht vom Staat gegen den Willen der Ehegatten aufgelöst werden soll. Das gesetzgeberische Interesse am Erhalt des Instituts der Ehe als Vereinigung von Mann und Frau muss deshalb grundsätzlich nicht hinter das Interesse eines gleichgeschlechtlichen Ehepaares am Erhalt ihrer Ehe zurücktreten, ebenso wie sich der Gesetzgeber nicht ohne weiteres über das Interesse eines Ehepaares an der Beibehaltung ihrer bestehenden Ehe hinwegsetzen kann.

64. Allerdings fällt hier ins Gewicht, dass konkret gelebte, unverwechselbare Beziehungen durch die Regelung in eine existentiell erfahrene Krise geführt werden. Wenn sich vorliegend die Betroffenen auf die Dauerhaftigkeit ihrer Ehe berufen, so berufen sie sich auf ihr persönliches, die eigene Identität berührendes Eheversprechen, das für sie unverändert gilt und als unwiderruflich bindend empfunden wird. Es geht insoweit um das weitere Schicksal eines bereits gemeinsam gegangenen Lebensweges und damit um Folgen von subjektiv existentieller Dimension. Demgegenüber wird die Prägekraft des Prinzips der Verschiedengeschlechtlichkeit angesichts der konkreten Umstände nur am Rande berührt. Es handelt sich bei den hier in Rede stehenden Fällen nur um eine geringe Zahl von Transsexuellen, die zunächst als Mann und Frau geheiratet haben, erst während der Ehe ihre Transsexualität entdeckt oder offenbart haben und deren Ehe an dieser tiefgreifenden Veränderung der Paarbeziehung nicht zerbrochen ist, sondern nach dem Willen beider Ehegatten fortgesetzt werden soll. Überdies ist die Prägewirkung des Prinzips in der

Öffentlichkeit für diese Konstellationen dadurch gemindert, dass die betreffenden Paare nach außen hin ohnedies bereits im gleichen Geschlecht leben und auch rechtlich Namen des gleichen Geschlechts führen.

65. Entscheidend ist für die Gewichtung dabei insbesondere auch das Zusammenspiel von Art. 6 Abs. 1 GG mit Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG und die Bedeutung des hierdurch geschützten Rechts auf Anerkennung der selbstbestimmten geschlechtlichen Identität. Die besondere Belastung, die § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG mit sich bringt, liegt darin, dass sie zur Durchsetzung des gesetzgeberischen Willens die Realisierung des einen Grundrechts von der Aufgabe des anderen abhängig macht. § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG verlangt von verheirateten Transsexuellen, sich entweder für die rechtliche Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität oder die Aufrechterhaltung ihrer Ehe zu entscheiden. Dies zieht zudem die von Art. 6 Abs. 1 GG geschützte Grundrechtsposition des anderen Ehegatten in Mitleidenschaft und führt die Betroffenen nicht nur in eine kaum zu lösende innere Konfliktlage, sondern auch zu einer unzumutbaren Grundrechtsbeeinträchtigung. § 8 TSG verletzt Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 6 Abs. 1 GG, weil er einem verheirateten Transsexuellen nicht die Möglichkeit einräumt, die rechtliche Anerkennung seiner neuen Geschlechtszugehörigkeit zu erlangen, ohne seine Ehe beenden zu müssen, und ist deshalb verfassungswidrig.

66. Danach kann dahingestellt bleiben, ob § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG auch gegen Art. 3 Abs. 1 GG verstößt.

67. Es liegt in der Entscheidung des Gesetzgebers, auf welche Weise er es verheirateten Transsexuellen, die die sonstigen Voraussetzungen des § 8 TSG erfüllen und festgestellt bekommen wollen, dass sie dem anderen als dem im Geburtseintrag angegebenen Geschlecht zugehören, ermöglicht, diese Feststellung ohne Beendigung ihrer als Ehe abgesicherten Partnerschaft zu erlangen.

68. Will der Gesetzgeber zum Schutz des Instituts der Ehe als verschiedengeschlechtlicher Partnerschaft daran festhalten, nicht zuzulassen, dass Paare in der Ehe verbleiben, bei denen es durch Feststellung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit des transsexuellen Ehegatten zu einer personenstandsrechtlichen Gleichgeschlechtlichkeit kommt, ist ihm dies unbenommen, da sein Anliegen Art. 6 Abs. 1 GG Rechnung trägt.

69. Er muss dabei aber Sorge tragen, dass die bisherige Ehe des Transsexuellen jedenfalls als rechtlich gesicherte Verantwortungsgemeinschaft fortbestehen kann.

70. Wandelt sich durch geschlechtsändernde operative Eingriffe und personenstandsrechtliche Anerkennung des geänderten Geschlechts eines Transsexuellen dessen Ehe in eine gleichgeschlechtliche, kann sie nicht mehr beanspruchen, als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau zu gelten. Der Schutz, den sie aus Art. 6 Abs. 1 GG auch weiterhin erfährt, bezieht sich dann auf die mit der Ehe eingegangene Verantwortungsgemeinschaft mit all ihren Rechten und Pflichten, die mit ihr verbunden sind. Das Vertrauen der Partner auf den Bestand dieser Gemeinschaft bleibt weiterhin geschützt. Insofern kann ihr zwar versagt werden, als Ehe weiterzubestehen, nicht jedoch als Verantwortungsgemeinschaft. Deren Beendigung mitsamt dem Verlust der aus der Ehe erwachsenen Rechte ist den Partnern, wie unter B. I. 5. c. cc). ausgeführt, unzumutbar. Dies hat der Gesetzgeber bei einer Neuregelung zu berücksichtigen.

71. Wie er sicherstellt, dass die Verantwortungsgemeinschaft eines verheirateten Transsexuellen mit seinem Ehegatten ohne Beendigung Fortsetzung findet, ist dem Gesetzgeber überlassen. So kann er sie mit Rechtskraft der Anerkennung der geänderten personenstandsrechtlichen Geschlechtszugehörigkeit des transsexuellen Ehegatten in eine Eingetragene Lebenspartnerschaft überführen, muss dabei aber Sorge dafür tragen, dass die erworbenen Rechte und auferlegten Pflichten aus der Ehe einem solchen Paar in der Eingetragenen Lebenspartnerschaft ungeschmälert erhalten bleiben. Er kann zu diesem Zweck aber auch eine rechtlich abgesicherte Lebensgemeinschaft sui generis schaffen, die dem Paar die erworbenen Rechte und Pflichten aus der Ehe sichert, und die Ehe mit Anerkennung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit des transsexuellen Ehegatten in dieser Form fortbestehen lassen.

72. Angesichts der geringen Zahl der betroffenen verheirateten Transsexuellen, die erst während der Ehe ihre Transsexualität entdecken oder offenbaren und deren Ehe an dieser tiefgreifenden Veränderung der Paarbeziehung nicht zerbrochen ist, sondern nach dem Willen beider Ehegatten fortgesetzt werden soll, kann der Gesetzgeber sich aber auch dafür entscheiden, verheirateten Transsexuellen die Möglichkeit der rechtlichen Anerkennung ihres geänderten Geschlechts bei Fortführung ihrer Ehe zu eröffnen und dafür § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG

zu streichen. Wegen des Schutzes, der den bestehenden Ehen aus Art. 6 Abs. 1 GG zukommt, wäre dies auch angesichts dessen, dass die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau durch Art. 6 Abs. 1 GG geschützt ist, verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

73. Die Verfassungswidrigkeit von § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG führt nicht zur Nichtigkeit, sondern zur Unvereinbarkeit dieser Norm mit Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 6 Abs. 1 GG. Denn der Gesetzgeber hat, wie aufgezeigt, mehrere Möglichkeiten, um den verfassungswidrigen Zustand zu beseitigen. Hierfür wird dem Gesetzgeber eine Frist bis zum 1. August 2009 gesetzt.

74. Angesichts der Schwere der Beeinträchtigung, die ein verheirateter Transsexueller durch die Versagung der rechtlichen Anerkennung seiner empfundenen und gewandelten Geschlechtszugehörigkeit erfährt, wird § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung für nicht anwendbar erklärt.

75. Wählt der Gesetzgeber den Weg, die Ehe eines Transsexuellen mit dessen personenstandsrechtlicher Anerkennung in der geänderten Geschlechtszugehörigkeit in eine andere rechtlich abgesicherte Lebensgemeinschaft zu überführen, kann er auch regeln, dass Ehen, in denen der transsexuelle Ehepartner wegen der zwischenzeitlichen Nichtanwendbarkeit von § 8 Abs. 1 Nr. 2 TSG bereits die personenstandsrechtliche Anerkennung der geänderten Geschlechtszugehörigkeit erlangt hat, ebenfalls kraft Gesetzes in die dafür vorgesehene rechtlich abgesicherte Lebensgemeinschaft ex nunc überführt werden.

76. Die Entscheidung ist zu B. II. 2. Absatz mit 7:1 Stimmen, im Übrigen einstimmig ergangen. (vgl. www.bundesverfassungsgericht.de, o.S.)

Anlage 4

Änderung des TSG hinsichtlich Operationszwang

Leitsatz

zum Beschluss des Ersten Senats vom 11. Januar 2011

Es verstößt gegen Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG, dass ein Transsexueller, der die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 Transsexuellengesetz erfüllt, zur rechtlichen Absicherung seiner gleichgeschlechtlichen Partnerschaft nur dann eine eingetragene Lebenspartnerschaft begründen kann, wenn er sich zuvor gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Transsexuellengesetzes einem seine äußeren Geschlechtsmerkmale verändernden operativen Eingriff unterzogen hat sowie dauernd fortpflanzungsunfähig ist und aufgrund dessen personenstandsrechtlich im empfundenen und gelebten Geschlecht Anerkennung gefunden hat.

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 1 BvR3295/07 -

Im Namen des Volkes

In dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde

[...]

gegen den Beschluss des Kammergerichts vom 23. Oktober 2007 - 1 W

a) 76/07 -,

b) den Beschluss des Landgerichts Berlin vom 25. Januar 2007 - 84
T 442/06 -,

c) den Beschluss des Amtsgerichts Schöneberg vom 30. August 2006
- 70 III 101/06 -

hat das Bundesverfassungsgericht - Erster Senat - unter Mitwirkung der Richterinnen und Richter

[...]

am 11. Januar 2011 beschlossen:

1. § 8 Absatz 1 Nummern 3 und 4 des Gesetzes über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz - TSG) vom 10. September 1980 (Bundesgesetzblatt I Seite 1654) ist mit Artikel 2 Absatz 1 und Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes nach Maßgabe der Gründe nicht vereinbar.
2. § 8 Absatz 1 Nummern 3 und 4 des Transsexuellengesetzes ist bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung nicht anwendbar.
3. Der Beschluss des Kammergerichts vom 23. Oktober 2007 - 1 W 76/07 -, der Beschluss des Landgerichts Berlin vom 25. Januar 2007 - 84 T 442/06 - und der Beschluss des Amtsgerichts Schöneberg vom 30. August 2006 - 70 III 101/06 - verletzen die Beschwerdeführerin in ihren Rechten aus Artikel 2 Absatz 1 und Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes. Der Beschluss des Kammergerichts wird aufgehoben und die Sache an das Kammergericht zurückverwiesen.
4. Die Bundesrepublik Deutschland hat der Beschwerdeführerin die notwendigen Auslagen zu erstatten.

Gründe:

1. Die Verfassungsbeschwerde betrifft die Frage, ob einer Mann-zu-Frau Transsexuellen mit sogenannter „kleiner Lösung“ die Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft mit einer Frau unter Hinweis auf die Möglichkeit, eine Ehe einzugehen, verweigert werden kann, weil hierfür eine Personenstandsänderung stattgefunden haben muss, die voraussetzt, dass der Transsexuelle fortpflanzungsunfähig ist und sich geschlechtsumwandelnden operativen Eingriffen unterzogen hat.

2. Voraussetzung einer Eheschließung ist die Verschiedengeschlechtlichkeit der Ehegatten. Demgegenüber verlangt § 1 Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG), dass Personen, die eine Lebenspartnerschaft eingehen, gleichen Geschlechts sind. In beiden Fällen wird auf das personenstandsrechtliche Geschlecht abgestellt.

[...]

Bei Entstehung des Transsexuellengesetzes war im Gesetzgebungsverfahren unumstritten, dass eine Personenstandsänderung eine operative Geschlechtsangleichung voraussetzt. Zur Begründung führte die Bundesregierung aus, es müsse verhindert werden, dass ein Mann

einen Mann heiraten könne, der sich insofern sogar gemäß § 175 StGB strafbar machen könne. Könne sich ein Betroffener der Operation nicht unterziehen, müsse er es bei der „kleinen Lösung“ bewenden lassen (BTDrucks 8/2947, S. 12).

23. Die Voraussetzung der Fortpflanzungsunfähigkeit wurde nicht begründet. Allerdings wurde das Verhältnis Transsexueller zu ihren Kindern diskutiert. Der Bundesrat regte in diesem Zusammenhang mit späterer Zustimmung der Bundesregierung (BTDrucks 8/2947, S. 27 unter 10) an, das in § 11 TSG geregelte Eltern-Kind-Verhältnis uneingeschränkt auf leibliche Kinder der Betroffenen zu beziehen, unabhängig ob sie vor oder nach der personenstandsrechtlichen Anerkennung des empfundenen Geschlechts geboren wurden. Nach den bisherigen Erfahrungen sei nicht ausgeschlossen, dass Personen, die als fortpflanzungsunfähig gelten, noch Kinder zeugen oder empfangen könnten. Diesen Kindern könne nicht die Möglichkeit genommen werden, ihre Abstammung feststellen zu lassen (BTDrucks 8/2947, S. 23 unter 10).

24. Das Bundesministerium des Innern erarbeitete zum 7. April 2009 den Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Transsexuellenrechts, der jedoch aufgrund der bereits fortgeschrittenen Legislaturperiode nicht mehr in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht wurde (BTDrucks 16/13157, S. 1). Der Entwurf hielt an der Zweiteilung zwischen „kleiner“ und „großer Lösung“ fest. Für die zur Personenstandsänderung führende „große Lösung“ sollte die dauernde Fortpflanzungsunfähigkeit und nunmehr statt der bisher in § 8 TSG geforderten Operation eine in körperlicher Hinsicht erfolgte Anpassung an das Erscheinungsbild des anderen Geschlechts zur Voraussetzung gemacht werden, jedoch nur, soweit die dafür notwendige medizinische Behandlung nicht zu einer Gefahr für das Leben oder zu einer schweren dauerhaften Gesundheitsbeeinträchtigung des Betroffenen führe.

25. In der Begründung des Gesetzesentwurfs wurde dazu ausgeführt, auf die Voraussetzung der dauernden Fortpflanzungsunfähigkeit könne grundsätzlich nicht verzichtet werden. Die vom Geschlecht abhängige Zuordnung im Zusammenleben der Gesellschaft solle gewahrt werden; insbesondere müsse ausgeschlossen werden, dass rechtlich dem männlichen Geschlecht zugehörige Personen Kinder gebären und rechtlich dem weiblichen Geschlecht zugehörige Personen Kinder zeugen. Durch die Voraussetzung der operativen Geschlechtsumwandlung sei es allerdings in der Vergangenheit zu mehr Operationen gekommen, als therapeutisch angezeigt gewesen seien. Daher sollten sich medizinische Eingriffe künftig nach der individuellen Entwicklung und ärztlichen Beurteilung richten.

[...]

30. Mit der Entwicklung geschlechtsanpassender Operationen in den 1960er Jahren wurde Transsexualität als Leiden am falschen Körper definiert und die Behandlung auf somatische Eingriffe fokussiert (vgl. Becker, in: Kockott/Fahrner, Sexualstörungen, 2004, S. 153 <153 ff.>). Die daraus abgeleitete Auffassung, alle Transsexuelle würden nach einer geschlechtsanpassenden Operation streben, hat sich inzwischen als unrichtig erwiesen (vgl. BVerfGE 115, 1 <5>). Ein Operationswunsch allein wird von Gutachtern nicht mehr als zuverlässiger diagnostischer Indikator angesehen, da der Wunsch nach einer „Geschlechtsumwandlung“ auch eine Lösungsschablone für psychotische Störungen, Unbehagen mit etablierten Geschlechtsrollenbildern oder für die Ablehnung einer homosexuellen Orientierung sein kann (Pichlo, in: Groß/Neuschaefer-Grube/Steinmetzer, Transsexualität und Intersexualität, Medizinische, ethische, soziale und juristische Aspekte, 2008, S. 39, 121 f.).

31. Vielen Transsexuellen verschafft eine geschlechtsanpassende Operation eine erhebliche Erleichterung ihres Leidensdrucks, die manche schon vorher durch Selbstverstümmelung und Selbstkastration zu erreichen versuchen. Jedoch verbleiben zwischen 20 und 30 % der Transsexuellen, die einen Antrag auf Vornamensänderung stellen, in Deutschland dauerhaft in der „kleinen Lösung“ ohne Operation (m.w.N. Hartmann/Becker, Störungen der Geschlechtsidentität, 2002, S. 15; Becker/Berner/Dannecker/Richter-Appelt, ZfS 2001, S. 258 <264>). Der Wunsch und die Durchführung von Operationen sind nach neueren Erkenntnissen nicht kennzeichnend für das Vorliegen von Transsexualität. Für entscheidend wird vielmehr die Stabilität des transsexuellen Wunsches gehalten (vgl. Becker/Berner/Dannecker/Richter-Appelt, a.a.O., S. 258 <260>; Pichlo, a.a.O., S. 121). Für erforderlich werden deshalb individuelle therapeutische Lösungen erachtet, die von einem Leben im anderen Geschlecht ohne somatische Maßnahmen über hormonelle Behandlungen bis hin zur weitgehenden operativen Geschlechtsangleichung reichen können (m.w.N. Pichlo, a.a.O., S. 119, 122; Rauchfleisch, Transsexualität - Transidentität, 2006, S. 17; Becker, a.a.O., S. 153 <180, 181>). Mit Blick auf diese Erkenntnisse werden die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG als verfassungsrechtlich problematisch bezeichnet (Becker/Berner/Dannecker/ Richter-Appelt, a.a.O., S. 258 <264>; Grünberger, StAZ 2007, S. 357 <360 f.>).

32. Sowohl bei der Diagnose als auch in der Behandlung kommt dem Leben in der neuen Geschlechterrolle (sogenannter „Alltagstest“) große Bedeutung zu, um zu ermitteln, ob ein Wechsel der Geschlechterrolle bewältigt werden kann. Anschließend wird häufig eine gegengeschlechtliche Hormonbehandlung durchgeführt. Diese ermöglicht eine körperliche Angleichung an das empfundene Geschlecht und schaltet Eigenschaften des Geburtsgeschlechts aus, die von den Betroffenen als belastend empfunden werden, wie zum Beispiel Menstruation, Ejakulation und Bartwuchs (Becker, a.a.O., S. 153 <191 f.>; Eicher, in: Clement/Senf, Transsexualität, Behandlung und Begutachtung, 1996, S. 55 ff.). Die gegengeschlechtliche Hormontherapie ist ein einschneidender Schritt, der mit der Herausbildung weiblicher Brüste oder andererseits der Entwicklung einer tiefen Stimme und möglicherweise dauerhafter Unfruchtbarkeit bereits irreversible körperliche Folgen hat (Pfäfflin, in: Clement/Senf, Transsexualität, Behandlung und Begutachtung, 1996, S. 37) und gesundheitliche Risiken wie zum Beispiel erhöhtes Thrombose-Risiko, Diabetes, chronische Hepatitis und Leberschäden mit sich bringt (vgl. Rauchfleisch, a.a.O., S. 105). Nach gegebenenfalls durchgeführten Operationen, die für die personenstandsrechtliche Anerkennung nach dem Transsexuellengesetz Voraussetzung sind, muss die Hormontherapie lebenslang fortgesetzt werden (Eicher, Transsexualismus, 2. Aufl., 1992, S. 84).

33. Für die personenstandsrechtliche Anerkennung nach dem Transsexuellengesetz sind bei einer Mann-zu-Frau Transsexuellen die Amputation des Penischaftes und der Hoden sowie die Bildung von Neovulva, Neoklitoris und Neovagina mit der Schaffung eines neuen Harnausgangs erforderlich (vgl. zur medizinischen Technik: Eicher, in: Clement/Senf, a.a.O., S. 61 ff.; Sohn/Schäfer, in: Groß/Neuschaefer-Grube/Steinmetzer, Transsexualität und Intersexualität, 2008, S. 135 ff.). Bei komplikationsloser Heilung kann die Patientin nach zwei Wochen stationärer Behandlung entlassen werden, wobei mindestens die erste Woche strikte Bettruhe einzuhalten ist. Da die Operation einen erheblichen Eingriff bedeutet, muss der Operateur jeweils Operations- und Narkoserisiken abwägen (vgl. Pichlo, a.a.O., S. 126 f.). Bei ca. 40 % der Patientinnen müssen nach der ersten Operation weitere Korrekturoperationen vorgenommen werden (Sohn/Schäfer, a.a.O., S. 139 f.; Eicher, a.a.O., S. 117 ff.). Unter den betroffenen Mann-zu-Frau Transsexuellen, die körperliche Veränderungen anstreben, gilt als größter Wunsch nach körperlicher Veränderung die Entwicklung einer weiblichen Brust, die allerdings oft schon durch die Hormontherapie entsteht. Während einige Betroffene größte Abneigung gegen ihre männliche Behaarung empfinden, eine Epilation wünschen und ihren

Penis als Zeichen der Männlichkeit ablehnen, können andere ihn akzeptieren (Becker, a.a.O., S. 153 <191>).

34. Bei Frau-zu-Mann Transsexuellen sind für die Personenstandsänderung nach § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG die operative Entfernung der Gebärmutter, der Eierstöcke und des Eileiters und oftmals eine Brustverkleinerung zur Angleichung an das Erscheinungsbild des männlichen Geschlechts erforderlich. Ein Scheidenverschluss und der Aufbau einer Penisprothese werden als Voraussetzung allerdings nicht verlangt. Für Frau-zu-Mann Transsexuelle, die körperliche Eingriffe anstreben, steht die Entfernung der Brust als sichtbares Zeichen der Weiblichkeit im Vordergrund. An zweiter Stelle steht die Beendigung der Menstruation, die bereits mit einer Hormontherapie erreicht wird, so dass die Entfernung von Uterus und Eierstöcken nur von den wenigsten Betroffenen aus eigener Motivation angestrebt wird. Der Wunsch nach einer Penisprothese ist bei vielen Betroffenen nicht stark ausgeprägt (Becker, a.a.O., S. 190).

35. Die Zahl der Transsexuellen, die nach der Änderung ihres Vornamens oder nach Geschlechtsumwandlung wieder in ihr Geburtsgeschlecht zurückwechseln, ist nur unzureichend bekannt. Der Rollenwechsel zurück gilt jedoch als sehr seltener Ausnahmefall (Becker/Berner/Dannecker/Richter-Appelt, a.a.O., S. 258 <263>). Nach einer Studie aus dem Jahr 1993 stellten seit Inkrafttreten des Transsexuellengesetzes nur sechs Personen (0,4 % der Personen, die einen Vornamen- beziehungsweise Personenstandswechsel vorgenommen hatten) in Deutschland einen Antrag auf Rückumwandlung beziehungsweise Wiederannahme des alten Vornamens, fünf davon nach vollzogener Vornamensänderung und eine Person nach vollzogener Personenstandsänderung (m.w.N. Hartmann/Becker, a.a.O., S. 96). Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung liegen die Fälle, in denen eine Rückkehr ins Ausgangsgeschlecht durchgeführt wurde, bei deutlich unterhalb einem Prozent aller durchgeführten TSG-Verfahren (Becker/Berner/Dannecker/Richter-Appelt, a.a.O., S. 258 <264>).

II.

36. Die Beschwerdeführerin wurde 1948 mit männlichen äußeren Geschlechtsmerkmalen geboren und erhielt die Vornamen „R. R.“. Sie empfindet sich jedoch als Angehörige des weiblichen Geschlechts. Als solche ist sie homosexuell orientiert und lebt in einer Partnerschaft mit einer Frau. Sie hat gemäß § 1 TSG ihre Vornamen in „L. I.“ geändert und ihren Adelstitel in die weibliche Form umgewandelt („kleine Lösung“). Eine Änderung des Personenstandes gemäß § 8 Abs. 1 TSG („große Lösung“) wurde nicht vorgenommen. Sie wird jedoch hormonell behandelt. In ihrer Geburtsurkunde wird die Beschwerdeführerin dementsprechend als „L. I. Freifrau ..., männlichen Geschlechts“ bezeichnet.

37. Mit Antrag vom 8. Dezember 2005 begehrte die Beschwerdeführerin zusammen mit ihrer Partnerin beim Standesamt T. von Berlin die Eintragung einer Lebenspartnerschaft. Mit Bescheid vom 2. Februar 2006 lehnte der Standesbeamte den Antrag ab, weil eine Lebenspartnerschaft nur für zwei Beteiligte des gleichen Geschlechts eingetragen werden könne. Daraufhin beantragte die Beschwerdeführerin am 8. Februar 2006, den Standesbeamten anzuweisen, die Lebensgemeinschaft mit ihrer Partnerin, der Beteiligten zu 2), zu registrieren.

38. Diesen Antrag wies das Amtsgericht mit Beschluss vom 30. August 2006 zurück. Die Begründung einer Lebenspartnerschaft setze voraus, dass sie von zwei Personen gleichen Geschlechts eingegangen werde. An dieser Voraussetzung fehle es hier. Eine gerichtliche Feststellung nach § 8 Abs. 1 TSG, dass die Beschwerdeführerin als dem weiblichen Geschlecht zugehörig anzusehen sei, könne nicht ohne eine geschlechtsanpassende Operation ergehen. Den Beteiligten stehe nur die Möglichkeit der Eheschließung offen. Hierin liege keine Diskriminierung ihrer Person. Das Gesetz stelle für die Eingehung von Ehe und Lebenspartnerschaft auf das personenstandsrechtlich bestimmte Geschlecht, nicht auf die sexuelle Orientierung der Partner ab. Dies sei verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Die hiergegen gerichtete Beschwerde wies das Landgericht mit Beschluss vom 25. Januar 2007 zurück. Auch die weitere Beschwerde blieb erfolglos. Das Kammergericht bestätigte mit Beschluss vom 23. Oktober 2007 die Rechtsauffassung der Vorinstanzen.

39. Hiergegen hat die Beschwerdeführerin am 28. Dezember 2007 Verfassungsbeschwerde erhoben. Sie rügt die Verletzung ihrer Rechte aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG. Sie habe einen grundrechtlich geschützten Anspruch darauf, mit einem Menschen in einer rechtlich und gesellschaftlich anerkannten Lebensgemeinschaft zu leben. Als

empfundene Frau, die eine Frau zur Partnerin habe, wolle sie eine Lebenspartnerschaft begründen. Es sei aufgrund des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes über Transsexualität inzwischen überholt, bei der personenstandsrechtlichen Einordnung allein auf eine operative Geschlechtsumwandlung abzustellen und nicht auf das empfundene Geschlecht. Dies führe zu verfassungswidrigen Ergebnissen. Für sie als inzwischen 62-Jährige sei die für eine Personenstandsänderung erforderliche geschlechtsanpassende Operation aufgrund ihres Alters mit nicht abzuschätzenden gesundheitlichen Risiken verbunden.

40. Der Verweis auf die Ehe zur Begründung einer rechtlich gesicherten Partnerschaft sei ihr nicht zumutbar. Die Ehe sei ihrem Wesen nach die Verbindung von Mann und Frau für das gesamte künftige Leben. Da sie sich als Frau empfinde und mit einer Frau eine Partnerschaft eingehen wolle, würde ihr praktisch aufgezwungen, eine gleichgeschlechtliche Ehe einzugehen. Dies würde einerseits das Institut der Ehe beschädigen. Andererseits würde sie bei Eheschließung rechtlich als Mann eingestuft, zugleich aber trage sie wie ihre Lebensgefährtin einen weiblichen Vornamen, der ihrem empfundenen Geschlecht entspreche. Dadurch würde nicht nur der Eindruck erweckt, dass auch gleichgeschlechtliche Partner die Ehe eingehen können. Jedem Dritten würde hiermit auch offenkundig gemacht, dass eine der beiden Frauen transsexuell sei. Ein unauffälliges und diskriminierungsfreies Leben in der neuen Rolle würde unmöglich. Dies verletze sie in ihrem Persönlichkeitsrecht.

41. Unter dem 10. Mai 2010 hat die Beschwerdeführerin mitgeteilt, dass sie inzwischen die Ehe eingegangen ist. Es sei für sie nicht länger hinnehmbar gewesen, ohne rechtliche Absicherung mit ihrer Partnerin zu leben. Diese habe einen Witwenanspruch erhalten sollen. Das Paar fühle sich dazu verpflichtet, den anderen Partner versorgt zu wissen, ohne zunächst eine Gerichtsentscheidung abzuwarten.

III.

42. Zu der Verfassungsbeschwerde haben das Bundesministerium des Innern namens der Bundesregierung, das Land Berlin, der Lesben- und Schwulenverband Deutschland, die Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität, die Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche, der sonntags.club und das Transgender-Netzwerk Berlin Stellung genommen.

43. Das Bundesministerium des Innern hält die Rechtslage für verfassungsgemäß. Die „kleine Lösung“ sei eingeführt worden, um den Betroffenen zu ermöglichen, möglichst schnell in der

Rolle des anderen Geschlechts auftreten zu können. Außerdem solle den Betroffenen geholfen werden, die keine Operation auf sich nehmen wollen. Die „kleine Lösung“ habe jedoch gerade keine Auswirkung auf die personenstandsrechtliche Geschlechtszugehörigkeit, sondern stelle vielmehr ein Zugeständnis an die Betroffenen dar. Die Ehe als Verbindung von Mann und Frau stünde nur Personen unterschiedlichen Geschlechts, die Lebenspartnerschaft dagegen nur Personen gleichen Geschlechts offen. Die rechtliche Zuordnung zu einem Geschlecht könne zwar bei einer Abweichung vom psychisch empfundenen Geschlecht zu Härten führen. Die Ordnungsfunktion des Personenstandsrechts verlange jedoch ein rechtlich klar umschriebenes Kriterium für die Einordnung der Geschlechtszugehörigkeit. Ein kaum feststellbares, nur empfundenes Geschlecht taue dafür ebenso wenig wie das bloße Aussehen oder das Verhalten eines Menschen. Darum habe der Gesetzgeber die personenstandsrechtliche Anerkennung des neuen Geschlechts an die „große Lösung“ geknüpft und ein besonderes Verfahren angeordnet.

44. Zwar gelte es grundsätzlich, den falschen Anschein zu vermeiden, dass die Ehe auch gleichgeschlechtlichen Partnern offen stehe. Durch die zur Vermeidung von Härten angebotene „kleine Lösung“ ließen sich die Grundsätze der Verschiedengeschlechtlichkeit der Ehe und der rechtlich klaren, objektiven Anknüpfung zur Feststellung des rechtlich maßgeblichen Geschlechts jedoch nicht in jedem Fall miteinander vereinbaren. Ein solcher Fall sei beispielsweise gegeben, wenn ein bereits verheirateter Transsexueller einen anderen Vornamen annehmen wolle. Der Grundsatz, den Anschein der Verschiedengeschlechtlichkeit der Ehe zu wahren, müsse in einem solchen Fall hinter der klaren Feststellung des Geschlechts zurückstehen.

45. Demgegenüber halten das Land Berlin, der Lesben- und Schwulenverband Deutschland, die Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität, die Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche, der sonntags.club und das Transgender-Netzwerk Berlin die Verfassungsbeschwerde für begründet. Sie betonen, die aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage zur personenstandsrechtlichen Anerkennung erforderliche geschlechtsanpassende Operation übe einen starken Druck auf Transsexuelle mit „kleiner Lösung“ aus, somatische Maßnahmen vornehmen zu lassen, um die als richtig empfundene Lebenspartnerschaft oder Ehe eingehen zu können, auch wenn körperliche Eingriffe vom medizinischen und psychotherapeutischen Standpunkt her nicht angezeigt seien. Das Transsexuellengesetz stelle somatische Maßnahmen über das im Grundgesetz verankerte

Recht auf Selbstbestimmung. Der Zwang zur geschlechtsumwandelnden Operation, um die gewünschte gleichgeschlechtliche Partnerschaft eingehen zu können, sei unzumutbar. Es könne für eine Mann-zu-Frau Transsexuelle als belastend bis dramatisch erlebt werden, aufgrund ihres Verheiratetenstatus „geoutet“ zu werden.

46. Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts müsse der Gesetzgeber Transsexuellen mit homosexueller Orientierung die Möglichkeit eröffnen, eine rechtlich gesicherte Partnerschaft mit einem Menschen seiner Wahl eingehen zu können. Der Gesetzgeber habe bei Schaffung des Transsexuellengesetzes Ehen verhindern wollen, bei denen die Ehegatten rechtlich oder auch nur dem Anschein nach dem gleichen Geschlecht angehören. Damit sei nicht zu vereinbaren, dass der Gesetzgeber homosexuelle Transsexuelle ohne Personenstandsänderung in eine Ehe dränge.

47. Die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG gingen von verfehlten Vorstellungen aus. Der Wunsch nach einer Operation sei nicht notwendig Teil der Transsexualität. Auch ginge es bei der Transsexualität nicht um eine „Umwandlung“ oder um ein „werden wollen“, sondern darum, rechtliche Anerkennung im bereits als richtig erlebten Geschlecht zu finden.

B.

48. Die Verfassungsbeschwerde ist zulässig. Insbesondere ist das Rechtsschutzbedürfnis der Beschwerdeführerin nicht deshalb entfallen, weil sie inzwischen die Ehe eingegangen ist.

49. Die Beeinträchtigung der geschlechtlichen Identität der Beschwerdeführerin durch die rechtliche Nichtanerkennung ihres empfundenen Geschlechts und die ihr damit nicht eröffnete Möglichkeit, eine eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen, setzt sich auch nach ihrer Eheschließung fort (vgl. BVerfGE 33, 247 <257 f.>; 69, 161 <168>; 81, 138 <140 f.>). Nachvollziehbar hat die Beschwerdeführerin erklärt, nur deshalb die Ehe eingegangen zu sein, weil sie angesichts ihres Alters und des sich hinziehenden Verfahrens nicht mehr länger habe abwarten können, ihre Partnerschaft rechtlich abzusichern. Ihr und ihrer Partnerin war es insoweit nicht zumutbar, ihr Bedürfnis nach gegenseitiger Absicherung und Versorgung weiter hintanzustellen. Dass die Fachgerichte und das Bundesverfassungsgericht schwierige Fragen oft nicht in kurzer Zeit entscheiden können, darf nicht dazu führen, dass eine Verfassungsbeschwerde wegen des Zeitablaufs und hierbei eintretender Veränderungen als

unzulässig verworfen wird (vgl. BVerfGE 81, 138 <140>). Weil der Beschwerdeführerin zur Absicherung ihrer Partnerschaft allein die Ehe offengestanden hat, ist sie zudem dadurch, dass sie in der ehelichen Beziehung zu ihrer Partnerin rechtlich ihrem Geburtsgeschlecht zugeordnet bleibt, weiterhin in ihrem eigenen Identitätsempfinden als Frau betroffen und damit konfrontiert, dass ihre Transsexualität aufgrund der ehelichen Verbindung mit ihrer Partnerin offenkundig geworden ist.

C.

50. § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG ist mit Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG nicht vereinbar, soweit die dort geregelten Voraussetzungen einen homosexuellen Transsexuellen, der die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 TSG erfüllt, mittelbar daran hindern, eine eingetragene Lebenspartnerschaft zu begründen.

I.

51. Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG schützt mit der engeren persönlichen Lebenssphäre auch den intimen Sexualbereich des Menschen, der die sexuelle Selbstbestimmung und damit auch das Finden und Erkennen der eigenen geschlechtlichen Identität sowie der eigenen sexuellen Orientierung umfasst (vgl. BVerfGE 115, 1 <14>; 121, 175 <190>). Es ist wissenschaftlich gesichertes Erkenntnis, dass die Zugehörigkeit eines Menschen zu einem Geschlecht nicht allein nach den äußerlichen Geschlechtsmerkmalen im Zeitpunkt seiner Geburt bestimmt werden kann, sondern sie wesentlich auch von seiner psychischen Konstitution und selbstempfundenen Geschlechtlichkeit abhängt (vgl. BVerfGE 115, 1 <15>). Steht bei einem Transsexuellen das eigene Geschlechtsempfinden nachhaltig in Widerspruch zu dem ihm rechtlich nach den äußeren Geschlechtsmerkmalen zugeordneten Geschlecht, gebieten es die Menschenwürde in Verbindung mit dem Grundrecht auf Schutz der Persönlichkeit, dem Selbstbestimmungsrecht des Betroffenen Rechnung zu tragen und seine selbstempfundene geschlechtliche Identität rechtlich anzuerkennen, um ihm damit zu ermöglichen, entsprechend dem empfundenen Geschlecht leben zu können, ohne in seiner Intimsphäre durch den Widerspruch zwischen seinem dem empfundenen Geschlecht angepassten Äußeren und seiner rechtlichen Behandlung bloßgestellt zu werden (vgl. BVerfGE 116, 243 <264>). Es obliegt dem Gesetzgeber, die Rechtsordnung so auszugestalten, dass diese Anforderungen erfüllt sind und insbesondere die rechtliche Zuordnung zum nachhaltig empfundenen Geschlecht nicht von unzumutbaren Voraussetzungen abhängig gemacht wird.

52. Mit diesen Grundsätzen ist es nicht vereinbar, wenn Transsexuelle mit gleichgeschlechtlicher Orientierung, zur rechtlichen Absicherung ihrer Partnerschaft entweder die Ehe eingehen oder sich geschlechtsändernden und die Zeugungsunfähigkeit herbeiführenden operativen Eingriffen aussetzen müssen, um personenstandsrechtlich im empfundenen Geschlecht anerkannt zu werden und damit eine eingetragene Lebenspartnerschaft begründen zu können, die seiner als gleichgeschlechtlich empfundenen Partnerbeziehung entspricht. Die personenstandsrechtliche Anerkennung des empfundenen Geschlechts darf nicht von Voraussetzungen abhängig gemacht werden, die schwere Beeinträchtigungen der körperlichen Unversehrtheit bedingen und mit gesundheitlichen Risiken verbunden sind, wenn diese nach wissenschaftlichem Kenntnisstand keine notwendige Voraussetzung einer dauerhaften und erkennbaren Änderung der Geschlechtszugehörigkeit sind.

53. Zu der von Art. 2 Abs. 1 GG geschützten freien Persönlichkeitsentfaltung gehört das Recht jedes Menschen, mit einer Person seiner Wahl eine dauerhafte Partnerschaft einzugehen und diese in einem der dafür gesetzlich vorgesehenen Institute rechtlich abzusichern (vgl. BVerfGE 115, 1 <24>). Dem verfassungsrechtlichen Gebot des Art. 6 Abs. 1 GG entsprechend ist dies zum einen durch Eingehen der Ehe möglich, die verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht (vgl. BVerfGE 105, 313 <344 f.>). Zum anderen hat der Gesetzgeber für gleichgeschlechtliche Partnerschaften das Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaft geschaffen. Der Zugang zum jeweiligen Institut bestimmt sich insofern im deutschen Recht derzeit nach der Geschlechterkonstellation der Paare, die sich jeweils miteinander rechtlich verbinden wollen, nicht nach deren sexueller Orientierung, auch wenn die Entscheidung einer Person für eine Ehe oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft regelmäßig mit ihrer sexuellen Orientierung verbunden ist (vgl. BVerfGE 124, 199 <221>). Dabei ist das personenstandsrechtlich festgestellte Geschlecht der Partner zum Zeitpunkt des Eingehens der rechtlichen Verbindung maßgeblich. Die ausschließlich am rechtlich zugewiesenen Geschlecht ausgerichtete Unterscheidung der beiden vom Gesetzgeber eröffneten Möglichkeiten für Paare, sich rechtlich zu binden, ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden (vgl. BVerfGE 115, 1 <23>; 121, 175 <195>). Sie ermöglicht eine objektive und einfache Feststellung der Zugangsvoraussetzungen für Ehe und Lebenspartnerschaft, vermeidet, dass die Partner vor Eingehen der Ehe oder Lebenspartnerschaft Intimes über ihr Geschlechtsempfinden oder ihre sexuellen Neigungen preisgeben müssen, und dient damit dem Schutz der Privatsphäre (vgl. BVerfGE 107, 27 <53>).

54. Dass für die Eröffnung von Ehe oder Lebenspartnerschaft das jeweilige personenstandsrechtliche Geschlecht der Partner ausschlaggebend ist, beeinträchtigt aber dann das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG, wenn bei der rechtlichen Bestimmung der Geschlechtszugehörigkeit einer Person allein auf das nach ihren äußeren Geschlechtsmerkmalen bestimmte und nicht auf das von ihr empfundene, durch Gutachten bestätigte Geschlecht abgestellt wird und eine bestehende Diskrepanz zwischen der personenstandsrechtlichen Geschlechtszugehörigkeit und dem empfundenen Geschlecht nicht in einer für den Betroffenen zumutbaren Weise beseitigt werden kann, sodass diesem zur Absicherung seiner Partnerschaft nur ein Institut offen steht, bei dessen Eingehen er nach seinem Empfinden im falschen Geschlecht leben muss.

55. Dies ist bei einem Transsexuellen mit homosexueller Orientierung der Fall, der zwar die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 TSG erfüllt, sich aber einer die äußeren Geschlechtsmerkmale verändernden und seine Zeugungsunfähigkeit herbeiführenden Operation nicht unterzogen hat, die nach § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG erforderlich ist, um im selbstempfundenen Geschlecht personenstandsrechtlich anerkannt zu werden. So empfindet sich eine Mann-zu-Frau Transsexuelle mit „kleiner Lösung“ wie die Beschwerdeführerin als Frau und hat entsprechend auch ihren Namen und ihr Äußeres dem empfundenen Geschlecht angepasst, wird aber personenstandsrechtlich weiter als Mann behandelt. Wie die Fachgerichte im zugrundeliegenden Fall der geltenden Gesetzeslage entsprechend festgestellt haben, ist es der Beschwerdeführerin deshalb nicht möglich gewesen, zur rechtlichen Absicherung ihrer nach ihrem Empfinden gleichgeschlechtlichen Beziehung zu einer Frau eine eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen, obwohl dieses Institut vom Gesetzgeber gerade für gleichgeschlechtliche Paare geschaffen worden ist, um die Ehe als Verbindung von Mann und Frau verschiedengeschlechtlichen Paaren vorzubehalten (vgl. BVerfGE 115, 1 <18>). Will sich eine Mann-zu-Frau Transsexuelle mit ihrer Partnerin rechtlich verbinden, steht sie deshalb vor der Alternative, entweder mit ihrer Partnerin die Ehe einzugehen (aa) oder an sich geschlechtsändernde und zur Zeugungsunfähigkeit führende Operationen vornehmen zu lassen, um die personenstandsrechtliche Anerkennung des empfundenen Geschlechts zu erreichen und damit die Voraussetzung für die Begründung einer ihrer homosexuellen Beziehung entsprechenden eingetragenen Lebenspartnerschaft zu erfüllen (bb). Beide ihr offen stehenden Möglichkeiten beeinträchtigen ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung in unzumutbarer Weise.

56. Mit dem Verweis auf den Eheschluss als Möglichkeit, seine Partnerschaft rechtlich abzusichern, wird ein Transsexueller mit sogenannter „kleiner Lösung“ und gleichgeschlechtlicher Orientierung rechtlich und nach außen erkennbar in eine Geschlechterrolle verwiesen, die seiner selbstempfundenen widerspricht. Zugleich wird seine Transsexualität offenkundig. Dies entspricht nicht dem Gebot des Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG auf Anerkennung der selbst- empfundenen geschlechtlichen Identität eines Menschen und auf Schutz seiner Intimsphäre.

57. Steht die Ehe wie in einigen europäischen Ländern sowohl verschieden- wie gleichgeschlechtlichen Paaren offen (siehe A. I. 4.), lassen sich aus dem Eingehen einer Ehe keine Rückschlüsse auf die Geschlechtszugehörigkeit oder sexuelle Orientierung der

Ehepartner ziehen. Hält die Rechtsordnung dagegen wie in Deutschland neben der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft ein weiteres Institut zur Absicherung einer rechtlich verbindlichen Partnerschaft bereit und grenzt sie die beiden Institute voneinander allein nach dem Geschlechterverhältnis der Partner ab, erfolgt mit der Zuweisung zu dem jeweiligen Institut auch eine Zuschreibung der Geschlechterrollen in der Partnerschaft. So nimmt allein schon die Benennung als Ehegatten oder Lebenspartner Einfluss auf die Selbst- und Fremdwahrnehmung der jeweiligen Partner und ihrer Beziehung. Wird ein Transsexueller mit „kleiner Lösung“ und gleichgeschlechtlicher Orientierung darauf verwiesen, zur rechtlichen Absicherung seiner Partnerschaft die Ehe einzugehen, und folgt er dem gezwungenermaßen, weil geschlechtsändernde Operationen bei ihm nicht in Betracht kommen, er aber nicht auf eine rechtliche Bindung mit seinem Partner verzichten möchte, setzt er sich deshalb einer Infragestellung seiner geschlechtlichen Identität wie seiner sexuellen Orientierung aus. Zum einen gerät er in Zwiespalt zwischen dem durch die Eheschließung vermittelten Eindruck seiner Geschlechtszugehörigkeit und seines, dem entgegenstehenden eigenen Geschlechtsempfindens. Zum anderen wird ihm in der Ehe als heterosexueller Verbindung eine Rolle zugeschrieben, die seiner sexuellen Orientierung widerspricht.

58. Zwar kann der Transsexuelle auch nach Eheschluss seinen nach § 1 TSG geänderten, mit seinem empfundenen Geschlecht in Einklang stehenden Namen behalten (vgl. BVerfGE 115, 1 ff.). Doch gerade dieser Name und sein dem geschlechtlichen Empfinden angepasstes äußeres Erscheinungsbild, das seine Beziehung zu seinem angetrauten Partner als gleichgeschlechtlich offenbart, stellen ihn und seinen Partner wiederum permanent in Widerspruch zu ihrem Status als Verheiratete. Sie erscheinen als Paar, das eigentlich in der Ehe fehl am Platz ist. Offenkundig wird, dass es sich bei einem von ihnen um einen Transsexuellen handeln muss. Aufgrund der Diskrepanz zwischen ihrer ehelichen Verbundenheit und ihrer erkennbar gleichgeschlechtlichen Beziehung müssen beide auch immer wieder damit rechnen, auf ihre Geschlechtszugehörigkeit angesprochen zu werden. Zwar mag es im Alltag vermeidbar sein, sich als Ehegatten zu erkennen zu geben. Es kann den Betroffenen aber verfassungsrechtlich nicht zugemutet werden, den ihnen rechtlich zugewiesenen Status nach außen verheimlichen zu müssen, um mit der von ihnen empfundenen Geschlechterrolle in Einklang zu leben. Der Schutz der Intimsphäre des Transsexuellen und seines Partners vor ungewollten Einblicken durch Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG bleibt damit nicht hinreichend gewahrt (vgl. BVerfGE 88,

87 <97 f.>). Es ist beiden deshalb nicht zumutbar, zur Absicherung ihrer Beziehung auf die Ehe verwiesen zu werden.

59. Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass der Gesetzgeber beim Zugang zu einer eingetragenen Lebenspartnerschaft auch bei Transsexuellen mit homosexueller Orientierung auf das personenstandsrechtlich festgestellte Geschlecht der Partner abstellt und die personenstandsrechtliche Geschlechtsbestimmung von objektivierbaren Voraussetzungen abhängig macht. Es verstößt jedoch gegen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG, wenn er die personenstandsrechtliche Anerkennung eines Transsexuellen an zu hohe und damit unzumutbare Voraussetzungen knüpft.

60. Eine eingetragene Lebenspartnerschaft steht nur gleichgeschlechtlichen Paaren offen. Zu ihnen zählt sich zwar ein homosexueller Transsexueller mit seinem Partner. Solange er aber in seinem empfundenen Geschlecht noch keine personenstandsrechtliche Anerkennung gefunden hat, wird seine Beziehung rechtlich nicht als gleichgeschlechtlich gewertet. Er kann eine seinem Empfinden entsprechende Lebenspartnerschaft nur eingehen, wenn er zuvor die Voraussetzungen erfüllt hat, von denen der Gesetzgeber eine Änderung des Personenstandes abhängig gemacht hat. Das Anknüpfen an das personenstandsrechtlich festgestellte Geschlecht dient der eindeutigen Geschlechtszuordnung der Partner bei der Prüfung, ob ihnen Zugang zur eingetragenen Lebenspartnerschaft zu gewähren ist. Der Gesetzgeber verfolgt ein legitimes Ziel, wenn er mit dem Erfordernis eines personenstandsrechtlichen Nachweises des Geschlechts dafür Sorge tragen will, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft nur Partnern offen steht, die rechtlich als gleichgeschlechtlich anerkannt sind (vgl. BVerfGE 105, 313 <351 f.>).

61. Der Gesetzgeber kann bei der Bestimmung der Geschlechtszugehörigkeit eines Menschen grundsätzlich von dessen äußeren Geschlechtsmerkmalen zum Zeitpunkt der Geburt ausgehen und die personenstandsrechtliche Anerkennung des im Widerspruch dazu stehenden empfundenen Geschlechts eines Menschen von bestimmten Voraussetzungen abhängig machen. Da das Geschlecht maßgeblich für die Zuweisung von Rechten und Pflichten sein kann und von ihm familiäre Zuordnungen abhängig sind, ist es ein berechtigtes Anliegen des Gesetzgebers, dem Personenstand Dauerhaftigkeit und Eindeutigkeit zu verleihen, ein Auseinanderfallen von biologischer und rechtlicher Geschlechtszugehörigkeit möglichst zu

vermeiden und einer Änderung des Personenstands nur stattzugeben, wenn dafür tragfähige Gründe vorliegen und ansonsten verfassungsrechtlich verbürgte Rechte unzureichend gewahrt würden. Dabei kann er, um beliebige Personenstandswechsel auszuschließen, einen auf objektivierte Kriterien gestützten Nachweis verlangen, dass die selbstempfundene Geschlechtszugehörigkeit, die dem festgestellten Geschlecht zuwiderläuft, tatsächlich von Dauer und ihre Anerkennung für den Betroffenen von existentieller Bedeutung ist.

62. Dementsprechend setzt der Gesetzgeber für eine personenstandsrechtliche Änderung des Geschlechts nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 TSG unter Bezugnahme auf § 1 Abs. 1 TSG zunächst voraus, dass eine Person, die sich dem anderen als dem festgestellten Geschlecht zugehörig fühlt, durch zwei Gutachten voneinander unabhängiger Sachverständiger, die über einschlägige fachliche Kenntnisse und berufliche Erfahrungen auf dem Gebiet der Transsexualität verfügen, nachweist, mindestens seit drei Jahren unter dem Zwang zu stehen, den Vorstellungen über ihr Geschlecht entsprechend zu leben. Des Weiteren muss mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen sein, dass sich das Zugehörigkeitsempfinden zum anderen Geschlecht nicht mehr ändern wird. Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, die personenstandsrechtliche Anerkennung an solche Voraussetzungen zu knüpfen.

63. Zwar kann der Gesetzgeber näher bestimmen, wie der Nachweis der Stabilität und Irreversibilität des Empfindens und Lebens eines Transsexuellen im anderen Geschlecht zu führen ist. Dabei kann er auch über die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 TSG hinaus seine Anforderungen, zum Beispiel an die medizinische Begleitung des Transsexuellen, an sein Erscheinungsbild oder an die Qualität der Begutachtung, spezifizieren. Der Gesetzgeber stellt aber an den Nachweis der Dauerhaftigkeit des Empfindens und Lebens im anderen Geschlecht zu hohe, dem Betroffenen unzumutbare und insofern mit Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG unvereinbare Anforderungen, wenn er in § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG zur personenstandsrechtlichen Anerkennung des empfundenen Geschlechts von einem Transsexuellen unbedingt und ausnahmslos verlangt, sich Operationen zu unterziehen, die seine Geschlechtsmerkmale verändern und zur Zeugungsunfähigkeit führen (vgl. auch Österreichischer Verfassungsgerichtshof, Urteil vom 3. Dezember 2009 - B 1973/08-13 -, S. 8 ff.).

64. Um feststellen und nachweisen zu können, ob der transsexuelle Wunsch wirklich stabil und irreversibel ist, bedarf es nach heutigem medizinischen Kenntnisstand (vgl. A. I. 5. a) bis

c) eines längeren diagnostisch-therapeutischen Prozesses. Für ein Leben des Betroffenen im anderen Geschlecht ist eine Angleichung seiner äußeren Erscheinung und Anpassung seiner Verhaltensweise an sein empfundenes Geschlecht erforderlich. Dies wird zunächst nur durch entsprechende Kleidung, Aufmachung und Auftretensweise herbeigeführt, um im Alltag zu testen, ob ein dauerhafter Wechsel der Geschlechterrolle psychisch überhaupt bewältigt werden kann. Gelingt dies, unterzieht sich der Transsexuelle zumeist einer dauerhaften hormonellen Behandlung, die körperliche Eigenschaften des Geburtsgeschlechts wie Bartwuchs, Ejakulation oder Menstruation auszuschalten vermag, eine optische Angleichung des Körpers an das empfundene Geschlecht bewirkt und Unfruchtbarkeit mit sich bringen kann. Schließlich kann als weitestgehender Behandlungsschritt ein operativer Eingriff in Betracht kommen, bei dem die äußeren Geschlechtsmerkmale dem empfundenen Geschlecht des Transsexuellen angepasst werden, wodurch auch seine Zeugungsunfähigkeit herbeigeführt wird. Nicht selten hat eine solche Operation zur Folge, dass noch weitere Korrekturoperationen erforderlich werden. Nach geschlechtsändernden Operationen muss lebenslang eine Hormonbehandlung durchgeführt werden.

65. Eine Operation, mit der die Geschlechtsmerkmale eines Menschen großteils entfernt beziehungsweise so umgeformt werden, dass sie im Aussehen dem empfundenen Geschlecht möglichst weitgehend entsprechen, stellt eine massive Beeinträchtigung der von Art. 2 Abs. 2 GG geschützten körperlichen Unversehrtheit mit erheblichen gesundheitlichen Risiken und Nebenwirkungen für den Betroffenen dar. Je nach Gesundheitszustand und Alter können diese Risiken so groß sein, dass medizinischerseits von einer derartigen Operation abzuraten ist. Zwar gehört es bei vielen Transsexuellen zur Therapie, ihnen ihren Leidensdruck zu erleichtern, der aus dem Gefühl herrührt, körperlich im falschen Geschlecht zu leben, und ihnen entsprechend ihrem Wunsch und Drang auch durch operative Eingriffe zu ermöglichen, ihrem empfundenen Geschlecht näherzukommen und sich diesem anzupassen. Es ist jedoch unzumutbar, von einem Transsexuellen zu verlangen, dass er sich derartigen risikoreichen, mit möglicherweise dauerhaften gesundheitlichen Schädigungen und Beeinträchtigungen verbundenen Operationen unterzieht, wenn sie medizinisch nicht indiziert sind, um damit die Ernsthaftigkeit und Dauerhaftigkeit seiner Transsexualität unter Beweis zu stellen und die personenstandsrechtliche Anerkennung im empfundenen Geschlecht zu erhalten.

66. Wie das Bundesverfassungsgericht schon in seiner Entscheidung vom 6. Dezember 2005 (BVerfGE 115, 1) festgestellt hat, kann angesichts des heutigen wissenschaftlichen

Erkenntnisstandes nicht mehr davon ausgegangen werden, dass das Vorliegen ernsthaft und unumstößlich empfundener Transsexualität allein daran festgestellt werden kann, dass der Betroffene mit allen Mitteln bestrebt ist, seine Geschlechtsorgane und -merkmale als Irrtum der Natur durch operative Geschlechtsumwandlung zu korrigieren. Vielmehr ist die Fachwelt inzwischen zu der Erkenntnis gelangt, dass geschlechtsumwandelnde Operationen auch bei einer weitgehend sicheren Diagnose der Transsexualität nicht stets indiziert sind. Ob eine Geschlechtsumwandlung medizinisch vertretbar und anzuraten ist, muss nach medizinischer Diagnose bei jedem Betroffenen individuell festgestellt werden (vgl. BVerfGE 115, 1 <21>). Die Dauerhaftigkeit und Irreversibilität des empfundenen Geschlechts eines Transsexuellen lässt sich nicht am Grad der Anpassung seiner äußeren Geschlechtsmerkmale an das empfundene Geschlecht mittels operativer Eingriffe messen, sondern ist daran festzustellen, wie konsequent der Transsexuelle in seinem empfundenen Geschlecht lebt und sich in ihm angekommen fühlt (vgl. Becker/Berner/Dannecker/Richter-Appelt, a.a.O., S. 258 <260 f.>). Durchgeführte geschlechtsumwandelnde Operationen sind deshalb zwar ein deutliches Indiz für die Transsexualität einer Person. Werden sie aber zur unbedingten Voraussetzung für die personenstandsrechtliche Anerkennung gemacht, wird von einem Transsexuellen verlangt, sich körperlichen Eingriffen auszusetzen und gesundheitliche Beeinträchtigungen hinzunehmen, auch wenn dies in seinem Fall nicht indiziert und dazu für die Feststellung der Dauerhaftigkeit seiner Transsexualität nicht erforderlich ist. Damit setzt der Gesetzgeber an den Nachweis des dauerhaften Vorliegens einer Transsexualität eine übermäßige Anforderung, die den zu schützenden Grundrechten der Betroffenen aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG und aus Art. 2 Abs. 2 GG nicht hinreichend Rechnung trägt.

67. Im Übrigen verlangt der Gesetzgeber auch in anderen Fällen keine Operationen, um eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der rechtlichen Geschlechtszugehörigkeit einer Person und ihren äußeren Geschlechtsmerkmalen sicherzustellen. So eröffnet § 9 Abs. 3 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 TSG Transsexuellen nach geschlechtsverändernden Operationen die Möglichkeit, die personenstandsrechtliche Anerkennung ihres Wunschgeschlechts wieder rückgängig zu machen und in ihr Geburtsgeschlecht zurückzukehren, ohne dass dafür erneute geschlechtsanpassende Operationen zur Voraussetzung gemacht werden. Damit akzeptiert der Gesetzgeber, dass nicht alle Angehörigen einer Geschlechtszugehörigkeit hinsichtlich ihrer äußeren Geschlechtsmerkmale dem Aussehen dieses Geschlechts vollständig entsprechen.

68. Auch mit der dauernden Fortpflanzungsunfähigkeit hat der Gesetzgeber in § 8 Abs. 1 Nr. 3 TSG eine unzumutbare Voraussetzung für die personenstandsrechtliche Anerkennung des empfundenen Geschlechts eines Transsexuellen gesetzt, soweit für die Dauerhaftigkeit der Fortpflanzungsunfähigkeit operative Eingriffe zur Voraussetzung gemacht werden. Die Realisierung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG wird damit von der Preisgabe des Rechts auf körperliche Unversehrtheit abhängig gemacht, ohne dass Gründe von hinreichendem Gewicht vorliegen, die die hierdurch bei den betroffenen Transsexuellen entstehenden Grundrechtsbeeinträchtigungen rechtfertigen könnten (vgl. BVerfGE 121, 175 <202>).

69. Die Fortpflanzungsfähigkeit des Menschen steht unter dem Schutz des Art. 2 Abs. 2 GG und ist Bestandteil des Rechts auf körperliche Unversehrtheit (vgl. BVerfGE 79, 174 <201 f.>). Wird einem Transsexuellen auferlegt, sich zur Erlangung der personenstandsrechtlichen Anerkennung im empfundenen Geschlecht operativen Eingriffen zu unterziehen, die seine dauernde Fortpflanzungsunfähigkeit herbeiführen, bringt ihn dies in die Zwangssituation, entweder dies abzulehnen, damit aber auf seine rechtliche Anerkennung im empfundenen Geschlecht verzichten zu müssen, was ihn dazu zwingt, dauerhaft im Widerspruch zu seiner rechtlichen Geschlechtszugehörigkeit zu leben, oder folgenreiche Operationen hinzunehmen, die nicht nur körperliche Veränderungen und Funktionsverluste für ihn mit sich bringen, sondern auch sein menschliches Selbstverständnis berühren, um auf diesem einzig möglichen Weg zu seiner personenstandsrechtlichen Anerkennung im empfundenen Geschlecht zu gelangen. Welche Entscheidung der Betroffene auch trifft, er wird stets in wesentlichen Grundrechten, die seine psychische oder körperliche persönliche Integrität betreffen, beeinträchtigt.

70. Die für diese zwangsläufige und schwere Grundrechtsbeeinträchtigung angeführten Gründe tragen nicht. Allerdings verfolgt der Gesetzgeber ein berechtigtes Anliegen, wenn er mit der dauernden Fortpflanzungsunfähigkeit als Voraussetzung für die personenstandsrechtliche Anerkennung des empfundenen Geschlechts ausschließen will, dass rechtlich dem männlichen Geschlecht zugehörige Personen Kinder gebären oder rechtlich dem weiblichen Geschlecht zugehörige Personen Kinder zeugen, weil dies dem Geschlechtsverständnis widerspräche und weitreichende Folgen für die Rechtsordnung hätte (vgl. BTDrucks 8/2947, S. 12).

71. Es trifft zwar zu, dass solche Möglichkeiten eintreten können, wenn bei der personenstandsrechtlichen Anerkennung des empfundenen Geschlechts auf die Voraussetzung der dauernden Fortpflanzungsunfähigkeit verzichtet wird. Bei Frau-zu-Mann Transsexuellen wird dies jedoch nur in seltenen Fällen vorkommen, weil sie ganz überwiegend heterosexuell orientiert sind (vgl. Becker, in: Kockott/Fahrner, a.a.O., S. 162). Demgegenüber ist bei Mann-zu-Frau Transsexuellen mit homosexueller Orientierung, wenn die Zeugungsunfähigkeit nicht zur Voraussetzung für ihre personenstandsrechtliche Anerkennung als Frau gemacht wird, nicht auszuschließen, dass sie als dann rechtlich eingestufte Frauen Kinder zeugen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass schon die hormonelle Behandlung, die zur Therapie von Transsexuellen zumeist durchgeführt wird, eine mindestens zeitweilige Zeugungsunfähigkeit bewirkt. Zudem ist angesichts des Entwicklungsstandes der heutigen Fortpflanzungsmedizin selbst bei einem Festhalten an dem Erfordernis der dauernden Fortpflanzungsunfähigkeit nicht mehr auszuschließen, dass eine Mann-zu-Frau Transsexuelle, die sich entsprechenden Operationen unterzogen hat und personenstandsrechtlich als Frau ausgewiesen wird, später mit Hilfe ihres vor der Operation eingefrorenen Spermas ein Kind zeugt, wie ein vor dem Oberlandesgericht Köln entschiedener Fall zeigt (vgl. OLG Köln, Beschluss vom 30. November 2009 - 16 Wx 94/09 -, StAZ 2010, S. 45).

72. Solche Fälle des Auseinanderfallens von rechtlicher Geschlechtszuordnung und Erzeuger-beziehungsweise Gebärendenrolle, die angesichts der kleinen Gruppe transsexueller Menschen eher selten vorkommen werden, berühren vornehmlich die Zuordnung der geborenen Kinder zu Vater und Mutter. Es ist ein berechtigtes Anliegen, Kinder ihren biologischen Eltern auch rechtlich so zuzuweisen, dass ihre Abstammung nicht im Widerspruch zu ihrer biologischen Zeugung auf zwei rechtliche Mütter oder Väter zurückgeführt wird. Wie § 11 TSG zeigt, ist eine solche klare, den biologischen Umständen entsprechende rechtliche Zuordnung von Kindern zu einem Vater und einer Mutter aber gesetzlich schon vorgesehen. Die Regelung bestimmt, dass das Verhältnis eines nach § 8 TSG rechtlich anerkannten Transsexuellen zu seinen Abkömmlingen unberührt bleibt, bei angenommenen Kindern jedoch nur, soweit diese vor Rechtskraft der Entscheidung über die Anerkennung seines neuen Geschlechts als Kind angenommen worden sind. Nach § 10 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 TSG ist deshalb im Geburtseintrag eines leiblichen oder eines vor seiner rechtlichen Anerkennung angenommenen Kindes der Vorname des Transsexuellen einzutragen, der vor seiner Namensänderung nach § 1 TSG rechtlich maßgebend war. Nach Ansicht des Oberlandesgerichts Köln ist § 11 TSG in Verbindung mit §§ 10 und 5 Abs. 3

TSG dahingehend auszulegen, dass dies unabhängig davon gilt, ob das leibliche Kind vor oder nach der rechtlichen Anerkennung seines Elternteils im empfundenen Geschlecht geboren worden ist (vgl. OLG Köln, a.a.O., S. 46). Damit ist sichergestellt, dass den betroffenen Kindern trotz der rechtlichen Geschlechtsänderung eines Elternteils rechtlich immer ein Vater und eine Mutter zugewiesen bleiben beziehungsweise werden. Wägt man insofern die Gründe, die den Gesetzgeber bewogen haben, die dauernde Fortpflanzungsunfähigkeit zur Voraussetzung für die rechtliche Anerkennung im empfundenen Geschlecht nach § 8 TSG zu machen, mit den schwerwiegenden Grundrechtsbeeinträchtigungen des Transsexuellen ab, die er dadurch erfährt, dass er nur dann die rechtliche Anerkennung in seinem empfundenen Geschlecht erhält, wenn er sich Operationen unterzieht, die tief in seine körperliche Integrität eingreifen, selbst wenn diese medizinisch nicht indiziert sind und bei Mann-zu-Frau Transsexuellen zudem oft schon aufgrund von Hormonbehandlungen Zeugungsunfähigkeit besteht, dann ist dem Recht des Transsexuellen auf sexuelle Selbstbestimmung unter Wahrung seiner körperlichen Unversehrtheit größeres Gewicht beizumessen. Dies gilt zumal, weil es rechtliche Möglichkeiten gibt sicherzustellen, dass Kinder, deren einer Elternteil ein Transsexueller ist, dennoch rechtlich ihrem Vater und ihrer Mutter zugewiesen werden. Damit erweist sich § 8 Abs. 1 TSG nicht nur bezüglich seiner Nr. 4, sondern auch seiner Nr. 3 als verfassungswidrig.

II.

73. Die angegriffenen Entscheidungen des Kammergerichts, des Landgerichts und des Amtsgerichts beruhen mittelbar auf der verfassungswidrigen Norm und verletzen die Beschwerdeführerin in ihrem Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG. Der Beschluss des Kammergerichts ist gemäß § 95 Abs. 2 BVerfGG aufzuheben und die Sache an das Kammergericht zur Entscheidung über die Verfahrenskosten zurückzuverweisen.

D.

74. Die Verfassungswidrigkeit von § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG führt nicht zur Nichtigkeit, sondern zur Unvereinbarkeit dieser Norm mit Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG. Denn der Gesetzgeber hat, wie ausgeführt, die Möglichkeit, in § 8 Abs. 1 TSG für die personenstandsrechtliche Anerkennung des empfundenen Geschlechts eines Transsexuellen spezifiziertere Voraussetzungen zum Nachweis der Ernsthaftigkeit des Bedürfnisses, im anderen Geschlecht zu leben, als in § 1 Abs. 1 TSG aufzustellen oder kann

eine Gesamtüberarbeitung des Transsexuellenrechts vornehmen, um einen verfassungsgemäßen Rechtszustand herbeizuführen.

75. Angesichts der Schwere der Beeinträchtigung, die ein Transsexueller dadurch erfährt, dass sein empfundenes Geschlecht personenstandsrechtlich nicht anerkannt wird, wenn er die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG nicht erfüllt und deshalb ein Transsexueller eine eingetragene Lebenspartnerschaft nicht eingehen kann, die seiner sexuellen Orientierung entspricht, wird § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung für nicht anwendbar erklärt.

76. Die Entscheidung über die Kosten beruht auf § 34a Abs. 2 BVerfGG.

77. Die Entscheidung ist mit 6:2 Stimmen ergangen. (vgl. www.bundesverfassungsgericht.de, o.S.)

Anlage 5

Modifizierte Version der Harry Benjamin Sex Orientierungs Skala (S.O.S.) für Sexual- und Geschlechtsstörungen sowie Geschlechtsunentschlossenheit bei genetisch männlich geborenen Personen.

Untergliederung in folgende Typen:

Typ 1 - Transvestit - (Pseudo)

Typ 2 - Transvestit - (Fetischistisch)

Typ 3 - Transvestit - (Wirklicher/Wahrer)

Typ 4 - Transsexuell - (Ohne Operation)

Typ 5 - Transsexuell - (Gemäßigt ausgeprägt)

Typ 6 - Transsexuell - (Stark ausgeprägt)

TYP 0

Normale sexuelle Orientierung und Identifikation, heterosexuell, bisexuell oder homosexuell. Die Idee des "*dressing*" (Kleidung des anderen Geschlechts tragen) oder "*Geschlechtswechsels*" sind fremd und unangenehm. Dies betrifft die größte Mehrheit aller Menschen.

TYP I - Tranvestit (Pseudo)

- Geschlechts-"gefühl": Männlich
- Bekleidungsgehnheiten und Sozialleben: Normales männliches Leben. Hat eventuell "Spaß" an "*dressing*". Nicht wirklich TV.
- Sexualobjektwahl und Sexualleben: Für gewöhnlich heterosexuell. Selten bisexuell. Masturbation mit fetisch. Empfindet Schuld. "Befreit sich", kehrt aber wieder zu seinen Geöhnheiten zurück.
- Geschlechtsanpassende Operation (SRS): Wird nicht wirklich in Betracht gezogen.
- Hormon Therapie/Estrogen Therapie: Nicht in Betracht gezogen. / Nicht erforderlich.
- Psychotherapie: Nicht gewollt. Nicht notwendig.
- Bemerkungen: Nur sporadisches Interesse an "*dressing*". Hat selten einen weiblichen Namen wenn "*dressed*".

TYP II - Transvestit (Fetischistisch)

- Geschlechts-"gefühl": Männlich
- Bekleidungsgehnheiten und Sozialleben: Lebt als Mann. "Dressing" periodisch oder zeitweise. "Dressing" unter männlicher Kleidung ("*Underdressing*").
- Sexualobjektwahl und Sexualleben: Für gewöhnlich heterosexuell. Kann bisexuell oder homosexuell sein. "Dressing" und "Geschlechtswechsel" hauptsächlich in Masturbationsfantasien.
- Geschlechtsanpassende Operation (SRS): Erwägt es eventuell in der Fantasie. Sonst ablehnend.
- Hormon Therapie/Estrogen Therapie: Selten interessiert. / Kann helfen den Geschlechtstrieb zu reduzieren.
- Psychotherapie: Kann in günstiger Umgebung erfolgreich sein.
- Bemerkungen: Imitiert eventuell männliche und weibliche Doppelpersönlichkeit mit männlichem und weiblichem Namen.

TYP III - Transvestit - Wirklicher/Wahrer

- Geschlechts-"gefühl": Männlich (aber mit weniger Überzeugung)
- Bekleidungsgehnheiten und Sozialleben: "Dressing" regelmäßig oder so oft wie möglich. Lebt unter Umständen als Frau und wird auch als solche akzeptiert. Trägt eventuell weibliche unter männlicher Kleidung ("*Underdressing*").
- Sexualobjektwahl und Sexualleben: Heterosexuell, außer wenn in Kleidung des anderen Geschlechts. "Dressing" bringt sexuelle Befriedigung und Erleichterung. Schmeisst oft alles hin, kehrt dann aber zu seinen Geohnheiten zurück.
- Geschlechtsanpassende Operation (SRS): Wird abgelehnt, aber die Idee ist verlockend.
- Hormon Therapie/Estrogen Therapie: Reizvoll als Experiment. / Kann zur Diagnose hilfreich sein.
- Psychotherapie: Selbst wenn eine Therapie versucht wird, ist eine Änderung des Zustands nur sehr selten möglich.
- Bemerkungen: Gibt sich eventuell als doppelte Persönlichkeit. Tendiert möglicherweise Richtung Transsexualismus.

TYP IV - Transsexuell - Ohne Operation

- Geschlechts-"gefühl": Unklar, schwankt zwischen TV und TS. Lehnt eventuell jegliches "Geschlecht" ab.
- Bekleidungsgewohnheiten und Sozialleben: "Dressing" so oft wie möglich, allerdings mit ungenügender Erleichterung bezüglich der Geschlechtsstörung. Lebt als Mann oder als Frau.
- Sexualobjektwahl und Sexualleben: Geschlechtstrieb gering. Normalerweise asexuell oder autoerotisch (Lustgewinn und Triebbefriedigung ohne Partnerbezug). Eventuell bisexuell.
- Geschlechtsanpassende Operation (SRS): Verlockend aber nicht notwendig.
- Hormon Therapie/Estrogen Therapie: Wird benötigt zur Beruhigung und zum emotionellen Ausgleich.
- Psychotherapie: Nur als Führung, wird allerdings sehr oft abgelehnt und ist nicht erfolgreich.
- Bemerkungen: Sozialleben ist von den Umständen abhängig. Identifiziert sich oft als "TransGenderist".

TYP V - Wirklich Transsexuell - Gemäßigt ausgeprägt

- Geschlechts-"gefühl": Weiblich, "gefangen" in einem männlichen Körper.
- Bekleidungsgewohnheiten und Sozialleben: Lebt und arbeitet wenn möglich als Frau. Keine ausreichende Erleichterung durch "dressing".
- Sexualobjektwahl und Sexualleben: Geschlechtstrieb gering. Asexuell, autoerotisch oder passiv homosexuell aktiv. War eventuell verheiratet und hat Kinder.
- Geschlechtsanpassende Operation (SRS): Gewünscht.
- Hormon Therapie/Estrogen Therapie: Wird benötigt als Ersatz oder als Vorbereitung zur SRS Operation.
- Psychotherapie: Wird abgelehnt, außer es besteht die Möglichkeit einer Heilung. Erlaubt jedoch psychologische Führung.
- Bemerkungen: Hofft auf und arbeitet für die Operation, wird oft erreicht.

TYP VI - Wirklich Transsexuell - Stark ausgeprägt

- Geschlechts-"gefühl": Weiblich. Totale "psycho-sexuelle" Umkehrung.

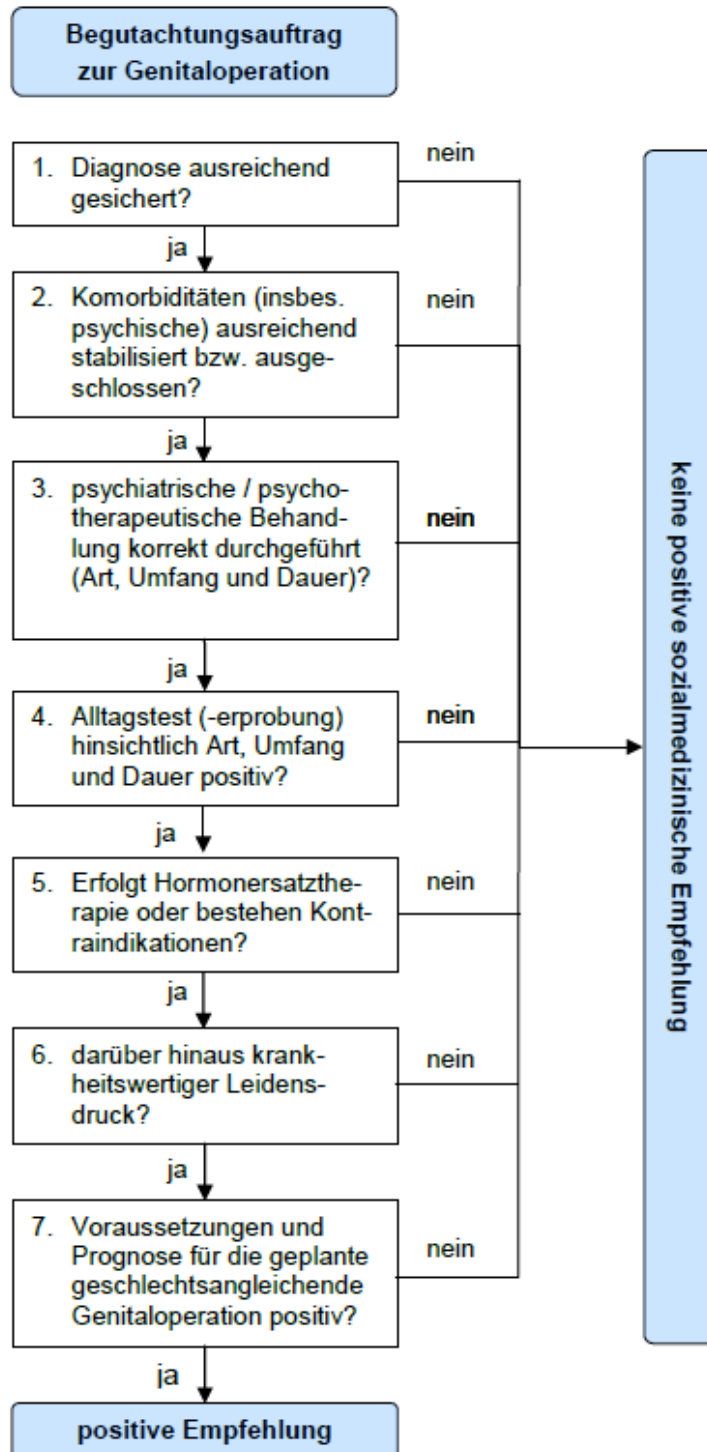
- Bekleidungsgewohnheiten und Sozialleben: Lebt und arbeitet üblicherweise als Frau. Keine Erleichterung durch "dressing". Geschlechtsstörung stark.
- Sexualobjektwahl und Sexualleben: Wünscht sich, in jungen Jahren, stark, Beziehungen zu normalen Männern als Frau. Später geringer Geschlechtstrieb. Heterosexuell, bisexuell oder lesbische Identifizierung. War eventuell verheiratet und hat Kinder.
- Geschlechtsanpassende Operation (SRS): Dringend gewünscht und üblicherweise erreicht.
- Hormon Therapie/Estrogen Therapie: Benötigt für teilweise Erleichterung.
- Psychotherapie: Psychologische Führung oder Psychotherapie nur zur symptomatischen Erleichterung (nur auf die Symptome nicht auf die Krankheitsursache einwirkend).
- Bemerkungen: Verachtet ihre männlichen Sexualorgane. Ernste Gefahr von genitaler Selbstverstümmelung oder sogar Selbstmord bei zu langer Frustration bevor SRS durchgeführt wird.

Original Version: Harry Benjamin © 1966, Julian press
 Modifizierte Version: Anne Curr © 1995, Basic Books
 Ins Deutsche übersetzt 1997 (www.transx.at, o.S.)

Anlage 6

Begutachtungsanleitung Geschlechtsangleichende Maßnahmen bei Transsexualität

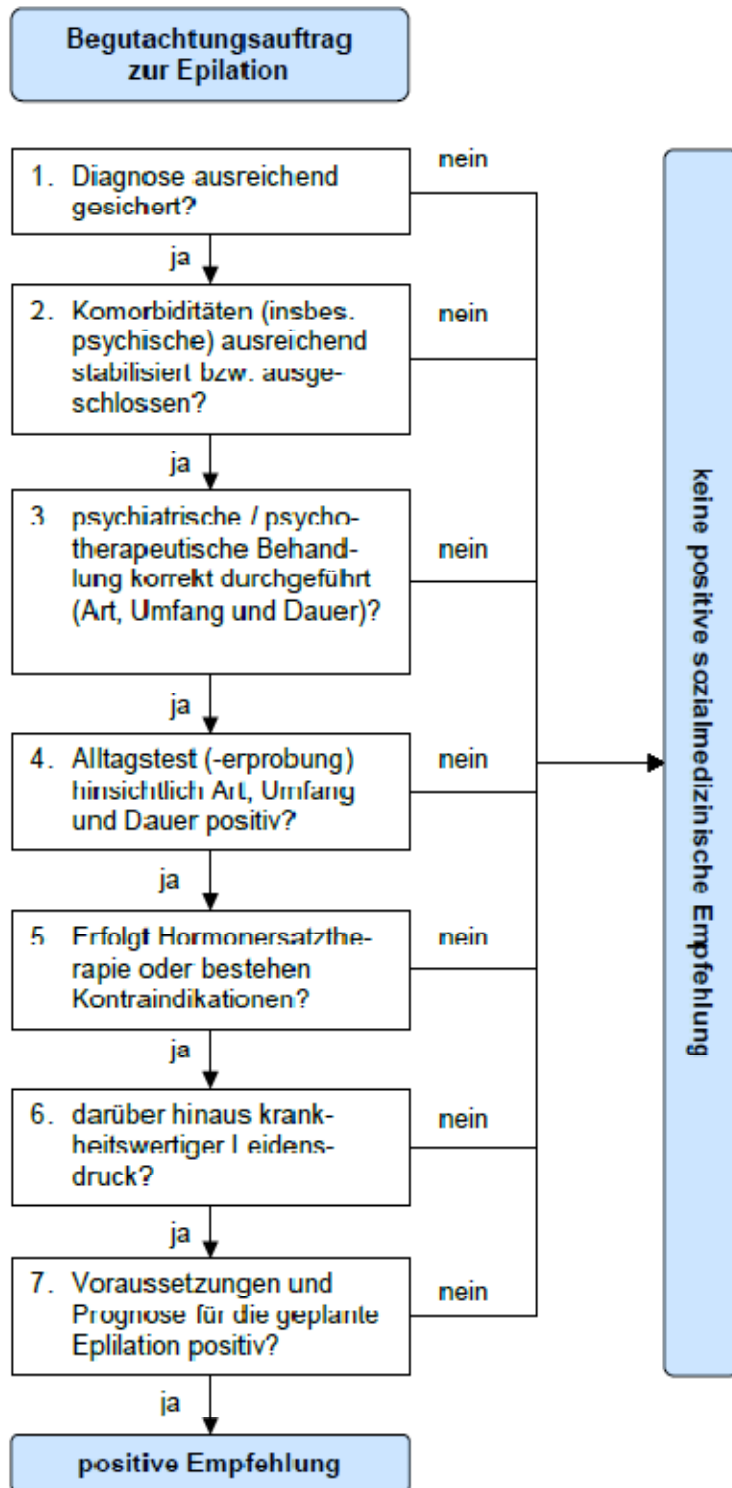
Entscheidungsalgorithmus:



(www.mds-ev.de, S.28)

Anlage 7

Begutachtungsanleitung Geschlechtsangleichende Maßnahmen bei Transsexualität



(www.mds-ev.de, S.22)

Anlage 8

Das dritte Geschlecht in anderen Kulturen.

In anderen Kulturkreisen als der unseren abendländischen Kultur gab und gibt es teilweise das sogenannte dritte Geschlecht. In diesen Kreisen wurde/wird es verschiedenen Personen erlaubt oder auch auferlegt in der gegengeschlechtlichen Rolle zu leben und zu arbeiten, ohne dass sie dabei in ihrem sozialen Ansehen unzumutbare Einbußen zu erwarten hatten/haben oder aus der Gesellschaft heraus gedrängt wurden/werden. Der Anthropologe Herdt (1990) vertritt dazu die These, dass diese Gemeinschaften kulturell eine dritte Geschlechtskategorie anerkannten, weil sie eine Bezeichnung dafür hatten.

Geschlechtswechsler, also Menschen die ihr Geschlecht wechseln, muss es in vergangenen Zeiten in nahezu allen Indianerstämmen Nordamerikas gegeben haben. Sir Richard Francis Burton (1821-1890) identifizierte ein Gebiet welches an Randgebiete des Mittelmeeres grenzt als „*sotadische Zone*“ (nach Sotadeus von Maroneia, 306 bis 246 v. Chr.), in welcher es zu einer Vermischung von weiblichen und männlichen Merkmalen kam und sogenanntes „*transsexuelles Brauchtum*“ gepflegt wurde. Zu den Gebieten dieser „*sotadischen Zone*“ zählen Kleinasien, Mesopotamien, Afghanistan, Sind, Pandschab und Kaschmir, China, Turkestan, Japan, Indochina, sämtliche Südseeinseln und die neue Welt. Die Gründe, welche in diesen Regionen zu Geschlechtswechseln führten sind unterschiedlich, nach Dr. Walter Andritsky kann dieser Geschlechtswechsel aus normativen Erfordernissen und ohne die Wahl des Geschlechtswechslers vollzogen worden sein.

Beispiele für diese normativen Erfordernisse sind der Stamm der Yuma, die Yuuca und die Sononuco Indianer.

Über den Yuma Stamm wurde 1540 berichtet, es habe bei ihnen stets vier Weibmänner gegeben. Starb einer dieser Weibmänner, musste die erste schwangere Frau des Stamms, welche einen Sohn zur Welt brachte diesen Sohn hergeben, damit dieser an die Stelle des verstorbenen Weibmannes treten konnte. Er wurde entsprechend der weiblichen Tracht bekleidet, musste weibliche Arbeiten verrichten und durfte nur mit Männern verkehren.

Die Yuuca beschäftigten nach Pater Domingo de Santo Thomas in ihren Tempeln als Frauen gekleidete sogenannte „*Kulturtransvestiten*“. Diese wurden von Geburt an auf ihre berufliche Bestimmung vorbereitet.

Gisela Bleibtreu-Ehrenberg berichtet über die Sononuco Indianer, bei ihnen habe es um 1680 den Brauch gegeben, wonach das sechste männliche Kind als Mädchen aufgezogen wurde, sofern dazwischen kein Mädchen geboren wurde. (www.genderwunderland.de 2, o.S.)

Häufiger finden sich Berichte und Abhandlungen über die sogenannten „Berdachen“.¹

„Ein Berdache ist eine Person physisch eindeutigen Geschlechts, die freiwillig und dauerhaft kulturell definierte Verhaltensweisen und Tätigkeiten des anderen Geschlechts annimmt und von ihrer Gesellschaft einen besonderen (ambivalenten) Geschlechtsstatus zugewiesen bekommt.“ (Lang, 1990, S.10)

Berdachen waren Menschen mit einem besonderen geschlechtlichen Status, welche eine bestimmte institutionalisierte Rolle übernahmen.

Bei den Navaho-Indianern waren es die „*nadle*“ (verwandelt), dies waren als Mädchen beziehungsweise Frauen gekleidete Jungen/Männer, welche häufig Töpferwaren und Körbe verkauften oder spezielle Aufgaben verrichteten. So arbeiteten sie zum Beispiel als Totengräber oder übernahmen die medizinische Betreuung von Kriegsverwundeten.

Die Mohave-Indianer kannten Männer, welche Frauenrollen übernahmen als „*alyha*“ und Frauen, die im Gegensatz den männlichen Status übernahmen als „*hwame*“. Die Mohave nahmen die weiblichen Gefühle der „*alyha*“ sehr ernst und gaben den biologisch männlichen Geschlechtsorganen die weibliche Bezeichnung. „*Alyha*“ konnten sogar „*schwanger*“ werden: um den dicken Bauch zu erhalten, stopften sie sich Stoffe unter den Rock und um die Geburtswehen nachzuahmen, tranken sie stark verdauungshemmenden Tee. Die Geburt an sich imitierten sie, indem sie sich im Wald über einer Grube entleerten und im Anschluss ein Stück Holz symbolisch für ihr totgeborenes Kind vergruben. (vgl. Hertz 1999, S.75)

Aus wissenschaftlicher Sicht wird heute davon ausgegangen, dass es heute die Tradition der „Berdachen“ bei den indianischen Völkern nicht mehr gibt und die Indianerstämme die heterogene Anschauung der westlichen Kulturen übernommen haben. Es ist aber durchaus denkbar, dass sich die Berdachen, um Ablehnung und Spott zu entgehen, nur soweit aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben, dass sie nicht mehr als solche erkannt werden können

In der Dominikanischen Republik werden Menschen dieser dritten Kategorie „[...] *guevedoces* (Penis mit zwölf), *machihembra* (männlich-weiblich) oder *guevotas* (Penis und Eier) genannt.“ (Lorber 1999, S.144) Diese Personen sahen bei ihrer Geburt weiblich aus

¹ Berdache: französische Umformung von arabisch „*bardaj*“ bzw. „*barah*“, engl. „*kept boy*“, deutsch männlicher „Prostituierter“, „Lustknabe“

und wurden als Mädchen großgezogen. In der Pubertät produzierten sie aber männliche Hormone und vermännlichten in Folge dieser Hormonproduktion. Ihre Genitalien und ihr körperliches Erscheinungsbild wurden männlich und ihre Stimmen wurden tiefer. Aus verschiedenen Berichten geht hervor, dass sechzehn von neunzehn dieser als Mädchen erzogenen Personen nach und nach in die sozialen Rollen von Männern überwechselten und in ihrem individuellen Umfeld als Männer anerkannt wurden. Diese sechzehn Personen brachten gleich zwei Theorien ins Wanken. Zum einen die Theorie der Unwandelbarkeit der Geschlechtsidentität nach dem dritten Lebensjahr und ebenso jene Theorie, nach welcher der Hauptfaktor für die Festlegung der männlichen Geschlechtsidentität das Geschlecht ist, in welchem man großgezogen wird. (vgl. Lorber 1999, S.143f)

Als zwischen den Geschlechtern stehend Männer, die Frauen wurden, betrachten sich die „*Hijras*“ aus Nordindien. Manche unterziehen sich zur Bestärkung des Frauseins einer rituellen Kastration. „*Hijras*“ kleiden sich als Frauen, ahmen Frauen allerdings in ihrem Verhalten nicht nach und versuchen ebenso wenig wie normale Frauen zu leben. Sie leben in eigenen Gemeinschaften und bilden in ihrer Gemeinschaft eine fiktiv Familie mit Müttern, Schwestern, Großmüttern und Tanten. „*Hijras*“ singen auf Hochzeiten und Feiern, sie führen Badehäuser, sind Köche, Diener und Prostituierte. Durch ihre religiöse Legitimation und den Vollzug kultureller Riten sind „*Hijras*“ in die indische Gesellschaft integriert. (vgl. Hertzner 1999, S.76)

Ein weiterer Typ der institutionalisierten Beugung der gender Rolle sind die „*Xanith*“ des Oman. „*Xanith*“ tragen Männerkleidung in Pastellfarben, weder weibliche noch männliche Frisuren und verhalten sich weiblich. Sie dürfen im Gegensatz zu anderen Männern mit den Frauen singen und essen, behalten aber den rechtlichen Status von Männern. Die soziale Aufgabe der „*Xanith*“ ist es unverheirateten Männern sexuelle Bedürfnisse zu befriedigen und so die Unversehrtheit und Reinheit der Frauen zu schützen. Männer welche mit „*Xanith*“ sexuell verkehren, werden dabei aber nicht als homosexuell angesehen.

Heiratet ein „*Xanith*“ eine Frau, kann er ohne Probleme diesen gender-Status wieder verlassen, indem er seine Ehefrau defloriert. Ab diesem Zeitpunkt werden „*Xanith*“ wieder als Männer betrachtet. Möchte der Mann in den Stand des „*Xanith*“ zurückkehren nachdem er durch die Entjungferung einer Frau zum Mann wurde, so. braucht er nur auf der nächsten Hochzeit mit den anderen Frauen gemeinsam zu singen. (vgl. Lorber 1999, S.153ff)

Die „*Muxe's*“ und „*Marimachas*“ der 800.000 Seelen-Stadt Juchitán in Mexico zählen zu einem in der Region allgemein anerkannten dritten Geschlecht. „*Muxe's*“ sind biologisch Männer, welche sich aber weiblich kleiden und als Barbesitzer oder Markthändlerinnen arbeiten. Sie leben mit einem Mann zusammen, bleiben aber noch immer „*Muxe's*“ wenn sie mit einer Frau leben und Kinder zeugen, allerdings genießen sie in diesem Fall weniger Ansehen.

Das Gegenteil zu den „*Muxe's*“ stellen die „*Marimachas*“ dar. Dies sind Frauen, welche sich in der Regel männlich kleiden, mit einer Frau zusammenleben und als Fabrik-, Straßen-, oder Hilfsarbeiter tätig sind. (vgl. Hertzner 1999, S.79ff)

In einzelnen afrikanischen Kulturen der heutigen Zeit ist es reichen Frauen erlaubt eine Frau zu heiraten und deren Kinder als Vater zu adoptieren.